

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Von der
Wiedererrichtung Polens
bis zum
deutsch-polnischen Krieg**

Sonderheft Nr. 8



Von der Wiedererrichtung Polens bis zum deutsch-polnischen Krieg

Sonderheft Nr. 8

Deutsch-polnischer Krieg

Inhaltsverzeichnis	Seite
Chronik von 1848-1938: Polnischer Freiheitskampf, Wiedererrichtung Polens und polnische Expansionspläne	2-27
Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg	27-51
Der deutsch-polnische Krieg	51-59
Der Bromberger Blutsonntag	59-70
SD- und SS-Greuel in Polen (1939-1941)	70-75
Die polnische AK-Heimatarmee (AK = Armia Krajowa)	75-76
"Heim ins Reich": Deutsche Umsiedler und Rückkehrer	76-84
Sowjetische Gewalttaten in Ostpolen (1939-1941)	84-86
Schlußbemerkungen	87-89
Hinweise für den Leser	90-93
Quellen- und Literaturnachweis	

Chronik von 1848-1938: Polnischer Freiheitskampf, Wiedererrichtung Polens und polnische Expansionspläne

Noch ist Polen nicht verloren, / Solange wir noch leben. / Was das Schwert uns tückisch raubte, / Wird das Schwert uns wiedergeben. / Marsch, marsch, Dabrowski, / Führe uns zum Streite. / Unter deinen Fahnen / Wir den Weg uns bahnen. ...
Polnische Nationalhymne (die Hymne wurde 1797 verfaßt). Der Text stammt von Jozef Wybicki (1747-1822).

1848

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Polens von 1848-1875 (x813/180-181): >>(Polen) ... Weder in Galizien noch in Russisch-Polen war es 1848 zu Aufständen gekommen. Auch während des Krimkrieges blieb das letztere ruhig.

Erst als Kaiser Alexander II. auch in Polen Reformen anordnete, zunächst 1859 die Umwandlung der bäuerlichen Fronen in unablösbaren Erbzins, gerieten die öffentlichen Zustände wieder in Bewegung.

Die gleichzeitige Erhebung und Einigung der italienischen Nation belebten die nationalen Hoffnungen. Alexander kam denselben weit entgegen, indem er ... einen Reformplan ausarbeiten ließ, der eine weitgehende Autonomie und besonders die Errichtung nationaler Lehr- und Bildungsanstalten zum Inhalt hatte. Das Reformgesetz wurde am 27. März 1861 veröffentlicht ...

Aber selbst bei den gemäßigten Polen rief die Nachgiebigkeit Rußlands die Meinung hervor, sie entstamme der Schwäche, und es wurde die Forderung der Verfassung von 1815, ja der bloßen Personalunion laut. Im geheimen hetzten die Emigranten und die radikalen Verschwörer, ganz offen der römische Klerus. Trotz ... Straßenaufmärschen, Mordanschlägen auf die Statt-

halter und Meuchelmorden ernannte Alexander II. im Juni 1862 seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin, zum Statthalter.

Aber eine geheime Nationalregierung, welche durch Terrorismus und Meuchelmord sich Gehorsam zu verschaffen wußte, lähmte jeden wohlgemeinten Schritt des Kaisers und machte den Ausbruch des Bürgerkrieges unvermeidlich. Beschleunigt wurde derselbe durch die im Januar 1863 befohlene Rekrutierung. Es sammelten sich revolutionäre Banden in den Wäldern und begannen unter Führung von Langiewicz einen kleinen Krieg, in dem sie hier und dort über vereinzelte russische Truppenabteilungen Vorteile errangen, aber nichts Wesentliches erreichten, zumal die Landbevölkerung sich der Insurrektion selten anschloß.

Der in Rußland erwachte nationale Geist spornte die Regierung zu energischen Maßregeln an; Preußen sperrte seine Grenzen gemäß der Konvention vom 23. Februar 1863 für die Insurgenten aufs strengste ab, und so konnte auch die Intervention der drei Mächte Frankreich, England und Österreich (April 1863) den Polen nicht helfen, da sie Krieg nicht zu führen beabsichtigten und sich mit der entschiedenen Zurückweisung ihrer Ratschläge durch Gortschakow (13. Juli) zufrieden gaben.

Daher wurde noch 1863 der Aufstand im wesentlichen unterdrückt.

Danach wurden am 2. März 1864 die Bauern emanzipiert und mit dem Grundbesitz der nach Sibirien verschickten Edelleute ausgestattet, die Klöster am 8. November aufgehoben, die römische Kirche unter ein katholisches Kollegium in Petersburg gestellt, alle besonderen polnischen Behörden aufgehoben und Polen in zehn Gubernien (Gebiete) eingeteilt; offiziell hieß es fortan "Weichselland".

Die russische Sprache wurde die Amtssprache und Hauptlehrgegenstand in den Schulen, die Universität in Warschau russifiziert, das russische Zivil- und Strafgesetzbuch eingeführt. In den ehemals polnischen Teilen Litauens und Weißrußlands wurden seit 1875 auch die griechisch-unierten Gemeinden teils durch Überredung, teils durch brutale Gewalt zur Rückkehr zu der orthodoxen Kirche gezwungen.

Nur in Galizien behauptete sich das nationale Polentum, ja es gewann seit der Dezentralisation Österreichs durch die Einführung einer konstitutionellen Verfassung (1861) neue Kraft. Die polnische Sprache wurde zur amtlichen Sprache erhoben, ein nationaler Landtag und eine nationale Verwaltung eingeführt und zwei polnische Universitäten, eine Akademie und eine große Zahl von Mittel- und Volksschulen errichtet.

Die politischen Verhältnisse gaben sogar den Polen im Reichsrat, in welchem die Mehrheit von ihrer Entscheidung abhing, einen überwiegenden Einfluß in Österreich und verschafften Galizien außergewöhnliche Begünstigungen in Bezug auf die Besteuerung, den Bau von Eisenbahnen und dergleichen. Auch gestattete die österreichische Regierung den Polen die rücksichtslose Vertreibung aller deutschen Elemente und die völlige Unterdrückung der Ruthenen.

...<<

1863

Der 3. polnische Aufstand endet für Polen im Januar 1863 mit einer weiteren Katastrophe. Die Polen können die russischen Besatzer zwar nach blutigen Kämpfen aus einigen polnischen Landesteilen vertreiben, aber danach bleibt der erforderliche Volksaufstand der polnischen Bevölkerung aus und verfeindete polnische Nationalisten bekämpfen sich zum Schluß sogar gegenseitig.

Die russische Übermacht setzt sich anschließend wie gewöhnlich gegen die polnischen Rebellen durch. Rußland, Österreich und Preußen vereinbarten damals auch erstmalig grenzüberschreitende Verfolgungen der polnischen Aufständischen und veranstalteten in einigen Grenzgebieten "gemeinsame Hetzjagden".

Nach der Niederschlagung des polnischen Aufstandes reagiert Rußland mit gnadenlosen Massenhinrichtungen und großangelegten Verschleppungsaktionen. Im Verlauf der schweren Un-

ruhen kommen mehr als 30.000 Polen um und Zehntausende werden nach Sibirien verschleppt (x056/238). Später setzt in "Kongreßpolen" eine besonders drastische Russifizierung ein. Die Russen entlassen rd. 14.000 polnische Beamte, untersagen die polnische Sprache und reduzieren die Grundschulen des Landes.

1868

Der polnische Aufstand im Januar 1868 ist der letzte erfolglose Versuch, die staatliche Eigenständigkeit aus eigener Kraft zu erkämpfen.

1871

Das Deutsche Reich steigt unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückgeht. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien werden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wandern Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

1887

Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski fordert im Jahre 1887 in einem Zeitungsartikel die Wiedererrichtung Polens (x309/77): >>... Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen (Memel), das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden. ...

Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno (in Litauen), aber um Polen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie vollkommen vergessen, und an Königsberg und Opatowitz denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so vielen Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngeländern auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin gebahnt haben die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzzeit.<<

Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den slawischen Nationalismus (x024/42): >>Der Panslawismus, die Idee von der Einheit aller slawischen Völker, hat nicht nur den Zusammenhalt des Habsburger Reiches untergraben, er diente auch als Richtlinie der russischen Außenpolitik und erlaubte es dem Zaren, als Repräsentant der slawischen Vormacht, als Sprecher und Beschützer aller Slawen aufzutreten - eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg erschienen obskure Landkarten, in denen slawischen Staaten das ganze im frühen Mittelalter einmal slawisch besiedelte Gebiet Mitteleuropas einnahmen. Die Deutschen sollten auf ein Reservat im Westen zurückgedrängt werden. Das waren gewaltige Übersteigerungen, die natürlich nicht von allen geteilt wurden, auch nicht als Wunschtraum. Aber sie kennzeichnen doch den slawischen Nationalismus und dessen Expansionsgelüste ...<<

1892

Ab 1892 beginnt mit der Gründung der polnischen sozialistischen Partei (PPS) der nationale Freiheitskampf unter Führung von Jozef Pilsudski (1867-1935, ab 1918 polnischer Staatsoberhaupt). Diese polnische Nationalbewegung wird durch Rußland unterstützt.

1899

Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski schreibt im Jahre 1899 in der Lemberger Zeitung "Przegląd Wszechpolski" - "Allpolnische Rundschau" - (x309/77-78): >>... In dem Nationalkampfe kann die Parole nur lauten: 'Wir oder ihr'. Das ist wirklich ein Kampf auf Leben und Tod, denn es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, ohne Posen, ohne Westpreußen, auch sogar ohne Ostpreußen.

Für den preußischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen, deren Grenzen nur wenige Meilen von Berlin entfernt liegen, gleichsam Vernichtung, Umsturz seiner Macht, sogar Ver-

lust seines Namens. ... Preußen verlöre den vierten Teil seiner Bevölkerung und würde zum Standpunkte und zur Benennung 'Brandenburg' zurückfinden. ...

Wir können nicht zugeben, daß man uns aus der Wiege unseres Landes und unserer Nation hinausdrängt und uns hindert an das Meer zu gelangen, eine für die Entwicklung einer großen zeitgemäßen Nation unumgängliche Bedingung.<<

1901

Am 23. April 1901 fordert die polnische Zeitung "Dziennik Berlinski" (x064/123): >>Kein Pole darf sich mit einer Deutschen oder einem anderen fremden Mädchen verheiraten, das ist eine Todsünde ... Es ist besser, daß unsere Mädchen bis zum Tode ledig bleiben, ehe sie einen Deutschen heiraten. ...<<

1905

Während und nach der russischen Revolution entwickeln sich im Jahre 1905 auch in Polen Unruhen. Im Verlauf dieser Unruhen, die in wenigen Wochen durch russische Truppen niedergeschlagen werden, kommt es zwischen den pro- und antirussischen Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen. Der prorussische Nationaldemokrat Dmowski will z.B. auf Ostpolen verzichten und den polnischen Staat bis zur Oder vortreiben (ehemalige Gebiete der Piastenerzöge). Pilsudski, der aus Litauen stammt, plant die Gebiete der litauischen Jagiellonenfürsten in den polnischen Staat einzugliedern und die polnischen Grenzen nach Osten zu verlagern (x064/112).

1908

Jozef Pilsudski (1867-1935, ursprünglich Sozialist) organisiert ab 1908 in Krakau (Galizien) bewaffnete Einheiten, die jahrelang als Schützenvereine getarnt werden. Die polnischen Behörden in Österreich-Polen dulden die Bildung der Armeekader, so daß Pilsudski bis 1914 fast 200 Schützenverbände aufstellen kann (x064/114).

1912

Polnische "Vorkämpfer der Freiheit" hetzen im Jahre 1912 (x064/123): >>Die Deutschen morden unsere Seele, impfen den Kindern den preußischen Geist ein, germanisieren sie mit der Knute! Und jetzt rauben sie uns den Boden. Diesen Raub nennen sie Enteignung und nennen die Vergiftung der Seele "Verbreitung der Kultur".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die Deutschfeindlichkeit der Polen (x025/182): >>... Über 100 Jahre Fremdherrschaft seit den "polnischen Teilungen" von 1792/95 dürften auch dazu beigetragen haben, nationale Leidenschaften freizusetzen.

Tatsache ist jedenfalls, daß sich spätestens im 19. Jahrhundert in Polen ein Nationalismus und damit ein Fremdenhaß entwickelte, von dessen Intensität und Verbreitung sich andere Völker mit weniger hitzigem Temperament kaum eine Vorstellung machen können. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen jedenfalls war die politische Rechte die tragende Kraft; mit wenigen Ausnahmen standen die polnischen Historiker, Schriftsteller und Journalisten rechts, und Deutschenhaß und Judenhaß gingen Hand in Hand.

Deutschfeindliche Literatur erreichte die höchsten Auflagen. Der Romancier Maciej Wierzbinski schrieb über "den Deutschen": "Er besitzt sogar die charakteristische Eigenschaft, daß ihm das Brot, das er dem Nächsten aus dem Mund reißt, am besten schmeckt."

Für den exilpolnischen Ministerpräsidenten Sikorski war die deutsche Nation "vergiftet bis ins Innerste", und ähnliche Glaubensbekenntnisse legten seine Minister Zaleski und Sayda ab. Sie formulierten später im großen, was dem Mann auf der Straße aus seinem Sprichwortschatz bekannt war: "Hau ihn, denn er ist ein Deutscher" oder "100 Jahre soll leben, wer den Deutschen in die Fresse schlägt" (Trinkspruch aus Mittelpolen). ...<<

28.07.1914

Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartet, ruft die Polen am 28. Juli 1914 zum

Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hofft bzw. erwartet man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.

05.11.1916

Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn geben am 5. November 1916 die Gründung eines unabhängigen polnischen Königreiches (ohne Posen und Galizien) bekannt. Pilsudski übernimmt die Führung des polnischen Staatsrates.

Anstatt Frieden mit Rußland zu schließen, der damals durchaus möglich ist, aber von der deutschen Heeresleitung abgelehnt wird, gründen die Mittelmächte das Königreich Polen. Diese politisch und militärisch völlig falsche und sinnlose Entscheidung führt zum Abbruch der deutsch-russischen Friedensverhandlungen, denn Rußland ist nicht bereit, Polen aufzugeben.

10.01.1917

Die Ententemächte geben am 10. Januar 1917 erstmalig ihre offiziellen Kriegsziele bekannt und verlangen z.B.: Die Abtretung Elsaß-Lothringens, "Befreiung" der slawischen Bevölkerung, Wiederherstellung Polens, Beendigung der türkischen Besatzungspolitik, Räumung der besetzten Gebiete und Zahlung von "angemessenen" Reparationen (x041/69).

22.07.1917

Pilsudski wird am 22. Juli 1917 nach Unruhen von den Deutschen festgenommen und inhaftiert. Die Polenpolitik der Mittelmächte ist damit endgültig gescheitert.

15.01.1918

Der britische Premierminister Lloyd George unterstützt am 15. Januar 1918 die polnischen Gebietsforderungen und definiert Polen wie folgt (x064/125): >>... umfassend all jene wahrhaft polnischen Elemente, die wünschen, Teil Polens zu werden ...<<

08.10.1918

Roman Dmowski (1864-1939, Führer der antisemitischen und antideutschen polnischen Nationaldemokraten) verlangt am 8. Oktober 1918 die polnischen Grenzen von 1772 und fordert die Abtretung von Ost- und Westpreußen, Oberschlesien, von großen Teilen Mittelschlesiens sowie die Eingliederung dieser "unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete" (x070/146).

10.11.1918

Pilsudski trifft nach der Haftentlassung am 10. November 1918 in Warschau ein.

11.11.1918

Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgt am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).

Die Republik Polen

Der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 brachte für Polen große Gewinne an Land, Menschen und Wirtschaftskraft. Polen erhielt z.B. vom Deutschen Reich ca. 90 % der Provinz Posen und rd. 66 % der Provinz Westpreußen (x020/15). Polen bekam ferner Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen besaß große Kohlevorkommen), mußte der Tschechoslowakei aber einige Gebiete überlassen.

Im Oktober 1921 mußte die deutsche Reichsregierung, trotz der eindeutigen Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %), den Verlust der wertvollsten oberschlesischen Industriegebiete hinnehmen (der Schiedsspruch des Völkerbundes vom 20.10.1921 stellte zweifelsfrei einen Bruch des Versailler Friedensvertrages dar).

Der östlich Teil Westpreußens (Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen, mit dem Regierungssitz Schneidemühl, und Teile der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder) blieb nach Volksabstimmung (Wahlergebnis von 1920 = 92,3 % bzw. 97,9 %) beim Deutschen Reich und wurde den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen zugeordnet. Die preußische Provinz Ostpreußen wurde danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, durch

den "Polnischen Korridor" (Küstenlänge = 137 km) vom Deutschen Reich abgeschnitten. Die bisherige westpreußische Hauptstadt Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil rd. 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.

Aufgrund der langen russisch-preußisch-österreichischen Besatzung (123-146 Jahre) herrschten in den polnischen Regionen sehr unterschiedliche wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensverhältnisse:

Ehemalige preußische Provinzen Westpreußen und Posen: Vorbildlich organisierte Landwirtschaft, dichtes Verkehrsnetz, zahlreiche kleine Industriebetriebe. Zentraler Mittelpunkt war Posen.

Ehemalige preußische Provinz Oberschlesien (der östlich Teil Oberschlesiens gehörte seit 1335 zum Deutschen Reich und zählte zu den ältesten Grenzlinien Europas): Zentraler Mittelpunkt war Kattowitz.

Ehemalige österreichische Provinz Galizien: Teilweise gut entwickelte Land- und Forstwirtschaft. Zentrale Mittelpunkte waren Krakau und Lemberg.

Ehemalige russische Provinz ("Kongreßpolen"): Rückständige Landwirtschaft, z.T. mangelhafte Verkehrswege. Zentrale Mittelpunkte waren Warschau und Lodz.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Wiedererrichtung Polens (x051/447-448): >>Polen, östlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 388.390 km² und rund 32 Millionen Einwohnern (1930).

Das seit dem 18. Jahrhundert zwischen Preußen, Rußland und Österreich geteilte Polen entstand am 11.11.18 neu als Republik. Nach einer Phase der innen- ("Märzverfassung" vom 17.3.21) und außenpolitischen Konsolidierung führten wirtschaftliche Probleme nach politischer Destabilisierung schließlich zum Staatsstreich durch Pilsudski (12.5.26).

Eingeschlossen zwischen revisionistischen Mächten, blieb Polens Schicksal eng mit dem Deutschlands und der Sowjetunion und der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen verflochten. In enger Wechselbeziehung zu dieser Lage stand die Lösung politisch-ökonomischer Schwierigkeiten in dem durch den Krieg stark zerstörten und wirtschaftlich rückständigen Land:

1. Agrarreform u.a. als Waffe gegen den deutschen Großgrundbesitz in Westpolen;
2. Industrialisierung und Modernisierung im Schatten eines deutsch-polnischen Zollkrieges 1925-34;
3. Ausbau Gdingens als Konkurrenzhafen zum deutschen Freistaat Danzig;
4. restriktive Minderheiten- und Verdrängungspolitik besonders gegen die Deutschen (1921 rund 2,3 % der Bevölkerung).

Außenpolitisch erhob Polen Anspruch auf die Führungsrolle im "Dritten Europa" zwischen Ostsee und Adria (3.3.21 polnisch-rumänisches Bündnis), einem 1919 als Sperrriegel gegen die Sowjetunion und Deutschland von Frankreich (19.2.21 polnisch-französisches Bündnis) aufgebauten "cordon sanitaire".

Die nach anfänglichen Präventivkriegsplänen Pilsudskis unerwartete Annäherung an Berlin (26.1.34 Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt), der Polnisch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag (25.7.32), das Vertrauen auf unüberbrückbare Differenzen zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus und auf eine zwar zahlenmäßig überlegene, aber militärisch-technisch und taktisch-strategisch unterlegene Armee verleiteten den polnischen Außenminister J. Beck (ab 1932 als "junger Mann" Pilsudskis) zu einer selbständigen Politik der Balance zwischen Ost und West. ...<<

18.11.1918

Ein Dekret der polnischen Regierung vom 18. November 1918 für die Wahl des polnischen Parlaments umfaßt bereits Teile Ostpreußens (Masuren und Ermland) Westpreußen, Posen und Oberschlesien (x070/147).

20.03.1919

Polnische Truppen besetzen am 20. März 1919 Danzig.

September 1919

Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) fordert im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen Gebieten müsse man die fremden Elemente (die Deutschen stellen damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung) auf 1,5 % herabdrücken (x025/42).

Der polnische Staatsrechtler S. Kutrzeba schließt Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

14.12.1919

Bei den Danziger Kommunalwahlen am 14. Dezember 1919 erhalten die polnischen Parteien lediglich 8 % der Stimmen (x034/79).

April 1920

Im April 1920 beginnt der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen will.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland

Nach den Plänen der Briten und Franzosen sollte die polnische Ostgrenze ("Curzon-Linie") nicht über das polnische Siedlungsgebiet hinausgehen (x069/138). Polen wollte sich damit aber nicht begnügen. Während in Rußland ein blutiger Bürgerkrieg tobte, griffen polnische Truppen den geschwächten russischen Nachbarn im April 1920 an. Am 7. Mai 1920 eroberte die überlegene polnische Armee (148.500 Polen gegen 65.000 Sowjets) Kiew, die Hauptstadt der Ukraine (x047/134).

Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen (Marschall Pilsudski) jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski (1893-1937) und Budjonny (1883-1973) stoppen und zurückschlagen ("Wunder an der Weichsel"). Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland (April bis Oktober 1920) war äußerst erfolgreich, denn Polen konnte die bisherigen Volkstumsgrenzen um ca. 250 km nach Osten erweitern (x061/433). Die Länge der neuen polnisch-russischen Grenze betrug danach 1.412 km).

Die "neuen ostpolnischen Gebiete" wurden überwiegend von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, die ausschließlich von primitiver Land- und Forstwirtschaft lebten. Zentrale Mittelpunkte waren Wilna, Brest und Rowno. Nach polnischen Angaben siedelten in diesen "ostpolnischen Gebieten" später rd. 8,9 Millionen Einwohner, davon waren etwa 6,0 Millionen Ukrainer und Weißrussen, ca. 1,5 Millionen Polen und 1,4 Millionen andere Minderheiten, vor allem Juden (x064/127).

Lenin erklärte nach der rigorosen bzw. maßlosen polnischen Grenzfestlegung (polnisch-sowjetischer Frieden von Riga vom 18. März 1921), daß man aus taktischen Gründen diese Grenze vorübergehend anerkennen mußte, aber diese Gebiete zu gegebener Zeit wiederholen würde.

Diese willkürliche polnische Grenzziehung löste in den folgenden Jahren ständig schwere polnisch-sowjetische Konflikte aus und führte schließlich im Jahre 1939 zum sowjetischen Einmarsch. Für die Ostdeutschen wirkte sich die polnische Expansionspolitik besonders verhängnisvoll aus, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einigten sich die Sowjetunion, die west-

lichen Siegermächte und Polen schließlich zu Lasten der deutschen Ostprovinzen (Tausch der im Jahre 1920 besetzten ukrainischen und weißrussischen Gebiete gegen die deutschen Ostgebiete).

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 5.12.2009) über den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920/21 (x887/...): >>Wie polnisch war "Ostpolen"?

Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie. Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der sogenannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert.

Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.

Die "14 Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluß bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: "Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."

Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Rußlands "Rote" wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, daß die von ihnen unterstützten "Weißen" die zukünftigen Herren Rußlands wären.

Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gegen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. Dezember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese "Linie des 8. Dezember" bezeichnen wir heute als "Curzon-Linie".

Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen.

Wilson's Vorgabe, daß der polnische Staat alle Gebiete "einzubegreifen" habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, daß alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bilden.

Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Rußlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten.

Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die "Weißen" hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich wie beim Friedensschluß von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, daß es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.

Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mußten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa verein-

ten alliierten Staatsmänner um Hilfe.

Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die "Linie vom 8. Dezember" als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffenstillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name "Curzon-Linie" durchzusetzen.

Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen.

Analog zum "Wunder an der Marne" spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom "Wunder an der Weichsel". Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga.

In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen - also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als "Ostpolen" bezeichnet.

Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.

Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion - mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok - auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen "Ostpolen".

Von westalliierten Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand.<<

Oktober 1920

Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland (polnisch-russischer Krieg von April bis Oktober 1920) verlagert Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Curzon-Linie" (x051/105):
>>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister G. N. Curzon (1859-1925) benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemysl.

Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau (August 20) ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Ori-

entierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<

03.05.1921

Am 3. Mai 1921 dringen polnische Milizen gewaltsam in Oberschlesien ein (die Milizen werden inoffiziell von der polnischen Regierung unterstützt). Bei diesem "3. polnischen Aufstand" verüben die "Freischärler" schwere Gewalttaten und ermorden zahlreiche deutsche Zivilisten (x025/43).

21.05.1921

Schlesische Selbstschutzverbände erstürmen am 21. Mai 1921 den Annaberg in Oberschlesien und schlagen die polnischen "Freischärler" nach schweren Kämpfen zurück.

05.09.1921

Der Völkerbund verhindert am 5. September 1921 weiterhin die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat hinsichtlich der Eisenbahn) keine souveränen Rechte im Gebiet der Freien Stadt Danzig. ...<<

17.12.1921

Der Völkerbund verhindert am 17. Dezember 1921 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat) nicht das Recht, Danzig zu einer bestimmten auswärtigen Politik zu veranlassen. ...<<

22.06.1922

Der Völkerbund verhindert am 22. Juni 1922 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Nicht Polen, sondern der Völkerbund ist der militärische Schutzherr Danzigs. ...<<

1923

Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) erklärt im Jahre 1923 in seiner Schrift "Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens" (x309/206-210): >>... Vor allem besteht für die Machtpolitik Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastete, nämlich die Frage:

Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meere? ...

Die Entscheidung der ostpreußischen Frage, die der Versailler Vertrag getroffen hat, ist zu sehr gekünstelt, als daß sie sich auf Dauer aufrechterhalten ließe. ...

Und darum eins von beiden:

Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Perioden seiner Ohnmacht zunutze machen, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird und legen damit zugleich die Entscheidung der nur provisorisch geregelten ostpreußischen Frage in die Hand Deutschlands, oder aber wir setzen unsere ganze uns zur Verfügung stehende Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden werde. Steht es aber so, so ist jegliches Schwanken von Übel.

Ohne den Zugang zum Dnjepr kann Polen bestehen, aber ohne beständigen Zugang zum Meere kann es nicht bestehen. Dies ist der entscheidende Gesichtspunkt. ...

Wegen der Ostseeküste aber wird früher oder später Polen mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsererseits unsere Pflicht gegenüber Ermland und Preußisch-Masuren vergessen würden – die Deutschen werden niemals ihre Ansprüche auf Pommerellen vergessen, denn sie werden ihre Pflichten gegenüber Königsberg nicht vergessen, zu dem der Weg durch unseren Pommerellen Korridor führt.

Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann den Sieg davontragen, wenn es dafür nicht nur durch die nötige Organisation und die nötige Ausrüstung seiner Armee technisch vorbereitet ist, sondern auch politisch durch die Weckung eines polnischen Nationalbewußt-

seins innerhalb der polnischen Bevölkerung Ostpreußens. ...

Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt nicht nur die Größe und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkrieg davongetragenen Niederlage erholt hat.<<

29.04.1924

Der polnische Staatspräsident Stanislaw Wojciechowski (1869-1953) erklärt am 29. April 1924 während der Eröffnung der Posener Messe (x309/38): >>Um als Großmacht existieren zu können, muß Polen die Vereinigung aller polnischen Länder haben. Man muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens unerläßlichen Zentren mit der Mutter vereinigt sind. Ich glaube aber an die große Macht polnischer Arbeit und polnischer Kultur, die uns erlauben wird, mit der Zeit das zu erreichen, was wir bisher nicht erreicht haben. ...<<

28.12.1925

Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" werden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schont man.

1925

Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endet im Jahre 1925 mit der gewaltsamen Beschlagnahmung der Westerplatte (Landzunge im Norden des Danziger Hafens) durch polnische Truppen.

Danach beginnt ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauert. Der deutsch-polnische Handel geht drastisch zurück und verursacht in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).

12.05.1926

Marschall Pilsudski, der einen noch größeren und stärkeren polnischen Staat anstrebt, marschiert am 12. Mai 1926 mit 15 Regimentern in Warschau ein.

Nach harten Straßenkämpfen, die etwa 300 Todesopfer fordern, übernimmt Pilsudski die Regierungsgewalt und beseitigt die demokratische polnische Regierung (x178/72). Nach dem Militärputsch herrschen in Polen diktatorische Verhältnisse.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Józef Klemens Pilsudski (x051/444): >>Pilsudski, Józef Klemens, geboren in Zulowo (Litauen) 5.12.1867, gestorben in Warschau 12.5.1935, polnischer Politiker; 1887-92 wegen subversiver Tätigkeit nach Sibirien verbannt, danach Eintritt in die Sozialistische Partei Polens (PPS), 1894 deren Führer.

Pilsudski baute gegen die Russen paramilitärische Verbände auf, stellte sich mit seiner Polnischen Legion im Ersten Weltkrieg auf die Seite der Mittelmächte und wurde 1918 erster Staatspräsident des neuen Polen.

Als Marschall von Polen gelang ihm im August 20 die Abwehr der Roten Armee ("Wunder an der Weichsel"). 1923 Rückzug aus der Politik. Am 12.5.26 stürzte Pilsudski, gestützt aufs Militär und seine große Popularität, die demokratische Regierung und wurde ohne formale Ernennung zum Staatspräsidenten Diktator Polens unter Beibehaltung der parlamentarischen Formen. Durch Annäherung an die übermächtigen Nachbarn suchte Pilsudski den polnischen Staat zu stabilisieren und schloß Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion (25.7.32) und, in Fehleinschätzung der wahren Ziele Hitlers, mit dem Deutschen Reich (26.1.34).<<

15.05.1927

In Rybnik ereignen sich am 15. Mai 1927 pogromähnliche Ausschreitungen gegen Volksdeutsche (x025/43).

1927

In den Jahren 1927-28 werden unentwegt Abgeordnete der Opposition verhaftet und die polnische Verwaltung von Regimegegnern gesäubert (x064/130).

28.06.1928

Der ehemalige nationaldemokratische Politiker Prälat Klos erklärt am 28. Juni 1928 während eines Banketts zu Ehren des Polnischen Nationalkomitees (x309/211-214): >>... Wir haben ein anderes Polen erwartet, so wenig die Bedeutung der historischen Tatsache erkannt haben, die am 28. Juni 1919 im historischen Saale von Versailles vollzogen wurde?

Sollte gerade bei Bewohnern der westlichen Teilgebiete so schnell in Vergangenheit geraten sein, was uns der heutige Nachbar im Westen, damals einer unserer Tyrannen gewesen ist?

Nicht um irgendwelches Feuer des Hasses zu schüren. Gott bewahre, sondern zu einer meisterhaften Charakteristik führe ich die Worte an, mit denen der alte slawische Gefangene Dembiec in den 'Gefangenen' Lucjan Rydels das Grauen der deutschen Herrschaft malt:

'Wohin der Deutsche seinen Fuß stellt,
Dort blutet die Erde hundert Jahre.
Wo der Deutsche Wasser schöpft und trinkt,
Dort fault die Quelle hundert Jahre.
Dort, wo der Deutsche dreimal Atem holt,
Dort wütet hundert Jahre die Pest.
Wenn der Deutsche die Hand reicht,
So geht der Friede in Trümmer.
Denn alles ist ihm im Wege,
Wenn er nicht regieren kann.
Die Frösche quaken im Teiche,
Aber deutsch quaken wollen sie nicht.
Selbst der Vogel im Walde ärgert den Deutschen,
Da er nicht deutsch singen und zwitschern will.
Und hättest du tausend Jahre etwas in
deinem Besitz,
Der Deutsche ist bereit zu schwören,
daß es ihm gehöre.
Die Starken betrügt er,
Die Schwachen beraubt und würgt er!
Und führte ein direkter Weg zum Himmel,
Er würde sich nicht scheuen, Gott zu berauben.
Und wir werden es noch erleben,
Wenn der Deutsche die Sonne vom Himmel stiehlt.'

Für uns ist das alles weder ein Geheimnis noch eine besondere Neuigkeit; wir haben es am eigenen Leibe gespürt, und deshalb haben wir vor allem das Recht und die Pflicht zu rufen: Gesegnet sei der Versailler Vertrag und die Menschen, die segensreiche Werkzeuge der Vorsehung waren! ...

Ohne die Arbeit des (Polnischen) Nationalkomitees und seines Vorsitzenden (Roman Dmowski) hätte sich Polen nicht an den Tisch der Friedenskonferenz gesetzt, sondern im Vorzimmer warten müssen, wie zum Beispiel Rumänien und andere Staaten. ...

Möge Gott euch, unermüdliche Arbeiter des Polnischen Nationalkomitees, dafür lohnen, was ihr für das freie Vaterland getan habt! Der Dank des Volkes, wenigstens der großen Mehrheit, die zu schätzen weiß, was der Versailler Vertrag für das Volk ist und was mit Polen geschehen wäre, wenn nicht der Vertrag gewesen, ist auf eurer Seite!

Zu Händen des Herrn Roman Dmowski trinke ich auf das Wohl des ganzen Polnischen Natio-

nalkomitees: Sie sollen leben!<<

Mai 1930

Im Mai 1930 läßt Pilsudski 88 führende Sejmabgeordnete (darunter sind z.B. der Sozialist Libermann, Witos, der Mitbegründer der polnischen Bauernbewegung, und der Nationalist Korfanty) verhaften und internieren. Das polnische Parlament und alle Parteien sind danach bis zum Tod Pilsudskis (12.05.1935) bedeutungslos. Die radikalen polnischen Faschisten bzw. Nationalisten regieren jedoch nicht derartig totalitär, wie die späteren NS-Führer des Dritten Reiches. Einige unabhängige Parteien, Zeitungen und allgemeine Grundsätze der persönlichen Freizügigkeit bleiben weiterhin erhalten und werden nicht angetastet.

August 1930

Die monatlich erscheinende polnische Zeitschrift "Mocarstwowiec" Nr. 8 berichtet im August 1930 (x309/71): >>Wir wissen, daß der Zusammenstoß Polens mit Deutschland unvermeidlich ist. Wir müssen uns für diesen großen Augenblick systematisch und mit Schwung vorbereiten. ... Die gegenwärtige Generation ist berufen, in die polnische Geschichte erneut den Namen Tannenberg einzutragen.

Dieser historische Sieg muß auf den Vorfeldern Berlins errungen werden, damit die Niederlage Germaniens das Zentrum des Preußentums lähmt! Unser Ziel ist, Polens Westgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße und Preußen (gemeint ist Ostpreußen) wieder den Grenzen der Republik einzuverleiben. Der Drang nach dem Westen, dies ist in diesem Augenblick das Gebot für das gesamte polnische Volk.<<

27.11.1930

Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereignen, protestiert die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

Minderheitenprobleme in Polen

In Polen mußten sich die Deutschen und andere nationale Minderheiten in den ehemaligen preußischen Provinzen spätestens ab 1923 entweder völlig unterordnen oder sie wurden vielfach gewaltsam gezwungen, ihre nicht selten uralten Heimatorte kurzfristig zu verlassen.

In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den Städten gelang es den Polen verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, der Angestellten und der Beamten zu brechen. Die meisten Deutschen konnten die systematischen Diskriminierungen nicht ertragen und wollten die unwürdigen Lebensumstände nicht hinnehmen.

Von 1919-1925 kehrten etwa 638.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück (x035/327). Die volksdeutschen Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen (465.500), Ostoberschlesien (90.000) und aus Kongreßpolen (82.500).

Werner Hilgemann (1921-2004) berichtet später im "Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918-68" über die Minderheitenprobleme in Polen (x024/38): >>Obwohl die polnische "Märzverfassung" von 1921 im Kapitel V den nationalen Minderheiten volle Gleichberechtigung und das Recht zur Pflege ihrer Nationalität, ihrer Sprache und Kultur zugestand, der Minderheitenschutzvertrag vom 28.6.1919 die deutsche und jüdische Bevölkerung schützen sollte und eine galizisch-ukrainische Autonomie am 26.9.1922 anerkannt worden war, kam es in Polen nicht zu einem Zusammenleben der Völker.

Ein unduldsamer polnischer Nationalismus verkannte ethnische und geographische Bedingungen und war bestrebt, Bedeutung und Einfluß der Minderheiten einzuschränken, indem er sie zu assimilieren bzw. polonisieren (Weißrussen, Ukrainer) oder zu verdrängen versuchte (Deutsche).<<

19.12.1930

Nach polnischen Gewalttaten gegenüber deutschen Minderheiten in Posen und Pommerellen protestiert die deutsche Reichsregierung am 19. Dezember 1930 wieder vor dem Völkerbund

(x034/506).

27.11.1931

Die polnische Presse stellt am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung der deutsche Stimmenanteil im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % gesunken ist (x034/563).

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtet später (im Oktober 1989) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 über den polnischen Staat (x853/...): >>>Die Wunde gegenüber Polen

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen: *Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...*

I.

Der neue polnische Staat

1. Abgetrennte deutsche Gebiete

Polen war aus dem Ersten Weltkrieg als eigener Staat hervorgegangen. Seine Grenzen waren überall auf Kosten der Anrainer gezogen worden. Besonders schwer betroffen war das Deutsche Reich. Der Vertrag von Versailles gab Polen fast die gesamte Provinz Posen, ausgenommen einen schmalen Streifen im Westen, die Provinz Westpreußen, abgesehen von den rechts der Weichsel liegenden Kreisen, die Weichselniederung, die Kreise Flatow und Schlochau und Teile einiger Kreise in Ostpreußen und Niederschlesien. In einem Gebiet von ca. 43.000 km kamen beinahe drei Millionen Menschen an Polen, von denen etwa 1,1 Millionen Deutsche waren.

Danzig und ein kleines Territorium wurden zur Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erhoben, gleichzeitig aber Polen eine bevorzugte Stellung eingeräumt. In Südostpreußen, den vier westpreußischen Kreisen, die östlich der Weichsel lagen, und in Oberschlesien wurden Volksabstimmungen angesetzt. Polen hatte mithin in Versailles eine gewaltige Beute auf Kosten Deutschlands erhalten. Das Land war daher einer der heftigsten Verfechter des Versailler Vertrages und ein zuverlässiger Verbündeter der französischen Deutschlandpolitik.

2. Polnische Gewaltakte

Gegenüber Deutschland hatten die Polen mehrfach vollendete Tatsachen zu schaffen versucht und waren zu Gewaltunternehmen übergegangen. In Posen brach Ende Dezember 1918 ein Aufstand aus, der die Polen an die Macht brachte. Im August 1919, im August 1920 und im Mai 1921 suchten polnische Aufständische Oberschlesien gewaltsam an Polen zu binden. In erbitterten Kämpfen wehrten deutsche Selbstschutzkräfte die Angriffe ab. Deutschland suchte die Weltöffentlichkeit über die brutale Haltung Polens zu unterrichten.

Vor allem trachtete die deutsche Regierung danach, den Heiligen Stuhl über die polnischen Gewalttaten in Oberschlesien aufzuklären und seine moralische Unterstützung bei der Abwehr der polnischen Übergriffe zu gewinnen. In diese Bemühungen war auch Kaas eingeschaltet. Im Jahre 1921 reiste er im Auftrag des deutschen Reichsaußenministers Friedrich Rosen (1856-1935) nach Rom, um Papst Benedikt XV. (1914-1922) über den deutschen Standpunkt bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien zu unterrichten. Spätestens seit dieser Zeit wandte Kaas dem deutschen Osten, vor allem Schlesien und den Deutschen in Polen, seine besondere Aufmerksamkeit zu.

3. Die Abstimmungen

Die Vorbereitungen zu den Volksabstimmungen arteten in regelrechte Kämpfe aus, bei denen begreiflicherweise der Klerus eine gewichtige Rolle spielte. Der Heilige Stuhl beobachtete das Geschehen durch den zunächst als Visitator, dann als Nuntius in Polen fungierenden Achille Rattill. Der Bischof von Breslau verbot am 21. November 1920 allen Geistlichen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet, sich politisch zu betätigen ohne Erlaubnis des Orts Pfarrers.

Den nicht in der Diözese Breslau inkardinierten Priestern untersagte er überhaupt jede politische Aktivität im Abstimmungsgebiet.

Er bewehrte seine Verbote mit der ipso facto eintretenden, dem Bischof zur Lossprechung vorbehaltenen Suspension. Der polnische Episkopat wandte sich gegen diesen Erlaß an den Papst, weil er angeblich die deutsche Seite begünstige. Der päpstliche Abstimmungskommissar Ogno Serra schwächte daraufhin in seinen Richtlinien vom 21. Dezember 1920 die Verordnung des Breslauer Bischofs dahin ab, daß er dem Klerus allgemein die politische Propaganda untersagte.

Die vom Versailler Frieden vorgesehenen Befragungen der Bevölkerung von Gebieten, die Polen für sich beanspruchte, fielen für Deutschland günstig aus. Die Abstimmung vom 11. Juli 1920 in Südostpreußen und Westpreußen erbrachte eine erdrückende Mehrheit für Deutschland. Die Abstimmung vom 20. März 1921 in Oberschlesien ergab knapp 60 % der Stimmen für Deutschland. In 664 Gemeinden gab es eine deutsche, in 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit.

Unzufrieden über dieses Ergebnis, entfachte Wojciech Korfanty (1873-1939) im Mai 1921 den dritten polnischen Aufstand. Freiwilligentruppen stellten in verlustreichen Kämpfen die Ordnung wieder her. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hätte Oberschlesien zur Gänze beim Deutschen Reich verbleiben müssen. Der Völkerbundsrat erstattete indes am 20. Oktober 1921 sein Gutachten über die oberschlesische Frage, das auf die Teilung des Landes hinauslief.

Der Botschafterrat wies dementsprechend in seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1921 ein Viertel des Abstimmungsgebietes mit einer knappen Hälfte der Einwohner Polen zu. Dieser Beschluß war offenkundig ungerecht und parteiisch. Er beraubte Deutschland des wirtschaftlich wertvollsten Teils von Oberschlesien. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien verlief zickzackförmig und sprach jeder Vernunft hohn.

Die Animosität in Deutschland gegen Polen

1. Die Bestreitung des Existenzrechtes

Die unangemessene Aufblähung des neuen polnischen Staates auf Kosten des Deutschen Reiches und seine deutschfeindliche Politik riefen in Deutschland starke Erbitterung hervor. Rechtsstehende Kreise wollten sich mit der Existenz des polnischen Staates nicht abfinden. Als ihr Sprecher kann der General Hans von Seeckt gelten. Er bezeichnete am 20. Februar 1920 Polen als den "Todfeind Deutschlands, Geschöpf und Bundesgenosse Frankreichs, Räuber deutschen Bodens, Vernichter deutscher Kultur". Um dieses Land vor dem Bolschewismus zu retten, "darf sich keine deutsche Hand rühren, und will der Teufel Polen holen, wir sollten ihm helfen".

Mit der letzten Bemerkung spielte Seeckt auf die damals siegreich in Polen vordringende Rote Armee an. Sie wurde später mit französischer Hilfe zurückgeworfen. Seeckt aber blieb seiner Haltung treu. Er schrieb am 11. September 1922: "Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und es wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland - mit unserer Hilfe."

Seeckt glaubte nicht an eine lange Dauer des polnischen Staates. Er hielt ihn innerlich für wenig lebenskräftig, und er dachte daran, ihn durch deutsch-sowjetisches Zusammengehen zu beseitigen. Seeckts Auffassung war in Rechtskreisen weit verbreitet. Auch konfessionelle Motive wirkten bei dem Affront gegen Polen mit.

Für manche protestantische Kreise war Polen "ein konfessioneller Keil zwischen den beiden romfreien Ländern Rußland und Deutschland". Aber auch in der Zentrumspartei gab es entschiedene Gegner Polens. Angeblich erklärte Josef Wirth am 24. Juli 1922: "Polen muß erledigt werden. Auf dieses Ziel ist meine Politik eingestellt."

2. Die Bejahung des Rechtes auf einen eigenen Staat

Kaas teilte diese Ansicht nicht. An dem Recht Polens, einen eigenen Staat zu bilden, hat er nie gerüttelt". Gewiß wollte er die Rechte der deutschen Minderheit in Polen gewahrt wissen. Aber "eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den polnischen Staat" lehnte er aus ethischen und praktischen Erwägungen ab. "Niemals haben wir daran gedacht, das Recht des polnischen Volkes auf eine eigene Staatlichkeit anzuzweifeln." Deutschland habe ja selbst an der Wiege des polnischen Staates gestanden".

Mit der letzteren Bemerkung spielte er auf die Vorgänge zur Gründung eines selbständigen Polens an, die ihm aus den Verhandlungen des zweiten Untersuchungsausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vertraut waren. Die Mittelmächte hatten am 5. November 1916 das Königreich Polen ausgerufen und am 14. Januar 1917 in Warschau einen vorläufigen Staatsrat errichtet, der später durch einen Regentschaftsrat ersetzt worden war. Höchstwahrscheinlich kannte Kaas auch die harte Behandlung, die Preußen und Rußland ihren Untertanen polnischer Sprache jahrzehntelang hatten angedeihen lassen, und war der Ansicht, daß die Wiederherstellung Polens die verdiente Rehabilitation des geschundenen Volkes sei.

Die polnische Minderheitenpolitik

1. Der Versuch des Minderheitenschutzes

Polen war ein Nationalitätenstaat, der litauische, weißruthenische, ukrainische, tschechische, jüdische und deutsche Bevölkerungsanteile umfaßte. Eine im Jahre 1926 angestellte geheime Berechnung ergab, daß mehr als 35 % der Bevölkerung des Landes keine Polen waren". Um so dringender war der Schutz der kulturellen Eigenart, der wirtschaftlichen Existenz und der politischen Gleichberechtigung der Minderheiten.

Er sollte durch völkerrechtliche Vereinbarungen gewährleistet werden. Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen sicherte den völkischen Minderheiten in Polen unter der Garantie des Völkerbundes freie Ausübung ihres kulturellen Erbes und Chancengleichheit in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht zu.

Die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 gewährleistete den Deutschen in Oberschlesien die Errichtung von Minderheitsschulen und -klassen und regelte wirtschaftliche und Verkehrsfragen, die sich aus der willkürlichen Abtrennung Ostoberschlesiens an Polen ergaben. Zwei internationale Gremien, das "Schiedsgericht für Oberschlesien" und die "Gemischte Kommission", sollten über die Einhaltung der Bestimmungen wachen.

2. Polnische Übergriffe

Die beiden Abkommen wurden jedoch von den Polen in der Praxis fast überhaupt nicht beachtet. Die kleineren Volksgruppen wurden vielmehr von dem polnischen Staatsvolk brutal unterdrückt. Gegenüber den Deutschen bestand eine weitverbreitete Feindseligkeit, die sich häufig bis zum offenen Haß steigerte. Unterlegenheitsgefühle mischten sich in wunderlicher Weise mit Anmaßung und Großmannssucht. Der polnische Chauvinismus arbeitete rücksichtslos an der Beseitigung des Deutschtums.

Die Deutschen sollten entweder im Polentum aufgehen oder das Land verlassen". In der Tat wanderten aus Posen und Westpreußen von 1919 bis 1926 teils freiwillig, teils unter Druck etwa 600.000 Deutsche in das Deutsche Reich ab. Wer in Polen blieb und an seinem Deutschtum festhielt, hatte Nachteile bis zur Existenzvernichtung zu gewärtigen. Die deutsche Sprache und die deutsche Kultur wurden systematisch unterdrückt.

3. Deutsche Proteste

Die "Germania" beobachtete die beinahe unaufhörlichen polnischen Übergriffe peinlich genau. Auch Kaas verfolgte das Wüten des polnischen Chauvinismus mit Empörung und geißelte es in der Öffentlichkeit. Im Jahre 1926 kritisierte er die intransigente Politik Polens, vor allem "seine durch skandalöse Einzelheiten belegbare, bis in das Heiligtum der kirchlichen

und religiösen Freiheit brutal hineingreifende Minderheitenpolitik" und "seine vertragswidrige Schulpolitik zu offenkundigem Nachteil der deutschen Minderheiten".

Damit spielte Kaas auf polnische Geistliche an, die in vielen deutschen Gemeinden keinen deutschen Gottesdienst und keinen deutschen Religionsunterricht duldeten, und auf die Behörden, welche die deutschen Schulen zu erdrosseln suchten. Die Rettung der polnischen Wirtschaft durch den Bergarbeiterstreik in England habe "vorläufig den wirtschaftlichen Zwang zur politischen Vernunft in Polen gemildert". Kaas schloß mit den Worten: "Keine deutsche Politik kann auf die Korrektur der deutsch-polnischen Grenzfragen verzichten."

Im Reichstag brandmarkte Kaas mehrfach das gegen Völker- und Menschenrecht verstoßende Vorgehen Polens, aber auch Litauens gegen seine Minderheiten. Am 22. März 1927 sprach er von den Deutschen in Ostoberschlesien als einer "schwer bedrückten und durch eine gewalttätige Woiwodenpolitik in ihren natürlichen und vertragsmäßigen Rechten gehinderten ... Minderheit".

Am 23. Juni 1927 stellte Kaas im Namen der Regierungsparteien seine Befriedigung über "das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation (beim Völkerbund) zugunsten der in ihren statutarisch festgelegten Rechten verletzten Memeldeutschen" fest. Darin liege die Anerkennung des Reiches "als des naturgegebenen Anwalts für die Wahrung und Sicherung der Rechte seiner jenseits der deutschen Landesgrenzen wohnenden Volksgenossen".

Gegenüber Polen erschöpfte sich selbst die Geduld des so friedfertigen und versöhnlichen Kaas. Am 19. November 1928 stellte er fest, in der oberschlesischen Schulfrage versuche Polen immer mehr, "den deutschen Rechtsstandpunkt auszuhöhlen". Er empfahl dem Außenminister, bei künftigen Verhandlungen über die Minderheitsrechte der Deutschen in Polen "nicht mehr so kompromißwillig zu sein", wie er es früher gewesen sei.

"Ein weiteres Nachgeben auf diesem Gebiete würde eine Zerstörung, eine Kompromittierung deutschen Rechts und deutscher Zukunftsmöglichkeiten darstellen, das meine politischen Freunde und vor allem diejenigen, die diesen Verhältnissen besonders nahestehen, nicht verantworten können." Stresemann nahm diese Warnung von Kaas ernst. Auf der Tagung des Völkerbundsrates in Lugano im Dezember 1928 trat er wegen der Minderheitenfrage dem polnischen Außenminister scharf entgegen.

Kaas war auch erbittert über die Undankbarkeit der Polen. Auf dem Ostparteitag der Zentrumsparlei in Breslau am 14. April 1929 erinnerte er bezüglich der Minderheitenpolitik daran, wie sich gerade Männer des Zentrums in früherer Zeit teilweise heroisch für die Rechte der polnischen Minderheit eingesetzt hätten. Die Polen sollten jetzt ihrerseits die Rechte der deutschen Minderheit respektieren. In diesem Zusammenhang sprach Kaas die prophetischen Worte, "daß diese Minderheitenfrage der Angelpunkt des europäischen Friedens ist.

Entweder entschließen sich die durch den Krieg neu entstandenen Staaten dazu, großzügig zu sein gegen ihre Minderheiten, oder sie dürfen sich nicht wundern, wenn die so hervorgerufenen Explosivkräfte sich früher oder später gegen sie selbst wenden."

Die deutschen Delegierten beim Völkerbund und der deutsche Außenminister hätten die in den Genfer Abmachungen von 1922 festgelegten Rechte der deutschen Minderheit in Oberschlesien nicht rigoros geltend gemacht, sondern "mehr als einmal beachtliche Teile unseres geschriebenen Rechtes geopfert, um daran das Friedenskompromiß nicht scheitern zu lassen". Wenn sich das deutsche Entgegenkommen nicht auszahlen sollte, dann müsse in Zukunft energisch gefordert werden, "daß der Buchstabe des Rechts erfüllt wird, weil wir dann die Hoffnung verloren haben, daß sein Geist noch respektiert wird".

In seiner großen programmatischen Rede "Nicht rückwärts - vorwärts!" bezeichnete Kaas als die dringlichsten Fragen der deutschen Außenpolitik die Reparationsregelung, die Abrüstungsfrage und den Schutz der nationalen Minderheiten. "Was bei den polnischen Wahlen unseren deutschen Minderheiten und anderen geschehen ist, ist ein Hohn auf die Kulturan-

schauungen des 20. Jahrhunderts."

Kaas war in seinen Äußerungen stets vorsichtig und überlegt. Wenn er gegenüber Polen so scharfe Wendungen gebrauchte, dann ergeben sich daraus die Ungeheuerlichkeit des polnischen Verhaltens ebenso wie sein eigenes leidenschaftliches Engagement in Sachen der deutschen Volksangehörigen in Polen.

IV.

Provozierende polnische Außenpolitik

1. Die Spannungen mit Deutschland

Die Außenpolitik des neuen polnischen Staates war von einem rücksichtslosen Nationalismus geprägt. Die weithin bestehende Unsicherheit gegenüber dem Deutschen Reich wurde durch provozierende Arroganz kompensiert. Von 1920 bis 1925 bestanden daher fortwährende Spannungen zwischen Deutschland und Polen. Aber auch nach 1925 besserten sich die Beziehungen der beiden Länder wenig. Kaas gab Polen die Hauptschuld an dieser Lage. Am 22. März 1927 sprach er von der "polnischen Intransigenz".

An Konfliktsherden zwischen Deutschland und Polen fehlte es nicht. Namentlich die Unklarheit der völkerrechtlichen Stellung Danzigs führte unaufhörlich Mißhelligkeiten herauf. Leonard von Muralt nannte den Weichselkorridor und Danzig "das schwierigste, ja 'das' unlösbare Problem der Friedenspolitik. Frank Thiess sah in dem Status Danzigs und in der Existenz des "polnischen Korridors" "eine Wunde, die am Bluten gehalten wurde und, solange sie bestand, den Frieden gefährden mußte".

Polen betrieb gegenüber seinem westlichen Nachbarn eine Politik der Drohung und der Herausforderung. Es veranstaltete an den deutschen Grenzen Manöver, die der Einschüchterung und der Abschreckung dienen sollten, und erwog zeitweilig sogar einen Präventivkrieg. In den Jahren 1930 bis 1932 wurden in Polen immer wieder Erwägungen über militärische Operationen gegen das Deutsche Reich angestellt.

Die Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich blieben unter diesen Umständen während der gesamten Dauer der Weimarer Republik gespannt. Sie besserten sich nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht. Am 6. März und im April 1933 traf Polen erneut militärische Vorbereitungen. Hitlers Außenpolitik gegenüber Polen schlug einen anderen Weg ein, als man ihn in der Weimarer Republik gegangen war.

2. Die Bemühungen um Ausgleich

Kaas wollte den deutschen Rechtsstandpunkt gegenüber Polen gewahrt wissen, lehnte aber den Zustand eines permanenten Konfliktes ab. Er dachte in europäischen Zusammenhängen und fürchtete die Auswirkungen der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen auf Frankreich".

Er wußte, daß die öffentliche Meinung in Frankreich eine besondere Vorliebe für Polen hatte und heftig auf alles reagierte, was eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung der Würde und der Integrität seines östlichen Verbündeten war. Am 22. März 1927 sprach Kaas im Reichstag die polnische "Ausweisungspraxis" und die "Niederlassungsfrage" an. Den Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen eines ostoberschlesischen Ausweisungsfalles hielt er für eine überzogene Reaktion.

Zusammen mit der Bildung der neuen Regierung habe er "alle Geister des Mißtrauens im Ausland" geweckt. Er forderte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Einen "Handelskrieg mit Polen" lehnte er ab". Die Erwartung, Polen könne durch wirtschaftlichen Druck zur Grenzrevision veranlaßt werden, sei "eine Illusion". Kaas ließ keinen Zweifel daran, daß seine Partei "an den grenzpolitischen grundsätzlichen Ansprüchen" gegenüber Polen, "an der Forderung der Korrektur des Unrechts, das in Oberschlesien, im Korridor und in Danzig geschehen ist", festhalte. Indes müsse zwischen dringlichen Gegenwartsfragen und zukünftigen Regelungen unterschieden werden.

Für jetzt seien friedliche Wirtschaftsbeziehungen und kulturelle Zusammenarbeit die beste Voraussetzung, um letztere zu erreichen. In der Behandlung der deutschen Minderheit müsse sich "nicht nur gesetzgeberisch, sondern auch in der bisher schikanösen Verwaltungspraxis" etwas ändern, wenn zwischen Polen und Deutschland ein gutnachbarliches Verhältnis hergestellt werden solle.

Diese emotionslosen Ausführungen von Kaas wiesen einen Weg, auf dem die ärgsten Spannungen ausgeräumt werden konnten. Man sollte miteinander verhandeln und wirtschaftliche Beziehungen pflegen; dadurch könne eine gewisse Annäherung erreicht werden. Die beiden Länder waren wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Der polnische Agrarexport nach Deutschland und der deutsche Industrieexport nach Polen vermochten sich in glücklicher Weise zu ergänzen.

Die Frage der Revision der deutschen Ostgrenze war zumindest im Augenblick unlösbar; sie war auch eine schwere Hypothek für die Zukunft. Daß Polen freiwillig einer Grenzkorrektur zugestimmt hätte, ist unwahrscheinlich. Auf dem Ostparteitag des Zentrums in Breslau am 14. April 1929 griff Kaas das Thema erneut auf.

Er wünschte von Polen "einen etwas verbindlicheren Verkehrston", als er bisher üblich gewesen sei. Er stehe "auf dem Boden der Bejahung des polnischen Rechts auf einen eigenen Staat". Aber die Wirtschaftsbeziehungen müßten sich bessern, denn so, wie sie jetzt seien, litten beide Nachbarn. "Wir wollen Wirtschaftsfrieden, aber nicht unter dem Preis des Lebens unserer Grenzlandwirtschaft."

Die versöhnlichen Worte, die Kaas an Polen richtete, wurden dort nicht honoriert. In der polnischen Presse schlug ihm vielmehr eine Welle von Beschimpfungen und Vorwürfen entgegen.

V.

Die Revision der deutschen Ostgrenze

1. Die Übereinstimmung der Regierungen und der Parteien der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik weigerte sich beharrlich, die deutsch-polnische Grenze als endgültig anzuerkennen. Die deutschen Regierungen sahen die in Versailles diktierte deutsche Ostgrenze für ebenso unannehmbar an wie den gesamten Friedensvertrag.

Walther Hubatsch hat richtig festgestellt, daß kein einziges Kabinett in der Zeit der Weimarer Republik die deutschen Ostgrenzen "hingenommen" hat, daß vielmehr "die revisionistische Strömung gegen den Versailler Vertrag ... im Auslande auf keinem anderen Gebiet so stark gewesen (ist) wie auf dem der Grenzbeziehungen im Osten". Selbst der konziliante Stresemann hielt an der Revision der Ostgrenze als einer unbedingten Notwendigkeit fest.

Für ihn war die friedliche Grenzregulierung gegenüber Polen ein unverrückbares außenpolitisches Ziel. Auf der Locarno-Konferenz weigerte sich die deutsche Regierung, die ihr angebotene Garantie für die Ostgrenze abzugeben. Der Vertrag von Locarno gewährleistete daher die deutsch-polnische Grenze nicht. Die aus Angst, Haß und Erbitterung gemischte deutsch-feindliche Stimmung in Polen erklärt sich zum Teil von daher.

Die Haltung der deutschen Regierung war zum großen Teil von der Rücksicht auf die Einstellung im Volk bestimmt. Die meisten Deutschen ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung sahen die deutsch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Versailles geschaffen hatte, als unerträglich an. Die deutschen Parteien waren sich darin einig, daß die Ostgrenze revidiert werden müsse.

Es ist richtig festgestellt worden, daß es "in den außenpolitischen Fragen der Weimarer Republik wohl kein zweites Problem" gab, "worüber solche Einstimmigkeit aller Parteien im Reichstag herrschte". Die radikalen Parteien lehnten die Locarno-Verträge u.a. deswegen ab, weil sie ihrer Meinung nach die Revision der deutschen Ostgrenze ausschlossen. Bis zum Ende der Weimarer Republik wehrten sich Vertreter aller Parteien leidenschaftlich gegen ein

"Ost-Locarno".

2. Die Stellung des Zentrums

Das Zentrum machte in der Frage der Revision der deutschen Ostgrenze keine Ausnahme. Seine Sprecher drückten sich in dieser Hinsicht eindeutig aus. Ulitzka sah in der deutsch-polnischen Grenze ein Provisorium, das bereinigt werden müsse". Ebenso bezeichnete Brüning am 24. Mai 1932 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags eine Garantie der polnischen Westgrenze als "für uns untragbar".

Kaas teilte diese Ansicht. Am 9. Mai 1927 erklärte er in Köln, eine "Locarnisierung der Ostgrenze" wäre "ein schreiendes Unrecht gegen die Existenz- und Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes". Die deutsch-polnische Grenze stelle "eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit" dar. Diesen Feststellungen setzte Kaas aber die Aufforderung bei, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu einer erträglichen Zusammenarbeit mit Polen zu kommen. Er forderte beiderseitiges christliches Entgegenkommen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu überwinden.

Die letzte Bemerkung zeigt, daß Kaas unter der Tatsache litt, daß zwei christliche Völker es nicht vermochten, zu einem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben zu finden. Allerdings spielte die dem Zentrum vergleichbare Partei der "Christlichen Demokratie" im politischen Leben der polnischen Republik keine große Rolle. Im übrigen wurde der Katholizismus dort zwar aus politischen Gründen betont; aber christliche Maximen wurden in der Praxis kaum beachtet.

Auf dem Ostparteitag der DZP in Breslau am 14. April 1929 sagte Kaas, die Grenzziehung im Osten sei "ein wirtschaftlicher Nonsens, ein Experiment mit explosiven Möglichkeiten". Nicht durch kriegerische Maßnahmen, sondern durch die Waffe des Rechts kämpfe Deutschland um eine Änderung dieses Zustands. An die "Möglichkeit einer naheliegenden Grenzkorrektur" glaube er nicht. Gewaltanwendung komme nicht in Frage. Das waren mutige Worte. Denn sie stießen auf eine gerade im deutschen Osten besonders starke Animosität gegen Polen, die nicht selten mit dem Gedanken spielte, die verlorenen deutschen Gebiete durch Kampf zurückzuholen. Kaas appellierte gegenüber dieser leidenschaftlichen Ablehnung an die Vernunft und an das Recht.

Zwei Jahre später hob Kaas seinen Standpunkt erneut mutig hervor. Am 10. Februar 1931 sagte er im Reichstag in bezug auf den östlichen Nachbarn des Reiches: "Aber gegenüber der Grenzen, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat in Versailles teilweise auch zum Schaden seiner eigenen wohlverstandenen Interessen gefunden hat, haben wir sachliche Bedenken, und wir müssen uns das Recht wahren, festzustellen, wo die Mindestgrenze deutschen Rechtsanspruches verläuft."

Diese Forderung brauche "nicht zu hindern, daß man auch schon in der Gegenwart versucht, zu einem nachbarlichen Verhältnis zu kommen und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine förderliche Weiterbehandlung der zwischen den beiden Staaten hängigen Dissonanzen überhaupt erst möglich wird". Man sieht, daß bei Kaas die Anmeldung des Revisionsanspruches stets mit dem Appell, erträgliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, gekoppelt war.

Auch im Ausland machte Kaas kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß Deutschland im Osten verlorene Gebiete zurückerhalten müsse. Als französische Parlamentarier in Genf ihn nach dem Verhältnis Deutschlands zu Polen befragten, antwortete er, Deutschland bejahe zwar "die Existenz und Unabhängigkeit des polnischen Staates als eine europäische Notwendigkeit"; aber "die friedliche Revision" der polnischen Westgrenze sei "ebenfalls eine europäische Notwendigkeit".

Nach Kaas hätten die französischen Parlamentarier für diesen Standpunkt volles Verständnis gehabt. In der Tat gab es nicht wenige ausländische Stimmen, die den deutschen Revisionsan-

spruch als berechtigt anerkannt. Eine Erfüllung war ihm nicht beschieden. Als Hitler daran ging, das Problem der deutschen Ostgrenze gewaltsam zu lösen, stolperte er in den Zweiten Weltkrieg hinein. Als seine Folge verlor Deutschland mehr Gebiet im Osten, als es bei einer Revision der deutsch-polnischen Grenze hätte zurückgewinnen können. ...<<

Dezember 1931

Der polnische Staat reduziert nochmals die ukrainischen Volksschulen in Ostpolen. Ende 1931 gibt es nur noch 500 ukrainische Schulen (im Jahre 1923 waren es noch 2.600 ukrainische Schulen). Die katholischen Polen zerstören außerdem zahlreiche ukrainische Kirchen (x025/42).

1932

Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (1932) spricht man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".

Der Streit um die Westerplatte führt 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlägt deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" gegen das Deutsche Reich durchzuführen.

1933

Nach Hitlers Machtübernahme nehmen Staatschef Pilsudski und Außenminister Jozef Beck (1894-1944) im Jahre 1933 frühzeitig Kontakte mit dem NS-Reich auf. Die polnisch-deutschen Gespräche und Vereinbarungen unterstützen Hitlers Pläne und stören gleichzeitig das französisch-polnische Bündnissystem.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über das Schicksal der Volksdeutschen bis 1933 in Polen (x358/12-15): >>Das

Leid im Osten

_ von Rüdiger Lenhoff

Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Dabei kam es zu furchtbaren Verbrechen.

... Polnische Chauvinisten

Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten. Unter Protest der deutschen Bevölkerung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt.

Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.

Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachtete, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.

Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem

historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand. Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft.

Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.

Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert.

Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.

Terror gegen Deutsche

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgeschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.

Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete: "In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen.

Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie: "Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."

Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.

Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese: "Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige Opfer sind schon zu beklagen.

Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."

Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit.

Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demon-

stration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Siegermächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.

Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war.

Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.

Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher.

Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.

Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen.

Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das pro-polnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen. Trotz des 60-Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das ober-schlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.

Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsversuch an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung Die Republik Polen zu lesen: "Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polni-

schen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."

Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen.

Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos. Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zu Lasten Deutscher. Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Staat mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.

In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land vielfach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.

Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kottowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Kriegsgefahr

1933 fordert Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000-Mann-Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.<<

26.01.1934

Polen und das Deutsche Reich schließen am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, der damals das französisch-polnische Bündnissystem nachhaltig erschüttert (x300/135): >>... Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen, und sollten sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle aufgrund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen. ...

Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.<<

Um die angestrebten außenpolitischen Pläne zu verwirklichen, benötigt Hitler vorläufige Rückendeckung im Osten. Ein deutsch-polnisches Bündnis gegen die Sowjetunion lehnen die Polen jedoch entschieden ab, denn sie verfolgen wesentlich andere Ziele.

Für Pilsudski bedeutet das deutsch-polnische Abkommen lediglich eine "Ruhepause" (x064/-134): >>... Danach müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen. Es bleibt keine Alternative.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele

Väter hatte") berichtet später über das deutsch-polnische Verhältnis (x320/56): >>1933 forderte Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch (fast) über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000 Mann Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.

Erst unter den Diktatoren Hitler in Deutschland und Josef Pilsudski gibt es eine Annäherung für ein paar Jahre. Nach Pilsudskis Versuch von 1933, Frankreich zu einem Krieg gegen Deutschland aufzurufen - den Paris ja ablehnt -, lenkt er ein - und schließt 1934 mit Hitler einen Freundschaftsvertrag. ...<<

13.09.1934

Da Polen wegen Mißachtung des vereinbarten Minderheitenschutzabkommens verstärkt kritisiert wird, kündigt die polnische Regierung in der Vollversammlung des Völkerbundes das Minderheitenschutzabkommen.

Der polnische Außenminister Beck erklärt am 13. September 1934 (x028/29): >>... von heute ab sich jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt.<<

27.01.1935

Göring verhandelt in Warschau vom 27. bis zum 31. Januar 1935 über ein deutsch-polnisches Militärbündnis gegen die UdSSR.

Obwohl Polen die Ukraine als spätere Kriegsbeute erhalten soll, lehnt Polen das vorgeschlagene antisowjetische Bündnis ab (x032/187).

12.05.1935

Am 12. Mai 1935 stirbt Staatschef Pilsudski.

Die autoritäre Regierungsweise durch "Staatsführer" wird anschließend fortgesetzt ("gelenkte Demokratie" bei Entmachtung des Parlaments). Zwischen dem NS-Regime und Polen entbrennt später ein Zollkrieg um Danzig.

1936

Polen schränkt im Jahre 1936 den Durchgangsverkehr (Deutsche Reich - Ostpreußen) erheblich ein (x186/22).

13.01.1937

Der Haushaltsausschuß des polnischen Parlaments berichtet am 13. Januar 1937 über die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen (x172/78): >>... Die polnische Regierung denkt bei dem Versuch, den Bevölkerungsüberschuß zu lösen, zuerst an die Juden. Wir hätten nichts gegen die Menschen, wenn es 50.000 wären. Unsere negative Einstellung rührt von der Tatsache her, daß es hier 3 Millionen gibt. Eine Änderung dieser anormalen Situation ist der einzige Weg zur Lösung des leidigen Judenproblems. ...

Ohne Palästina als ein Auffangbecken für unseren Judenüberschuß aufzugeben, müssen wir unser Problem auf einer breiteren Basis angehen. ...<<

05.05.1937

Die polnische Regierung verhandelt am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden nach Madagaskar (1896-1959 französische Kolonie) umsiedeln kann (x172/79).

15.11.1937

Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" nähert sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).

Januar 1938

Nach der Hinrichtung von polnischen KP-Führern (in der UdSSR im Jahre 1937) löst die Komintern Anfang 1938 die gesamte polnische KP (ca. 40.000 Mitglieder) auf, weil sie an-

geblich von Pilsudskis Spionen durchsetzt gewesen sein soll (x064/130).

16.03.1938

Polen nutzt das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen.

Litauen wird mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg

Der schweizerische Geschichtsforscher und Völkerbundskommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemühte, schrieb am 20. August 1938 über seine Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck (x025/183-184): >>Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen Fahrt, hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlich unvermeidlichen deutschen Katastrophe. ...

Jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerellen, aber jetzt sagt man "unser Pommern".

Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken. ...<<

Oberst Jozef Beck (1894-1944, ehemaliger polnischer Außenminister von 1932-1939) erklärte später nach dem deutsch-polnischen Krieg (x1.001/30): >>... Einer der Hauptverantwortlichen für die Tragödie meines Landes ist der Vatikan. Zu spät erkannte ich, daß wir eine Außenpolitik betrieben hatten, die lediglich der egoistischen Zielsetzung der katholischen Kirche diene."<<

Die polnische Regierung stellte der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten. Teschen gehörte bis 1919/20 zum Deutschen Reich.

Außenminister von Ribbentrop übergab dem polnischen Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 in Berlin Vorschläge zur "Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen" (x064/135).

Hitler beabsichtigte zunächst hauptsächlich die Wiedergewinnung Westpreußens und versuchte außerdem, die Polen für den Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Er garantierte Polen langfristig die bisherige deutsch-polnische Grenze, falls Polen eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich durch den sogenannten "Korridor" genehmigte und auf Danzig verzichtete. Polen sollte dafür durch sowjetische Gebiete, die man noch gemeinsam erobern mußte, entschädigt werden. Polen wurde ferner aufgefordert, dem Antikominternpakt beizutreten. Die polnische Regierung lehnte diese unsicheren, gewagten Pläne jedoch ab (x069/175). Hitlers Vorschläge vom 19. November 1938 und 5./6. Januar 1939 wurden im Vertrauen auf die eigene Stärke ebenfalls abgelehnt.

Polen schloß am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.

Der polnische "Ausschuß für Nationalitätenfragen" beschloß am 19. Dezember 1938 Richtlinien zur radikalen Lösung der deutschen Minderheitsprobleme (x104/271).

Hitler bot den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und forderte nochmals die

Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Danzigfrage" (x051/108):

>>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung – der ca. 380.000 Einwohner, darunter waren nur 12.000 Polen - am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.

Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden ...

1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer exterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt und anderes) ...

Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Korridor" (x051/327):

>>... Im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.

Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).

Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner ... schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag. Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<

Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Frühjahr 1939 (x853/...): >>... Im Frühjahr 1939 kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen. Auslöser war der Streit um Danzig, daß bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatte und nun zu Deutschland zurückkehren wollte.

Durch den Druck der "Anti-Appeaser" um Churchill und durch den Druck Roosevelts sah Chamberlain sich genötigt, einen schärferen Kurs gegen Deutschland einzuschlagen. Chamberlain gab eine Garantieerklärung für Polen ab und versuchte, eine große Koalition zur Einkreisung Deutschlands zustande zu bringen. Dieser Koalition sollte neben England, Frankreich, Polen und Rumänien auch die Sowjetunion angehören. Chamberlain selbst stand einem Bündnis mit der UdSSR sehr skeptisch gegenüber, aber Polen und Rumänien waren ohne sowjetische Hilfe militärisch nicht zu verteidigen. Ohne Moskau war die Einkreisung und verschärfte Eindämmung Deutschlands nicht zu bewerkstelligen.

In Berlin löste die britische Einkreisungspolitik große Besorgnis aus. Deutschland hatte nach 1918 in Erfüllung des Versailler Vertrages sein Heer auf das Niveau einer Polizeitruppe abrüsten müssen. Das NS-Regime hatte ab 1933 eine forcierte Aufrüstung betrieben, aber 1939 hatte das deutsche Heer noch nicht einmal die Stärke der französischen Armee, geschweige denn die einer Koalition der europäischen Militärmächte erreicht. Allenfalls die deutsche Luftwaffe hatte aufgrund ihrer hochmodernen Ausrüstung eine gewisse Überlegenheit.

Die deutsche Wirtschaft war nach wie vor in hohem Grade von Rohstoffeinfuhren abhängig, die Autarkiepolitik war kaum mehr als Propaganda gewesen. Mit anderen Worten, Deutschland war nicht kriegsbereit, und die von England angestrebte große Koalition hätte Deutschland jederzeit militärisch mattsetzen und wirtschaftlich erdrosseln können.

Während sich im Sommer 1939 die deutsch-polnische Krise immer mehr zuspitzte, verhandelte eine englisch-französische Militärdelegation in Moskau über ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. ...<<

Der britische Ministerpräsident Neville Chamberlain gab der polnischen Regierung am 31. März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).

Die französisch-britischen Garantieerklärungen vom 31. März 1939 förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich. Die polnischen Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die französisch-britischen Garantieerklärungen für Polen (x309/85-86): >>Ein entscheidender Schritt auf die "unvermeidliche deutsche Katastrophe" war dann der Ausbau der bereits bestehenden französisch-britischen Polengarantie zu einem dreiseitigen Beistandspakt im April 1939. Die Parteien verpflichteten sich, der jeweils anderen, sollte sie von einer "europäischen Macht" angegriffen werden, "nach Kräften Unterstützung und Hilfe zu leisten".

Der zweite Artikel sah eine ähnliche Unterstützung für den Fall vor, daß eine dritte Macht einen der Signatäre "indirekt" bedrohte und dieser mit Waffengewalt reagierte. Diese etwas kryptische Formulierung wurde in der Presse veröffentlicht, nicht aber das noch provokativere Zusatzprotokoll, das festhielt, "unter dem Ausdruck 'europäischer Macht' ist Deutschland zu verstehen" und mit der indirekten Bedrohung sei Danzig gemeint. Für den Fall eines Angriffs durch eine andere europäische Macht verpflichtete das Protokoll die Signatäre nur zu gegenseitiger Konsultation.

Der frühere US-Botschafter in Moskau, J. Davis, sah in dieser Konstruktion einen "Blankoscheck" für die Polen, und auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, bemerkte, zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens habe das Land die letzte Entscheidung über einen Krieg außerhalb seiner Grenzen einer anderen Macht überlassen.

Polen konnte also wie ein Torero den deutschen Stier beliebig reizen, um dann im Konfliktfall nach der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" den "höchsten Gewinn" einzufahren.

Konsequenterweise äußerte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, gegenüber dem englischen Botschaftsvertreter, man habe nun keine Veranlassung sich für irgendwelche deutschen Angebote zu interessieren: Die polnischen Truppen würden bald auf Berlin marschieren. Tatsächlich baute man auf die eigene Stärke, auf eine schnelle militärische Unterstützung – vor allem durch Frankreich – und auch auf die deutsche Kriegsmüdigkeit. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 15. Mai 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten (x962/...): >>Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie

Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: *"Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")

Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.

"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, *"daß die Briten die schlauesten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."*

Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.

Die britische Fassade

Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.

Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, *"Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen."* Preparata fügt lapidar an: *"Die Wahrheit sieht anders aus."*

Die britische Strategie

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen sollte. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*

Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.

Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine prag-*

matische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstrebende Gruppierungen in der britischen Politik:

- 1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);
- 2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und
- 3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)

Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:

"Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.

Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."

Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanzten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. *"Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat *"für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern*

Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein." Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er "alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust*, *The Times aus London*, *The Observer*, das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als *The Round Table* bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen "*Zentrums der maßgebenden Meinung*" gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.

Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichtendienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.

Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine

Luftwaffe. *"Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*

Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.

"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."

Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.

Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.

Die Gespräche *"endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil' zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.

Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, *"während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*

Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erinnerung an die alten Tage in den Schützengraben, *"und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*

Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.

Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und

mahnten.

"Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden." Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März "verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."

Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. *"Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossener und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*

Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.

Doch Lloyd George *"lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*

Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, *"den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."* Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.

Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."*

Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatzpunkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz. Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freigemacht wurde.

Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: *"England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der (deutschen) Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler

am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.

"Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig." Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.

Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er "die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."

Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten. *"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde.*

Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht." Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.

Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.

"Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."

Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. *"Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren." <<*

Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen über einen britisch-französisch-sowjetischen "Dreibund". Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen, wie z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien, so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).

Außenminister Beck führte am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit

einer französischen Regierungsdelegation.

Das britische Parlament ordnete am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

Ab Mai 1939 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends. Deutsche Dörfer wurden von polnischen Banden überfallen. Es ereigneten sich mehrere Morde. Höfe wurden ausgeplündert und gingen in Flammen auf. Viele Volksdeutsche verließen nachts ihre Höfe, um sich in den Wäldern oder in Feldscheunen zu verbergen.

Es kam zu Massenentlassungen von deutschen Arbeitnehmern. Deutsche Kinder und Erwachsene mußten ständig damit rechnen, auf offener Straße und in Geschäften verprügelt zu werden (x025/43). Zehntausende von Polen-Deutschen flüchteten in jener Zeit über die deutsche Grenze und wurden vorerst in Niederschlesien, Ostpommern und Ostpreußen untergebracht.

Der polnische Staat beteiligte sich aktiv an der Verfolgung der Volksdeutschen und führte systematische Willkür- und Zwangsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen durch. Im polnischen Rundfunk und in polnischen Zeitungen verbreitete man regelmäßig antideutsche Propaganda. Alle deutschsprachigen Zeitungen wurden verboten (x025/43).

Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).

In Danzig forderte die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/528).

Das polnische Innenministerium erteilte am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.

Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollten das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<

Am 13./14. Mai 1939 verursachte ein "Deutschenpogrom" in Tomaszow bei Lodz eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hatte, kündigte er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155): >>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...

Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<

Am 31. Mai 1939 erläuterte der sowjetische Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich und berichtete über die geplante Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen (x032/537).

Der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki erklärte im Mai 1939 in Frankreich (x352/59): >>... Wir haben keine (Befestigungen), denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.<<

Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündete am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<

Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) erklärte am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<

Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrierten im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wurde, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183). Dieser Geheimbericht schilderte nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informierte auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren wollte.

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 über einen Reisebericht, den zwei englische Diplomaten am 9. Juni 1939 dem britischen Außenministerium vorlegten (x853/...): >>... Seine Verfasser sind Sir William Strang, damals Leiter der Deutschland- und Osteuropa-Abteilung im Londoner Foreign Office, und der Privatsekretär des Ständigen Unterstaatssekretärs im britischen Außenamt, Hubert Miles Gladwyn Jebb.

Das amtliche Deckblatt des britischen Außenamts führt die Niederschrift unter dem Titel "Visit of Mr. Strang and Mr. Jebb to Poland" und ist mit Datum vom 13. Juni ("13th June, 1939") handschriftlich vom zuständigen Sachbearbeiter Kirkpatrick abgezeichnet. Aus der von ihm angebrachten Vorbemerkung ("This is an interesting account of the visit of Mr. Strang and Mr. Jebb to Poland.

Mr. Strang has seen it and concurs") wie auch aus der alleinigen Unterschrift Jebbs am Ende des Berichts ... geht hervor, daß das vorgelegte Reiseprotokoll vom niedrigerrangigen Jebb entworfen und verfaßt und dann von Strang gebilligt worden ist, jedoch die Beobachtungen beider enthält. Diese konnten sie im Mai 1939 anlässlich einer informativen Erkundigungsreise durch das verbündete Polen sammeln.

Ihrer Visite vorausgegangen waren die britisch-französische Garantie für Polen vom 31. März 1939 und die polnisch-englische Übereinkunft vom 6. April 1939, in welcher festgestellt wurde, "daß die beiden Länder bereit sind, ein Abkommen abzuschließen, das bleibend und gegenseitig sein und das die gegenwärtige, vorübergehend gültige und einseitige Zusicherung der Regierung Seiner Majestät an die polnische Regierung ersetzen soll" und die den Zweck verfolgte, "Großbritannien und Polen des gegenseitigen Beistandes zu versichern für den Fall einer unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit jedes der beiden Länder".

Die ersten psychologischen Auswirkungen dieser anglo-französischen Beistandsversprechen konnten die beiden Londoner Diplomaten bereits auf ihrer ausgedehnten Informationsreise beobachten, stellen sie doch gleich am Anfang ihres Berichtes fest: "Der britische Vizekonsul von Kattowitz erzählte beispielsweise, daß die dortigen polnischen Beamten sich seit unserer Garantie 'schrecklich anmaßend' gezeigt hätten und von einer schnellen Niederlage Deutschlands und einer Besetzung Breslaus sprächen", um dann auf die Stimmung der Bevölkerung auf dem Lande zu sprechen zu kommen.

Gladwyn Jebb schreibt: "Wieder einmal verlangte es die Bauern auf einen Besitz südlich von Thorn nach einem Gang gegen die Deutschen. Dieses bestätigte der geistig hochgebildete Leiter der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium, Herr Wezelaki, der sagte, daß der Kriegsg Geist und die antideutsche Einstellung der Bauern teils auf rassische und teils auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sei (Bevölkerungswachstum und daraus folgender Appetit auf deutsches Bauernland)."

Geradezu prophetisch muten die Feststellungen an, welche Gladwyn Jebb vom Warschauer Regierungsbeamten Wezelaki über mögliche polnische Ausschreitungen gegen Deutsche

überliefert, wenn er in seinem Bericht schreibt:

"Wezelaki ging tatsächlich so weit zu sagen, daß er im Falle eines Kriegsausbruchs fürchte, ein furchtbares Massaker unter den Volksdeutschen könnte schwer zu verhindern sein." ...

Und wenn man an die blutigen Pogrome von Bromberg, Warschau und in anderen polnischen Bezirken denkt, denen Anfang September zahlreiche Volksdeutsche zum Opfer fielen.

- Ebenso zutreffend erwiesen sich die Beobachtungen, die die beiden britischen Diplomaten über die außenpolitische Haltung der Polen machten. So notierten sie hinsichtlich einer Verständigungsmöglichkeit mit Berlin über die Danziger Frage: Jedenfalls gibt es hinsichtlich Danzigs bestimmte Konzessionen, die kein Pole freiwillig machen würde.

Sie könnten genaugenommen weder die Anwesenheit deutscher Soldaten auf Danziger Gebiet noch einen wirtschaftlichen Anschluß Danzigs an das Reich zulassen. Ersteres bedeute, der Korridor würde militärisch nicht zu halten sein; und das zweite würde Polens Handel, von dem nicht alles über Gdingen laufen könne, abwürgen. In beiden Fällen würde Polens Unabhängigkeit ernstlich eingeschränkt ...

Kurzum, alle Polen seien zutiefst von der dem gegenwärtigen Arrangement innewohnenden Gerechtigkeit überzeugt, und es erschrecke sie, Engländer von der Rechtmäßigkeit der Ansprüche Herrn Hitlers sprechen zu hören."

Wie aus der weiteren Darstellung des Diplomatenberichts von Jebb hervorgeht, sperrten sich die Polen nicht nur wegen der befürchteten Parallele ihres möglichen Schicksals zu jenem der Tschechen im März 1939 - wobei man in Warschau ausdrücklich nichts gegen die vollzogene Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich hatte -, sondern bauten bei ihrem unterschiedenen Ablehnungskurs auch auf den Sieg ihrer Waffen.

Dies bestätigte deutlich ein Gespräch, das Gladwyn Jebb anläßlich eines Banketts mit dem Hauptmitarbeiter des polnischen Generalstabschefs, General Stachiewitz, in Warschau hatte. Er schreibt darüber:

"Ich kann nur soviel sagen, daß der Oberst, der während des Essens neben mir saß, ein intelligenter und vernünftiger Mann ist. Er bekundete freimütig, daß die polnische Armee in einiger Hinsicht ihre Mängel habe, daß er aber darauf baue, daß sie, wenn nötig, ihre Sache gut machen würde."

Obwohl es bis zum tatsächlichen Ausbruch der Kampfhandlungen noch über ein Vierteljahr hin war, hatte man im polnischen Generalstab bereits konkrete Vorstellungen über die zu ergreifenden operativen Maßnahmen, was freilich zu den selbstverständlichen Pflichtübungen jeder Heeresleitung gehört.

Gladwyn Jebb berichtet von seiner Unterhaltung mit dem erwähnten Oberst und anderen polnischen Offizieren über die geplante militärische Strategie der polnischen Armee:

- "Teils von ihm (dem Oberst) und teils von anderen Herren erfuhr ich, daß man daran denke, zu Beginn des Krieges Ostpreußen anzugreifen, weil es für die Deutschen schwierig sein würde, die Provinz rasch und ausreichend zu verstärken. Darüber hinaus sei es dort möglich, von vielen Punkten aus gleichzeitig anzugreifen. Die belebende Wirkung einer Besetzung Königsbergs könnte, so hoffe man, ein Gegengewicht zu einem unvermeidlichen Rückzug vom Vorpreschen im Westen bilden ...

Die Polen glauben, daß in dem allgemeinen Krieg, der nach ihrer Ansicht einem deutschen Angriff gegen Polen folgen würde, Deutschland am Ende besiegt werden würde und daß die polnische Armee, wenn auch böse angeschlagen, dann aus den Pripjet-Sümpfen oder dem "Urwald" von Bialowiecza wieder hervorkommen und darangehen würde, sich eines Großpolens unter den durchaus gleichen Umständen wie 1919 zu bemächtigen ...

Sie vertreten den Standpunkt, daß irgendeine Art von deutschem Zusammenbruch innerhalb eines Jahres nach dem Ausbruch eines allgemeinen Krieges eine sehr reale Möglichkeit sei; und wenn sie auch keinen Zweifel hegen, daß die Deutschen im Anfangsstadium außerordent-

lich gut kämpfen werden, sind sie zuversichtlich, daß der Ring halten und die Wirkung einer Blockade sich sehr viel eher bemerkbar machen wird als 1914-1918."

- Dieser Siegeszuversicht, die sich nicht zuletzt auf den Ausbruch eines "allgemeinen Krieges" stützte, entsprach im übrigen auch ein Gemälde, das der polnische Oberkommandierende, Marschall Rydz-Smigly, bereits im Sommer 1939 in Auftrag gab und das ihn hoch zu Roß in voller Gala-Uniform als Sieger unter dem Brandenburger Tor zu Berlin zeigt.

Und laut Gedächtnisprotokoll des damaligen französischen Außenministers Georges Bonnet über seine Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Paris, Graf Juliusz Lukasiewicz vom 15. August 1939, erwiderte der polnische Missionschef auf den Hinweis, daß Hitler die polnische Armee innerhalb von drei Wochen zu besiegen gedenke, wörtlich: "Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage nach Deutschland eindringen."

Daß die polnischen Erwartungen hinsichtlich eines Sieges über die deutsche Wehrmacht durchaus nicht überzogen waren, beweist eine scharfsinnige Studie des britischen Militärhistorikers John Kimche, in welcher anhand der beiderseitigen Truppenstärken (der Polen, Frankreichs und Großbritanniens einerseits und der Deutschlands andererseits) dargestellt wird, daß Deutschland dieser rund dreifachen Übermacht bei gleichzeitigem alliierten Angriff im Westen auf die Dauer nicht hätte standhalten können und vermutlich bereits an Weihnachten 1939 die Waffen hätte strecken müssen.

Bekanntlich unterließen es aber die Briten und die Franzosen, ihrem Bündnispartner Polen durch Eröffnung einer effektiven Front im Westen entlastend zu Hilfe zu kommen und verhielten sich in den Augen der Polen letztendlich ähnlich, wie knapp fünf Jahre später die Rote Armee, die an der Weichsel Gewehr bei Fuß stand, als die deutschen Truppen den Warschauer Aufstand der nationalpolnischen "Heimatarmee" niederschlugen; bittere Erfahrungen der Polen mit ihren Alliierten in West und Ost.

- Im Mai 1939 mochten sie aber an solche Enttäuschungen durch ihre Beistandspartner ganz und gar nicht denken, vielmehr hatten sie bereits optimistisch für die Zeit nach dem Sieg über Deutschland geplant und aus ihren diesbezüglichen Plänen den britischen Diplomaten gegenüber auch gar keinen Hehl gemacht. So konnten Strang und Jebb im Juni 1939 ihrem Foreign Office melden:

"Jedenfalls schien es die allgemeine Auffassung zu sein, daß Ostpreußen von Polen annektiert werden müsse. Der stellvertretende Leiter der Abteilung Ost im Außenministerium ging tatsächlich so weit, klar zu sagen, daß dieses der polnische Plan sei. Er rechtfertigte ihn mit der Begründung, die Bevölkerung Ostpreußens sei im Abnehmen begriffen; daß vieles von dem Gebiet in Wirklichkeit sowieso polnisch sei, daß man jedenfalls Umsiedlungen vornehmen könne, und daß die Polen als junger und rasch wachsender Staat eine seiner Bedeutung angemessene Küstenlinie haben müsse."

Wie aus dem geheimen Diplomatenbericht weiter hervorgeht, hegten polnische Regierungskreise aber auch noch andere Vorstellungen über ein künftiges Großpolen nach dem Sieg über Deutschland. Gladwyn Jebb schreibt darüber:

"Aber da gibt es noch ein größeres Projekt für Polens Zukunft nach einem siegreichen Krieg gegen Deutschland. Es ist die Konzeption eines Bundes-Polen, wozu Litauen gehört, mit einer Art Autonomie für die Ruthenen. Entsprechend diesem Traum würde Warschau das Zentrum einer gewaltigen Zusammenballung sein, deren westliche Grenzen bis fast zur Oder ausgreifen und mit einem südlichen Grenzland mit einem wiederhergestellten Ungarn."

Nahmen die Planungen mit Ostpreußen in gewissem Sinne schon die Vertreibungen oder Zwangsumsiedlungen der Deutschen vorweg, zeichnete sich in diesem Plan zum Teil bereits die Oder-Neiße-Grenze ab; freilich nicht im gleichen Landanspruch, wie er dann auf Wunsch und Druck Moskaus bis zur westlichen Neiße ausgedehnt wurde. Die Nationalpolen hätten sich mit dem Gebiet östlich der Oder begnügt und damit den Deutschen immerhin noch ein

Gebiet von rund 30.000 Quadratkilometern mit annähernd fünf Millionen Einwohnern belasten.

- Auf fast unheimliche Art sollte schließlich das weitgehend Wirklichkeit werden, was die Polen mit dem besiegten Deutschland vorhatten beziehungsweise gern gesehen hätten.

Gladwyn Jebb notierte zu dieser Frage in seinem Bericht:

"Um meine polnischen Freunde auszuhorchen, habe ich sie gewöhnlich in einem bestimmten Stadium gefragt, was sie hinsichtlich der Deutschen vorzuschlagen hätten, wenn sich das Kriegsglück - wie sie es für wahrscheinlich hielten - zu ihren Gunsten entschieden hätte ... Die allgemeine Richtung schien zu sein, daß Deutschland in zwei oder drei Stücke geschnitten werden müsse und daß der größere Abschnitt aus einem südlichen und katholischen Block bestehen müsse, vielleicht unter dem Erzherzog Otto."

Sieht man von ein paar Äußerlichkeiten ab, wie etwa von dem Umstand, daß die Bundesrepublik nicht von Erzherzog Otto (von Habsburg) regiert wird und daß aus dem süddeutschen Staat ein westdeutscher wurde, findet man die hauptsächlichsten Zukunftserwartungen der Polen von 1939 bezüglich Deutschlands erfüllt; freilich das alles nicht auf eigene Veranlassung, sondern durch den Siegerspruch der "Großen Drei" von Jalta und Potsdam, und für Polen unter der drückenden Hypothek sowjetischer Mitbestimmung im eigenen Land, ein teurer, wohl zu hoher Preis für die weit ausgreifenden Großmachtpläne am Vorabend des Zweiten Weltkriegs.

Gladwyn Jebb, der nachmalige stellvertretende Unterstaatssekretär im britischen Ministerium für Kriegswirtschaft und spätere UN-Generalsekretär, beschließt den Bericht mit einer persönlichen Bemerkung. Darin stellt er fest:

"Abschließend ist es meine persönliche Ansicht, daß, wenn wir versuchen, uns um unsere Garantie herumzudrücken, die Polen ernsthaft in Erwägung ziehen werden, ihre gegenwärtige Haltung zu Deutschland zu revidieren.

Selbst wenn es ihnen nicht gelingt, die Deutschen zu versöhnen (und das werden sie wahrscheinlich tun), dann könnte das erste Anzeichen wirklicher Schwäche unsererseits zu einem Signal für die Russen werden, sich mit den Deutschen auf der Grundlage einer vierten Teilung zu verständigen. Wenn das geschieht, dann werden die Auswirkungen auf unsere Stellung in der Welt auch der mittelmäßigsten Intelligenz klar."

Wenn auch der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 unter anderen Gründen und Auspizien geschlossen wurde, so trifft Jebbs Prognose doch um so stärker für den Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen am 17. September 1939 und auf den deutsch-sowjetischen Grenzvertrag vom 28. September 1939 zu. ...<<

Am 15. Juli 1939 propagierten polnische Politiker während der polnischen Siegesfeiern (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete. Die Deutschen sollten ein zweites Tannenberg erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/-278).

Am 24. Juli 1939 wurde ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag trat jedoch nicht in Kraft, weil Stalin später entschied, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen (x041/98).

Im Juli 1939 steigerten gewalttätige Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligten, die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzte die Gelegenheit und verstärkte ihre antipolnische Hetzkampagne.

Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły erklärte im Sommer 1939 vor polnischen Offizieren (x352/60): >>Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.<<

Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" veröffentlichte im Juli 1939 eine Landkarte, in

der Polen sämtliche "slawische Gebiete" zwischen Oder und Elbe beanspruchte (x025/178). Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177-178): >>... Tatsächlich sind slawische Stämme nach der Völkerwanderung bis an die Elbe-Saale-Linie vorgedrungen und haben sich etwa seit dem 7. Jahrhundert u.a. in ganz Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken, der bayerischen Oberpfalz und im östlichen Österreich niedergelassen. Vor diesem Hintergrund proklamierte 1917 der Panslawist Hanus Kuffner die Elbelinie als Westgrenze der Slawenzone. ...

In den dreißiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die "Polens historische Westgrenze" zeigte: Sie verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfaßte außer der oberen Elbe einschließlich Dresdens auch die ganze Tschechoslowakei.

Zwei Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung "Dziennik Poznanski" eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische "See- und Kolonialliga" in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Kolonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krieges Vignetten heraus mit der Überschrift "Darum kämpfen wir"; auf ihnen war außer der Landkarte eines polnischen Großreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. ...<<

Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).

Am 15. August 1939, um 4.40 Uhr, wurde die deutsche Botschaft in Moskau per Telegramm über die deutsch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen und den Besuch des deutschen Außenministers informiert (x125/172).

Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.

Am 18. August 1939 scheiterten die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht.

Der polnische Außenminister Beck lehnte am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<

Am 19. August 1939 gewährte die französische Regierung Polen einen Rüstungskredit.

Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag.

Die polnische Regierung erläuterte am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<

Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Hitler und Stalin legten in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest (x041/98). Estland, Lettland, Bessarabien und Polen - östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel - wurden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollten.



Abb. 66 (x149/95): Hitler und Stalin nach der Niederlage Polens. Karikatur im "Evening Standard" (David Low). Hitler: "Der Abschaum der Menschheit, denke ich." Stalin: "Der blutige Mörder der Arbeiter, nehme ich an."

Das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 enthielt folgende Vereinbarungen (x243/68): >>1. Für den Fall einer territorial politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten werden diese Länder der sowjetischen Interessensphäre zugehörig erklärt.

2. Polen wird längs einer Linie, die von der Ostgrenze Ostpreußens bis zur Karpato-Ukraine reicht und Warschau und Lublin einschließt, vollständig in eine deutsche und sowjetische Interessensphäre aufgeteilt.

3. Während Deutschland hinsichtlich des Südosten Europas sein Desinteresse erklärt, wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die Reaktionen der Alliierten nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x311/125-127): >>... Chamberlain bewahrte seine Kaltblütigkeit, und Roosevelt war ratlos. Da war aber noch ein Mann, der eigentlich hätte völlig kopflös sein müssen: Oberst Beck (polnischer Außenminister) Er befand sich im Zentrum des Sturmes, und ihn trennten von Deutschland weder ein Meer noch ein Ozean. War er sich nun darüber im klaren, daß die Einkreisung Polens mit der Unterzeichnung des deutsch-russischen Paktes vollendet war, daß immer zahlreichere deutsche Divisionen an seinen Grenzen aufmarschierten und daß inzwischen unter dem Vorwand der Feiern des 25. Jahrestages der Schlacht von Tannenberg 150.000 Mann in Ostpreußen zu-

sammengezogen waren.

Nicht im mindesten! Beck, der noch immer unerschrocken war, schien noch entspannter als an den vorhergehenden Tagen.

"Herr Beck ist sehr ruhig", drahtete Botschafter Léon Noel nach Paris. "Er scheint über diese überraschende Wendung keineswegs verwirrt. Er meint, daß sich an der Sache nicht viel geändert habe. Er machte die Bemerkung, daß die Sowjetregierung - wie geschehen - die Frage der militärischen Zusammenarbeit stellte, von vornherein Warschaws Reaktion gekannt habe, und daß sie gesonnen gewesen sei, diese zum Vorwand zu nehmen, ihre Verhandlungen mit Frankreich abzubrechen, nachdem sie sie in die Länge gezogen hatte."

Beck war zusammen mit Marschall Rydz-Smigly tatsächlich der Auffassung, die polnische Armee sei durchaus in der Lage, den deutschen Divisionen erfolgreich Widerstand zu leisten, die Geschmeidigkeit ihrer Kavallerie werde die Oberhand über die mechanisierte Starrheit der Wehrmacht behalten und in einigen Tagen würden die polnischen Heere Ostpreußen besetzt haben, denn das bestätigten ihm seine Geheimagenten immer wieder - Deutschland sei weder materiell noch moralisch in der Lage, einen Krieg zu führen, das deutsche Volk werde sich gleich bei Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Hitler erheben, das Nazi-Regime werde innerhalb von 48 Stunden gestürzt sein, und die polnischen Vorhuten würden ohne auf Schwierigkeiten zu treffen, in Berlin einziehen, wo sie den Vorausabteilungen der französischen Armee die Hand reichen würden.

Niemals war ihm die Lage im günstigeren Lichte erschienen und er hatte seine diplomatischen Vertreter beauftragt, das in allen fremden Hauptstädten zum Ausdruck zu bringen. So erklärte der polnische Botschafter in Moskau dem französischen Botschafter Naggiar bei einer Begegnung zuversichtlich:

"Ich sehe die Dinge optimistisch. Das deutsche Angebot und Ribbentrops Besuch in Moskau zeugen für die verzweifelte Lage, in der sich das Reich befindet."<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (x878/...):

>>**Die Ursprünge des 2. Weltkriegs**

Im Jahre 1961 veröffentlichte A(lan), J(ohn), P(ercivale) Taylor ein Buch über die "Ursprünge des 2. Weltkriegs" (The Origins of the Second World War), das in Großbritannien heftigste Diskussionen auslöste.

Es liest sich wie der Kontrapunkt zum zeitgleich 1961 erschienen Buch von Fritz Fischer "Griff nach der Weltmacht" über die deutsche Kriegsschuld am 1. Weltkrieg. Zwei Historiker, die die damals gängige, vorherrschende Meinung zur Politik Ihrer Nationen zum Beginn des 1. und 2. Weltkriegs massiv in Frage stellten und weit über den Kreis der Fachhistoriker hinaus aufwühlende Kontroversen auslösten. Fritz Fischer setzte sich in Deutschland durch, Taylor verlor seinen Lehrstuhl an der Universität Oxford in England. ...

Was war so provokant am Buch von Taylor? Er widersprach einem Geschichtsbild, das für Politik und Öffentlichkeit in Großbritannien, aber auch für die anderen Siegermächte zum Vorlauf und Ausbruch des 2. Weltkriegs feststand. Danach hatte eine Gruppe verbrecherischer Nazi-Größen, Militärs, Ministerialbeamter, Wirtschaftsführern etc., allen voran Hitler, den Krieg zielstrebig vorbereitet, um Anfang September 1939 mit dem Angriff auf Polen schließlich den 2. Weltkrieg zu beginnen.

Sie waren In Nürnberg nach 1945 als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und (meist) verurteilt worden. Damit waren die Siegermächte von jedweder (Mit-)Verantwortung entlastet. Taylor stellte diese Selbstgewißheit insbesondere der britischen Siegermacht entschieden in Frage. ...

Argumentation A. J. P. Taylors

Vorausgeschickt werden muß, daß Taylor ein anerkannter Fachhistoriker der Außenpolitik der

europäischen Großmächte (Diplomatiegeschichte) und der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts war. Er war ein hervorragender Kenner insbesondere der britischen Außenpolitik und der einschlägigen Aktenlage. Nicht ohne Grund war er bis zu seinem "Rauswurf" 1964 Professor an der Eliteuniversität Oxford. ...

London neigte eher zu Zugeständnissen an Deutschland als Frankreich, das Deutschland dauerhafte, um nicht zu sagen endgültige Fesseln anlegen wollte. Mit der Rheinlandbesetzung Februar 1936 endete schließlich das Versailler Vertragsregime. Hitler stieß auf keinen nennenswerten Widerstand der Westmächte, als er die Wehrmacht dort einrücken ließ. Dasselbe gilt danach für den Anschluß Österreichs März 1938 und auch für das Münchner Abkommen September 1938, das die Zerschlagung der Tschechoslowakei besiegelte. Hitler schritt von einem Erfolg zum anderen und machte die Erfahrung, daß die Westmächte (einschließlich Italiens) in der Krise stets nachgaben.

Mit der Darstellung des Ablaufs und der Komponenten dieser Krisen entfernt sich Taylor aber in drastischer Weise vom üblichen Narrativ, das Hitler als Aggressor zeigt, der mit Bluff, Erpressung, Drohungen und Gewaltanwendung planmäßig und skrupellos seine Ziele durchsetzte. Taylor sieht in Hitler vielmehr einen Machtpolitiker, der die Krisen, die jedenfalls in Österreich und der Tschechoslowakei im Wesentlichen ohne sein Zutun entstanden seien, zu seinen Gunsten nutzte.

Er sei dabei nicht anders vorgegangen als andere zeitgenössische Staatsmänner. Auch die Politik westlicher Politiker habe letztlich auf Gewalt beruht: Frankreichs Politik auf der Armee, die britische auf der Seemacht. Wenn westliche Politik moralisch überlegener erschienen sei, dann weil sie auf die Bewahrung des Status quo gerichtet gewesen sei, die Politik Hitlers auf dessen Revision (S. 71).

Die Methode Hitlers sei auch nicht Aggression sondern Geduld gewesen. Er habe gewartet, bis die Krise sich entfaltetete, bis sich eine Gelegenheit bot. Stets habe er gewartet, daß ihm London, Paris oder auch Mussolini/Italien Lösungen der Krise anboten. Intuitiv habe er erfaßt, daß weder die führenden Politiker Großbritanniens noch Frankreichs ihre "kostbare", und mühsam errungene Position als imperiale Siegermächte des 1. Weltkriegs mit einem größeren kriegerischen Konflikt aufs Spiel setzen oder schwächen wollten.

Stets hätten sie nach Möglichkeiten gesucht, die zum Teil als legitim angesehenen Ansprüche Hitlers auf einigermaßen verträgliche Weise zu befriedigen. Hitler stellte keine präzisen Forderungen, er wartete auf Vorschläge und Konzessionen, um dann noch mehr zu verlangen. Hitler habe je nach Lage agiert. Er sei ein Meister des Wartens gewesen.

Solange er das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung in Österreich oder den Sudeten einforderte, hatte er ein Prinzip des Versailler Vertrags auf seiner Seite. Versailles hatte das Selbstbestimmungsrecht allen Völkern zugesprochen - außer den Deutschen:

Das österreichische Parlament hatte 1919 einstimmig für den Anschluß an das Deutsche Reich votiert, was in den Versailler Verträgen dann verboten wurde. Die dreieinhalb Millionen Deutschen in Böhmen/Mähren hatte niemand gefragt, ob sie tschechoslowakische Staatsbürger werden wollten.

Die Trennung Ostpreußens vom Reich durch den polnischen Korridor und die Lage Danzigs waren in Deutschland durchweg als unerträglich abgelehnt worden. Die Revision des Versailler Vertrags wurde von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen mitgetragen. Das wußte man in London und Paris. Man war beunruhigt und fragte sich, wie man die sich abzeichnenden und zuspitzenden Krisen/Konflikte entschärfen könnte. ...

Hitlers politischer Instinkt, mit dem er sich vorsichtig und abwartend von Erfolg zu Erfolg gehandelt habe, sei durch München korrumpiert worden. Danach habe er geglaubt, mit Bluff, Einschüchterungen, Drohungen und gekonnt orchestrierten Nervenkriegen weitere Erfolge einfahren zu können. Schließlich hatte man in London und Paris das Münchner-Abkommen

als großen Erfolg und Triumph der Appeasement-Politik gefeiert.

Insbesondere nach Abschluß des Hitler-Stalin Paktes vom 23. August 1939 sei Hitler davon ausgegangen, daß London und im Gefolge Paris es nicht darauf ankommen lassen würden, einen großen Krieg zu riskieren, wenn er versuchen würde, die Danzig- und Korridorfrage gewaltsam zu lösen. Daß es überhaupt zu einem deutsch-sowjetischen Pakt kam, lastet Taylor der dilatorischen und streckenweise amateurhaften Politik Londons an, das seit Monaten ebenfalls mit Moskau verhandelt hatte.

Letztlich sei eine Lösung der Danzig- und Korridorfrage an der sturen Haltung Polens gescheitert, das weder zu Konzessionen gegenüber Deutschland noch der Sowjetunion (Durchmarsch-Recht für sowjetische Truppen - nur so konnten sie in den Konflikt eingreifen) bereit gewesen sei. London habe sich durch die Garantie für Polen zum Gefangenen Warschaus gemacht. London habe nicht entschieden genug bei Hitler interveniert, um ihm die eigene Entschlossenheit klar zu machen. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, habe mit seiner deutschfreundlichen Haltung Hitler vielmehr in der Annahme bestärkt, London würde auch dieses Mal zurückweichen.

Mit der Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939, gefolgt von der Frankreichs, habe London einen Krieg begonnen, in dem es Polen nicht effektiv, d.h. militärisch beistehen konnte - und aus Kriegsgründen (Danzig und Polnischer Korridor), zu denen es die deutsche Position mehr oder weniger teilte und versucht hatte, in diesem Sinne auf Warschau einzuwirken.

Beurteilung / Verurteilung?

Wer dieses Buch im Kontext der heutigen deutschen Diskussion auch im weiteren Zusammenhang der Debatten um den Ausbruch des 1. Weltkriegs liest, ist zunächst einmal verblüfft. Verblüfft darüber, daß ein solches Buch von einem der maßgeblichen Historiker Englands 1961 publiziert wurde und mehrere Auflagen erlebte.

Ist das Buch Taylors ein typisches Beispiel für die bekannte Exzentrizität einiger britischer Geistesgrößen? Allerdings werden Exzentriker eben nur hingegenommen oder belächelt, nicht aber leidenschaftlich diskutiert. Spricht aus ihm britische Fairneß: Et auditur altera pars! (Auch die andere Seite muß gehört werden)? Dann hätte Taylor an der einen oder anderen Stelle sicher darauf hingewiesen.

Bei den Briten muß er einen wunden Punkt getroffen haben, sonst wäre sein Buch als abseitig und abwegig, gewissermaßen als randständig und Irrläufer abgetan worden. Das geschah gerade nicht: es wurde heiß und leidenschaftlich diskutiert, mit dem Ergebnis, daß Taylor in Oxford vor die Tür gesetzt wurde. Hier kratzte einer am historisch-politischen Selbstverständnis Großbritanniens - und er sprach "ex cathedra", vom Katheder der altberühmten Universität Oxford.

In Deutschland wäre ein solches Buch bis heute wohl niedergeschrien oder totgeschwiegen worden. Sein Verfasser wäre als Alt- oder Neonazi ans Hakenkreuz genagelt worden. Denn das historische Narrativ der Deutschen zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist durchzogen von Schuld komplexen und Betroffenheit über das, was die Forschung ständig an neuen Erkenntnissen über diese Jahrzehnte zutage fördert.

In diesen "cantus firmus" paßt die deutsche Stimme nur in reuevollen Molltönen. Bereits die Rezeption der Bücher von Christopher Clark (Die Schlafwandler, 2011) und Herfried Münklers (Der Große Krieg, 2013) provozieren den Vorwurf des Nationalismus und der geschichtspolitischen Exkulpierung Deutschlands. (Vgl. Heinrich August Winkler, "1914 und 1939. Die Kontinuität der Kriegspartei", FAZ-Online 25.8.2014; Dominik Geppert, "Die Geschichte ist schon weiter", Süddeutsche Zeitung 25.8.2014). Wer in Deutschland als Historiker oder Publizist aus dem Diskurs des "politisch korrekten" Mainstreams ausbricht, muß mit z.T. bösarigen Anfeindungen rechnen.

Vermutlich trifft dies auch auf diese Buchbesprechung zu. Deshalb ist zu betonen, daß es hierbei um die Aufarbeitung eines Versäumnisses geht. Im Winter 1963/1964 hatte ich als Student an der Sorbonne in Paris eine Vorlesung des französischen Philosophen und Politologen Raymond Aron (Kampfgefährte de Gaulles im Londoner Exil ab 1940) besucht, in der u.a. das Buch Taylors erwähnt wurde. Den Hinweis hatte ich damals überhört. Ein halbes Jahrhundert später wurde diese Vorlesung in Erinnerung an den Ausbruch des 1. und 2. Weltkriegs vor 100 bzw. 75 Jahren wieder ausgestrahlt (France Culture, Philosophie et Histoire, 25.- 29. Juli 2014). Der Hinweis auf Taylor entging mir dieses Mal nicht.

Diese Rezension versucht nachzuholen, was Raymond Aron schon damals anstoßen wollte: eine offene, wenn auch kontroverse Diskussion. Die Standfestigkeit des britischen Historikers, der gegen alle Anfeindungen an seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen unbeugsam festhielt, sollte dafür eine hinreichende Rechtfertigung sein.

Raymond Aron hatte 1963 übrigens auch eine Vorlesungsstunde dem Ausbruch des 1. Weltkriegs gewidmet und die Tragfähigkeit verschiedener Erklärungen erwogen, freilich ohne ein abschließendes Urteil zu fällen. Zum Schluß gab er einen vergleichenden Hinweis auf den antiken Historiker Thukydides (460-400 v. Chr.) und dessen Erklärung des Ausbruchs des Peloponnesischen Krieges zwischen Athen und Sparta (431-404 v. Chr.):

"Der eigentliche, wenn auch nie offen ausgesprochene Grund war meines Erachtens das Hochkommen Athens, das den Lakedämoniern Angst einflößte und sie in den Krieg trieb" (Thukydides, Peloponnesischer Krieg, I, 23). Athen steht für Deutschland. Thukydides gilt als Ahnherr aller Geschichtswissenschaft - viele halten ihn bis heute für unübertroffen.

Aktualität heute

Die von Taylor beschriebenen Krisen der Rheinlandbesetzung, des Anschlusses Österreichs, der Sudetenkrise und des Münchner Abkommens lesen sich wie eine Blaupause für den Ukraine-Konflikt 2014. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat völlig recht, wenn er den Vergleich mit der Sudetenkrise zieht. Besorgniserregend ist die Analogie zur Politik der Westmächte damals und heute.

Nach 1933 hörten sie nicht auf, Hitlers "wahre" Absichten ergründen zu wollen, anstatt die eigenen Interessen zu formulieren und deutlich rote Linien zu ziehen. Immer wieder vertrauten sie auf die Einsicht Hitlers und machten ihm Konzessionen, so daß Hitler glaubte, stets größere Forderungen stellen zu können - bis es zu spät war. Eine rechtzeitige scharfe (militärische) Reaktion bei der Rheinland-Besetzung, spätestens aber eine unbedingte Unnachgiebigkeit in München hätten genügt, um das Hitler-Abenteuer zu stoppen. Jedem, der heute den Ukraine-Konflikt verfolgt, sei zumindest unter diesem Aspekt die Lektüre dieses Buches empfohlen.

Nachtrag: Wie der britische Guardian am 24. Oktober 2014 (Online-Ausgabe) berichtete, observierte der britische Inlandgeheimdienst MI5 neben den bekannten und führenden britischen Historikern Eric Hobsbawm und Christopher Hill auch A. J. P. Taylor. Der Brief- und Telefonverkehr, auch von Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten wurde überwacht, Gespräche heimlich protokolliert, akademische Karrieren behindert.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die US-Außenpolitik (x320/46, x320/70-71): >>Schon 1934 erarbeitete das US War College einen Kriegsplan gegen Deutschland, Österreich und Ungarn. Daß es dem Präsidenten - wie er später vorgibt - um den Schutz von Demokratie und Menschenrechten geht, ist angesichts der im eigenen Land ausgeübten Rassendiskriminierung von Schwarzen und Indianern und bei der späteren Allianz mit der menschenverachtenden Diktatur in Rußland nicht zu unterstellen. ...<<

>>In Washington läßt Franklin D. Roosevelt die Polen wissentlich in eine Falle laufen. Am

frühen Morgen dieses Tages (24. August 1939) verrät ein deutscher Diplomat in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade geschlossenen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische und eine deutsche Interessensphäre teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kabela der amerikanische Botschafter aus Warschau den Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls nach Washington. Nur wenig später kennt Präsident Roosevelt die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht.

Roosevelt tut jedoch nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Eine Warnung noch am selben Tag hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren.

Dieses letzte Hitler-Angebot umfaßte einen Freihafen sowie Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und einen Friedensvertrag für 25 Jahre im Tausch gegen extraterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen worden ist, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danziger Streit verfängt. ...<<

Am 25. August 1939 wiederholte Hitler nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.

Die britische Regierung schloß am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.

Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zog Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98). US-Präsident Roosevelt forderte Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.

Der britische Botschafter Henderson versuchte den deutsch-polnischen Krieg ebenfalls zu verhindern und bot vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an. Hitler stimmte direkten Verhandlungen zu und bat Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen sollte.

Am späten Nachmittag des 30. August 1939 stand der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.

Dem polnischen Unterhändler sollten folgende Bedingungen ausgehändigt werden (x311/304-306): >>>**Deutsch-polnisches Abkommen**

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt aufgrund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage und in diesem Gebiet wohnhaft gewesen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu diesem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

- 4.** Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, soweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.
- 5.** Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.
- 6.** Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.
- 7.** Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- 8.** Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostprenen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.
- 9.** Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.
- 10.** Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.
- 11.** Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.
- 12.** Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.
- 13.** Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.
- 14.** Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rech-

te der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisation zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.<<

Bis Mitternacht des 30. August 1939 traf jedoch kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.

Am 30. August 1939 erfolgte in Polen die Mobilmachung (x041/98).

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Hitlers Kriegspläne (x320/80-82): >>Vom Polenfeldzug

zum Weltkrieg

Strategie, Improvisation und Chaos

Folgte Hitler 1939 einem Generalplan zur Eroberung der Weltherrschaft? War der Angriff am 1. September für ihn nur der erste Schritt zur Besetzung des gesamten eurasischen Kontinents? Viele Indizien sprechen dagegen.

Ein vieldiskutiertes Thema sind Hitlers Kriegspläne zu Beginn des Polenfeldzugs 1939. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht davon aus, daß Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg um den "Lebensraum im Osten" hatte. ...

Hitler hatte 1924 zwar in seinem Buch Mein Kampf geschrieben, und später mehrfach wiederholt, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen und mit deutschen Bauern besiedeln müsse, und er hatte 1941 mit der Eroberung der Ukraine und Weißrußlands auch so gehandelt, aber er hatte diese Absicht in seinen ersten Amtsjahren wohl aufgegeben und selbst zu Kriegsbeginn 1939 nicht mehr verfolgt. Für diese These steht eine Zahl schwerwiegender Indizien. ...

5. Hitler hatte im August 1939, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der Tasche hatte, den schon angesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht auf Polen drei Mal verschieben lassen - jedes Mal mit der Begründung vor der Wehrmachtsführung: "Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln." Wenn Hitler unbedingt seinen Krieg um den Lebensraum im Osten hätte haben wollen, hätte er die Wehrmacht zum Angriff antreten lassen, nachdem sie ja bereits voll aufmarschiert war und ihm Stalin die erforderliche Rückendeckung dazu vertraglich zugesichert hatte. ...

7. Am zweiten Tag des Polenfeldzugs hat Hitler der englischen Regierung den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Entschädigung für alle bis dahin entstandenen Kriegsschäden an Polen angeboten, wenn London dafür in Warschau die Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich und eine exterritoriale Verkehrsverbindung vom Reichsgebiet nach Ostpreußen vermitteln würde. Hätte Hitler ganz Polen als deutschen Lebensraum erobern wollen, hätte er ein solches Angebot während des überaus erfolgreichen Feldzugbeginns nicht übermitteln lassen.

8. Nach dem siegreichen Polenfeldzug hat Hitler der englischen und der französischen Regierung Frieden angeboten. Zum Angebot gehörte die Räumung Polens durch die Wehrmacht, bis auf Danzig und den Korridor. Hätte Hitler Polen als Lebensraum im Osten haben wollen, hätte er dieses Angebot nicht gemacht.

9. Hitler hatte 1939 kein Konzept für die Eroberung eines Lebensraums im Osten. Er wußte -

das geht aus Gesprächsaufzeichnungen hervor - während des Polenfeldzugs noch nicht, was er nach einem Sieg mit Polen anfangen sollte. Hätte er 1939 noch immer vorgehabt, Lebensraum im Osten zu erobern, dann hätte er ein Konzept für das besiegte Polen parat gehabt. ...

13. Im Jahr 1945 erbeuteten die Sieger alle deutschen Akten und Archive und werteten sie unverzüglich nach Belastungsmaterial gegen die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung aus. Im Nürnberger Prozeß konnte trotzdem kein einziges Dokument vorgelegt werden, das auf einen deutschen Vorkriegsplan zur Eroberung Polens, der Ukraine oder Rußlands hingewiesen hat. Hätte Hitler vor Kriegsausbruch geplant, Polen als Erweiterung des Lebensraums für Deutschland zu erobern, so hätten die Sieger nach dem Kriege sicherlich Akten hierzu präsentieren können. ...<<

Am Mittag des 31. August 1939 erteilte Hitler, oberster Befehlshaber der Wehrmacht, mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245): >>Geheime Kommandosache Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939

Angriffszeit: 4.45

Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>... Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden ... der britische Botschafter und der französische Botschafter in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:

"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<

Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.

Lipski erklärte (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:

"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten

Deutschlands gegenüber Polen. ...

Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 – 1989 berichtete später über die Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges (x853/...): >>... Obwohl wichtige polnische und britische Diplomaten wie Warschaus Botschafter in Washington, Paris und London bzw. Englands Missionschef in Berlin vor einer Frontstellung gegen Deutschland warnten und das Hinnehmen weiterer Revisionen des Versailler Vertrages durch Hitler empfahlen, schwenkten ihre Regierungen immer deutlicher auf den von Roosevelt gewünschten Kurs der Konfrontation ein.

Nachdem sich die Amerikaner in Geheimgesprächen bereit erklärt hatten, nach Ausbruch eines europäischen Krieges "sich zu gegebener Zeit so zu verhalten wie 1917", fühlten sich die Polen stark genug, Hitlers Forderungen nach Rückkehr Danzigs zum Reich und einer Straßen- wie Eisenbahnverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen sowie besserer Behandlung der Volksdeutschen kompromißlos abzulehnen.

Durch die Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 durch die Deutsche Wehrmacht und die Degradierung der Tschechei zu einer Halbkolonie gewarnt, wollte die polnische Führung nicht ein ähnliches Schicksal riskieren und zog die offene Auseinandersetzung vor. Wie Alfred Schickel in seinem Referat dokumentierte, waren die Polen im Mai 1939 nicht nur von der Unabwendbarkeit eines Krieges mit Deutschland überzeugt, sondern setzten auch ganz auf Sieg.

Dem britischen Legationsrat Ogilvie-Forbes sagte der polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, am 31. August 1939 selbstbewußt, daß er "in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren" und "daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land (Deutschland) ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden".

Von der gleichen Siegeszuversicht war auch die polnische Führung in Warschau erfüllt und hatte bereits Nachkriegspläne für ein alsbald besiegtes Deutsches Reich entwickelt. Danach sollten Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an Polen fallen, die dortige deutsche Bevölkerung "transferiert" (vertrieben) und Deutschland im übrigen "in einen süddeutschen und einen norddeutschen Block" geteilt werden. So war nach den Forschungsergebnissen des ZFI-Leiters der Weg zum deutsch-polnischen Konflikt im Jahre 1939 "keine pure deutsche Einbahnstraße, sondern das Resultat mehrseitiger Aktivitäten und Selbstüberschätzungen". ...<<

Der deutsch-polnische Krieg

Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wurde (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), begann am 1. September 1939 ohne vorherige Kriegserklärung, um 4.45 Uhr, mit Beschießung der Westerplatte der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den vorgetäuschten Überfall auf den Rundfunksender Gleiwitz (x051/217): >>>Gleiwitz, deutsche Großstadt im oberschlesischen Industrierevier.

Auf den Rundfunksender Gleiwitz wurde am Abend des 31.8.39 auf Befehl von SD-Chef Heydrich ein fingierter Überfall von einem Einsatzkommando unter SS-Sturmbannführer Naujocks verübt. Damit sollte vor der Weltöffentlichkeit der Beweis erbracht werden, daß polnische Grenzübergriffe einen Grad erreicht hätten, der militärische Gegenmaßnahmen (Polenfeldzug) als Notwehr erscheinen lassen würde.

Entsprechend der Äußerung Hitlers vor hohen Militärs auf dem Obersalzberg am 22.8.39, er werde einen "propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft", wurden von Heydrich drei Aktionen geplant, deren spektakulärste die gegen den Sender Gleiwitz werden sollte:

Auf das Stichwort aus Berlin: "Großmutter gestorben" besetzte Naujocks mit seiner als polnische "Insurgenten" getarnten Gruppe gegen 20 Uhr den Senderraum, unterbrach das Programm und ließ einen polnischen Aufruf zum Kampf gegen die Deutschen verlesen. Er war aber nur lokal zu hören, weil Gleiwitz überregional nur über den Sender Breslau ausstrahlte, der nicht zugeschaltet war. Währenddessen wurde Gefechtslärm simuliert und ein betäubter Häftling (SS-Jargon: "Konserve") an der Tür niedergelegt und erschossen. Er blieb nach Ende der ca. 20-minütigen Aktion zum Beweis der angeblichen polnischen Täterschaft zurück.

Die propagandistische Ausschachtung der vorgetäuschten Überfälle - es liefen zugleich Aktionen gegen das Zollhaus Hochlinden und das Forsthaus Pitschen, wo ermordete KZ-Häftlinge in polnischen Uniformen zurückgelassen wurden - machte Schwierigkeiten wegen der Panne mit der Senderreichweite und wegen des Übergewichts der folgenden Kriegsergebnisse. Auch herrschte schon seit den Gerüchten um den Reichstagsbrand im In- und v.a. Ausland tiefe Skepsis bei nationalsozialistischen Entrüstungsfeldzügen.<<

Nach dem deutschen Angriff, die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee, verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Das NS-Regime erließ im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 1. September 1939 die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" (x149/100): >>Das Abhören ausländischer Sender wird verboten. Wer die Meldungen ausländischer Sender verbreitet, kann mit dem Tod bestraft werden. ...<<

Der britische Premierminister Chamberlain erklärte am 1. September 1939 vor dem Unterhaus (x300/152): >>... Was uns betrifft, so müssen wir nun die Zähne zusammenbeißen und in den Kampf ziehen, den abzuwenden wir ernst und aufrichtig bemüht waren. Wir müssen den Kampf bis zu Ende durchhalten. Wir gehen reinen Gewissens in den Kampf, Schulter an Schulter mit den ... übrigen Teilen des britischen Imperiums, moralisch unterstützt vom größeren Teil der Erdkugel.

Wir haben keinen Konflikt und keinen Kampf mit dem deutschen Volk, sondern mit seinen Machthabern. Solange diese Regierung am Ruder ist und sich der Methoden bedient, die sie unaufhörlich in den letzten Jahren angewendet hat, gibt es keinen Frieden in Europa. Wir sind fest entschlossen, dazu beizutragen, daß diesen Methoden ein Ende gemacht werde.

Wenn wir durch unseren Kampf das internationale Vertrauen und den Glauben an das Recht wiederherstellen können, wenn wir dadurch erreichen können, daß man der Gewaltanwendung entsagt, dann werden auch die größten Opfer, die wir vielleicht bringen müssen, nicht umsonst gebracht sein.<<

Viele Deutsche, besonders die älteren Generationen, die bereits den katastrophalen Ersten Weltkrieg erlebt hatten, wirkten nach dem Kriegsbeginn wie gelähmt. Allenthalben herrschte große Betroffenheit und Ratlosigkeit.

Botschafter Henderson überreichte am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<

Als Hitler diese Nachricht erhielt, reagierte er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).

Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtete am 3. Sep-

tember 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatums (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam das soeben übergebene Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt hatte, herrschte völlige Stille. ...

Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. Dann wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.

"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...

Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"

Goebbels stand im Vorraum und wirkte ... niedergeschlagen. ...<<

Um 11.30 Uhr lehnte Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab. Nach Ablauf des Ultimatums überreichte Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien gaben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärte (x033/11).

Um 14.30 Uhr informierte Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.

Im Verlauf dieser Rundfunkansprache erklärte Hitler (x311/458-460): >>**Aufruf an das Deutsche Volk**

Seit Jahrhunderten hat England das Ziel verfolgt, die europäischen Völker der britischen Weltoberungspolitik gegenüber dadurch wehrlos zu machen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte proklamiert wurde, nachdem England das Recht in Anspruch nahm, den ihm jeweils am gefährlichsten erscheinenden europäischen Staat unter fadenscheinigen Vorwänden anzugreifen und zu vernichten.

So hat es einst die spanische Weltmacht bekämpft, später die holländische, dann die französische und seit dem Jahre 1871 die deutsche. Wir selber sind Zeuge gewesen des von England getriebenen Einkreisungskampfes gegen das Deutschland der Vorkriegszeit.

Sowie sich das Deutsche Reich unter seiner nationalsozialistischen Führung von den furchtbaren Folgen des Versailler Diktats zu erholen begann und die Krise zu überstehen drohte, setzte die britische Einkreisung sofort wieder ein.

Die uns seit dem Weltkrieg bekannten britischen Kriegshetzer wollen nicht, daß das deutsche Volk lebt. Sie haben vor dem Weltkrieg gelogen, daß ihr Kampf nur dem Hause Hohenzollern oder dem deutschen Militarismus gelte, daß sie keine Absichten auf deutsche Kolonien hätten, daß sie nicht daran dächten, uns die Handelsflotte zu nehmen, und sie haben dann das deutsche Volk unter das Versailler Diktat gezwungen. Die getreue Erfüllung dieses Diktats hätte früher oder später 20 Millionen Deutsche ausgerottet.

Ich habe es unternommen, den Widerstand der deutschen Nation dagegen zu mobilisieren und in einer einmaligen friedlichen Arbeit dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot zu sichern. In eben dem Ausmaß, in dem die friedliche Revision des Versailler Gewaltdiktats zu gelingen schien und das deutsche Volk wieder zu leben begann, setzte die neue englische Einkreisungspolitik ein. Die gleichen Kriegshetzer wie vor 1914 traten auf.

Ich habe England und dem englischen Volk zahlreiche Male die Verständigung und die Freundschaft des deutschen Volkes angeboten. Meine ganze Politik war auf dem Gedanken dieser Verständigung aufgebaut. Ich bin stets zurückgestoßen worden und unter heuchlerischen Erklärungen wurden immer neue Vorwände gesucht, um den deutschen Lebensraum einzuengen und uns da, wo wir niemals britische Interessen bedrohten, das eigene Leben zu erschweren oder zu unterbinden.

England hat Polen zu jener Haltung veranlaßt, die eine friedliche Verständigung unmöglich machte. Es hat durch seine Garantieerklärung der polnischen Regierung die Aussichten eröffnet, ohne jede Gefahr Deutschland zu provozieren, ja anzugreifen zu dürfen.

Die britische Regierung hat sich aber in einem getäuscht, das Deutschland des Jahres 1939 ist nicht mehr das Deutschland von 1914! Und der Kanzler des heutigen Reiches heißt nicht mehr Bethmann-Hollweg.

Ich habe schon in meiner Rede zu Saarbrücken und in Wilhelmshaven erklärt, daß wir uns gegen die britische Einkreisungspolitik zur Wehr setzen werden. Ich habe vor allem keinen Zweifel darüber gelassen, daß trotz aller Geduld und Langmut die polnischen Angriffe gegen Deutsche sowohl als gegen die Freie Stadt Danzig ein Ende finden müssen.

Gestärkt durch die britische Garantieerklärung und durch die Versicherungen britischer Kriegshetzer hat Polen geglaubt, diese Warnung in den Wind schlagen zu dürfen. Seit zwei Tagen kämpft nun die deutsche Wehrmacht im Osten, um die Sicherheit des Reichsgebietes wieder herzustellen. Der polnische Widerstand wird von unseren Soldaten gebrochen.

England aber kann glauben: Heute sind im Deutschen Reich 90 Millionen Menschen vereint. Sie sind entschlossen, sich von England nicht abwürgen zu lassen. Sie haben nicht hierzu wie England 40 Millionen Quadratkilometer auf dieser Erde durch Krieg erobert. Aber sie haben den Willen, auf dem Boden, der ihnen gehört, zu leben, und sich dieses Leben von England auch nicht nehmen zu lassen.

Wir wissen, daß nicht das britische Volk im ganzen für all dies verantwortlich gemacht werden kann. Es ist jene jüdisch- plutokratische und demokratische Herrschicht, die in allen Völkern der Welt nur gehorsame Sklaven sehen will, die unser neues Reich haßt, weil sie in ihm Vorkämpfer einer sozialen Arbeit erblickt, von der sie fürchtet, daß sie ansteckend auch in ihrem eigenen Lande wirken könnte.

Den Kampf gegen diesen neuen Versuch, Deutschland zu vernichten, nehmen wir nunmehr auf. Wir werden ihn mit nationalsozialistischer Entschlossenheit führen. Die britischen Geld- und Machtpolitiker aber werden erfahren, was es heißt, ohne jeden Anlaß das nationalsozialistische Deutschland in den Krieg ziehen zu wollen.

Ich war mir seit Monaten bewußt, daß das Ziel dieser Kriegshetzer ein schon seit langem gefaßtes war. Die Absicht, bei irgendeiner günstigen Gelegenheit, Deutschland zu überfallen, stand fest. Mein Entschluß aber, diesen Kampf zu führen und zurückzuschlagen, steht noch fester. Deutschland wird nicht mehr kapitulieren! Ein Frieden unter einem zweiten noch schlimmeren Diktat hat keinen Sinn.

Sklavenvolk sind wir nicht gewesen und wollen wir auch in Zukunft nicht sein! Was viele Deutsche in der Vergangenheit für den Bestand unseres Volkes und unseres Reiches an Opfern bringen mußten, sie sollen nicht größer gewesen sein, als jene, die wir bereit sind, heute auf uns zu nehmen. Dieser Entschluß ist ein unerbittlicher.

Er bedingt daher einschneidendste Maßnahmen. Er zwingt uns vor allem eines jetzt auf:

Wenn der Soldat an der Front kämpft, soll niemand am Kriege verdienen. Wenn der Soldat an der Front fällt, soll sich niemand zu Hause seiner Pflicht entziehen. - Wer sich diesen Geboten widersetzt, hat nicht damit zu rechnen, daß die Volksgemeinschaft auf ihn Rücksicht nimmt.

Im übrigen wissen wir:

Solange das deutsche Volk in seiner Geschichte einig war, ist es noch nie besiegt worden. Nur die Uneinigkeit des Jahres 1918 führte zum Zusammenbruch. Wer sich daher jetzt an dieser Einigkeit versündigt, hat nichts anderes zu erwarten, als daß er als Feind der Nation vernichtet wird. Wenn unser Volk in solchem Sinne seine höchste Pflicht erfüllt, wird uns auch jener Herrgott beistehen, der seine Gnade noch immer dem gegeben hat, der entschlossen war, sich selbst zu helfen.

Die für die Verteidigung und Sicherung des Reiches notwendigen Gesetze werden erlassen, die für ihre Durchführung und Einhaltung vorgesehenen Männer bestimmt. Ich selbst begeben mich heute an die Front. ...<<

Hitlers Ansprache an die NSDAP vom 3. September 1939 endete mit den Worten (x033/11):
>>... Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen!<<

Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei formulierte am 3. September 1939 "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" (x033/11): >>... Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken.<<

Der britischen Premierminister Winston Churchill erklärte am 3. September 1939 zur britischen Kriegserklärung (x353/63): >>... Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.<<

Die englische Sonntagszeitung "Sunday Correspondent" berichtete (später) am 17. September 1989 (x352/57): >>Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler ... oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.<<

Sir Winston Churchill erklärte am 3. September 1939 vor dem Unterhaus (x311/462): >>... Wir kämpfen weder für Danzig noch für Polen, wir kämpfen, um die ganze Welt von der Geißel der Nazityrannen zu befreien und alles zu verteidigen, was den Menschen am heiligsten ist. Dieser Krieg hat weder eine Herrschaft, noch eine Vermehrung der imperialistischen Macht oder einen materiellen Gewinn als Ziel. Er ist genau so wenig geführt, um jemandem seine Entwicklungsmöglichkeiten oder seinen Platz an der Sonne zu rauben.

Man betrachte die wirklichen Gründe! Man wird dann sehen, daß es sein Ziel ist, unantastbare Grundlagen für die Rechte des Individuums zu schaffen sowie die Wiedergeburt und das Überleben der menschlichen Persönlichkeit zu sichern. ... Wir müssen diese Prüfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften aufgreifen und mit dem Willen, es siegreich zu schaffen. ...

Vorwärts, Ihr Soldaten Christi ...<<

Frankreich und England kamen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wurde.

An den westdeutschen Grenzen standen zwar über 100 gutausgerüstete französische und britische Divisionen, aber die zahlenmäßig überlegenen Westalliierten wagten damals keinen Entlastungsangriff gegen die 23 deutschen Divisionen, um ihre polnischen Verbündeten zu unterstützen (x076/243).

Die Franzosen führten lediglich Spähtruppunternehmen vor dem Westwall durch, während England einige Flugblattaktionen organisierte - Beginn des "Komischen Krieges". Diese mangelnde französisch-britische Kampfbereitschaft rettete nicht nur die schwachen deutschen Truppen an der Westfront, sondern dieser strategische Fehler führte schließlich auch 1940 zur katastrophalen Niederlage der Franzosen und Briten.

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 15. September 1939 (x063/590): >>Der polnische Staat ist zerfallen. Er existiert nicht mehr. Ein schneller Schlag gegen Polen zuerst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee – und nichts bleibt übrig von diesem scheußlichen Gebilde des Versailler Vertrages. ...<<

Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen - die Ukrainische und die Weißrussische Front - in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen. Am 17. September 1939 floh der polnische Staatspräsident Moscicki mit der polnischen Regierung nach Rumänien. Moscicki wurde dort vorübergehend interniert und fand später in London Zuflucht.

Stalin erklärte am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... daß der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<

Stalin ließ diese "Befreiungsmision" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".

Stalin, der Hitler im Jahre 1939 bewußt die Angreiferrolle überlassen hatte, begründete vor der Weltöffentlichkeit die Besetzung Ostpolens mit dem Schutz der Ukrainer und Weißrussen (x064/140): >>Die Sowjetregierung kann sich ... nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben. Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland unter ihren Schutz zu nehmen. Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung, alle Maßnahmen zu treffen, um das polnische Volk aus dem unseligen Krieg herauszuführen, in den es durch seine unvernünftigen Führer gestürzt wurde, und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen. ...<<

Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop änderten am 28. September 1939 den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag und verlegten die am 23.08.1939 vereinbarte sowjetische Grenze von der Weichsel an den Bug. Die Sowjetunion besetzte danach Ostpolen in der Westukraine und die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen. Hitler, der angebliche Todfeind des Bolschewismus, öffnete der sowjetischen Expansion damit endgültig den Weg nach Westeuropa (x063/590).

Am 6. Oktober 1939 wurden die letzten polnischen Kampfseinheiten durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulierten.

Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" gerieten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gingen in sowjetische Gefangenschaft (x041/-101). Etwa 100.000 polnische Soldaten flohen nach Ungarn und wurden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.

Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldete 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).

Nach polnischen Angaben fielen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schrieb später über den "Polenfeldzug" (x051/-448-449): >>Polenfeldzug, von Hitler am 1.9.39 um 4.45 Uhr (nicht 5.45 Uhr, wie in seiner Reichstagsrede gesagt) ausgelöster Krieg gegen Polen, der sich zum Zweiten Weltkrieg ausweiten sollte.

Dem Polenfeldzug voran ging eine Phase hektischer diplomatischer Vermittlungsversuche um Beilegung der deutsch-polnischen Differenzen (u.a. Korridor, Danzigfrage). Sie scheiterten letztlich an Hitlers Willen zur gewaltsamen Lösung der Raumfrage (Raum). Zwar wurde der bereits für den 26.8. gegebene Angriffsbefehl noch einmal zurückgenommen – Italien hatte sich als nicht kriegsbereit erklärt –, doch dann ordnete Hitler nach kurzen Scheinverhandlungen die Auslösung des Falles "Weiß" an. Den Propagandistischen Vorwand lieferte der SD mit der vorgetäuschten polnischen Besetzung des Reichssenders Gleiwitz.

In zwei Angriffskeilen stieß das Gros des aktiven deutschen Heeres (57 Divisionen) aus Pommern und Ostpreußen – Heeresgruppe Nord (Generaloberst von Bock) – sowie aus Schlesien und der Slowakei – Heeresgruppe Süd (Generaloberst Rundstedt) – mit ca. 2.500 Panzern konzentriert Richtung Warschau vor, unterstützt von den Luftflotten 1 und 4 mit insgesamt 1.107 Maschinen. Die polnische Heeresleitung (Marschall Rydz-Smigly) hatte das Gros ihrer

Kräfte (26 Divisionen, zehn Brigaden) entlang der 1.900 km langen Grenze aufmarschieren lassen. Insgesamt hatte Polen 40 Divisionen und 16 Brigaden mit 1.132 leichten Panzerfahrzeugen mobilisiert. Die polnischen Luftstreitkräfte verfügten über 745 Flugzeuge, die Flotte war bedeutungslos und wurde bis auf fünf U-Boote und drei Zerstörer Opfer der deutschen Luftangriffe.

Bis zum 7.9. waren alle polnischen Armeen im Grenzgebiet entweder durchbrochen, angeschlagen oder zum Rückzug gezwungen. Schon am 5.9. befahl Rydz-Smigly den Rückzug hinter die Weichsel. Aus psychologischen und wehrwirtschaftlichen Gründen sowie in der Hoffnung auf einen Angriff Frankreichs im Westen hatte er in Überschätzung der eigenen Stärke den ungünstigen Grenzaufmarsch gewählt. An der unheilvollen Entwicklung konnte auch die am 6.9. im Raum Saarbrücken anlaufende "Offensive" der französischen 4. Armee nichts ändern, weil sie nicht zum Abtransport deutscher Divisionen aus Polen zwang.

Zwischen dem 8. und 13. 9. kam es bei Radom zur ersten Kesselschlacht, die deutsche 10. Armee nahm 65.000 Polen gefangen. Bereits am 11.9. hatte das deutsche I. Korps Warschau von seinen östlichen Verbindungen abgeschnitten. Vom 17.-20.9. brachte die Heeresgruppe Süd bei Lublin 60.000 Gefangene ein. Zugleich vollzog sich das Schicksal der polnischen Armeen Posen und Pommerellen; 170.000 Polen gingen in Gefangenschaft. Die polnischen Luftstreitkräfte verloren bis 15.9. 330 Maschinen, davon die meisten im Luftkampf und nicht am Boden (nur 50), wie die deutsche Propaganda gemeldet hatte.

Am 17.9. griff von Osten her die Rote Armee mit zwei Heeresgruppen nach den im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vorgesehenen Gebieten, die 1918-20 an Polen verloren gegangen waren. Polen konnte dagegen nur noch Reste von neun Divisionen und drei Brigaden aufbieten. Die polnische Regierung floh am gleichen Tag nach Rumänien, die Reste der Luftstreitkräfte folgten (116 Maschinen).

Der Zusammenbruch war nun nur noch eine Zeitfrage: Die seit dem 19.9. eingeschlossene, von 120.000 Soldaten verteidigte polnische Hauptstadt kapitulierte am 28.9. nach Beschließung und schweren Luftangriffen. Mit der Kapitulation von 16.857 polnischen Soldaten bei Kock (östlich Deblin) am 6.10. endete der Polenfeldzug.

Die polnische Armee verlor gegen Deutschland 70.000 Tote, 133.000 Verwundete und 700.000 Gefangene, die Rote Armee meldete zudem 217.000 gefangene Polen bei 737 eigenen Toten und 1.859 Verwundeten.

Die Wehrmacht hatte an Verlusten: 10.572 Tote, 3.409 Vermißte und 30.322 Verwundete, dazu 217 Panzer, 285 Flugzeuge, ein Minensuchboot.

Eine Vorahnung der Leiden der kommenden Besatzungspolitik vermittelte schon während des Polenfeldzuges der Terror der den deutschen Angriffsarmeen folgenden Einsatzgruppen und der sowjetischen Sicherheitspolizei NKWD.

Polen wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion geteilt. Die deutsch besetzten Gebiete wurden zum Teil ins Reich inkorporiert (ca. 90.000 km² mit zehn Millionen Einwohnern, Danzig-Westpreußen, Warthegau), der Rest am 26.10.39 zum Generalgouvernement zusammengefaßt. Das Ende des Polenfeldzuges brachte jedoch kein Ende des Kriegszustands, da die Westmächte das Ergebnis der Gewaltpolitik Hitlers nicht hinnehmen wollten und seine Friedensangebote ablehnten.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die Zerschlagung Polens (x051/448): >>(Polen) ... Als sich Polen Ende März 39 dem deutschen Drängen auf Rückgabe Danzigs, exterritoriale Verbindungen durch den Korridor und auf eine Satellitenrolle gegen die Sowjetunion versagte, kündigte Hitler den Pakt von 1934.

Nach Einigung zwischen Berlin und Moskau (23.8.39 Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag) war dann das Schicksal Polens trotz der britisch-französischen Garantien und trotz eines von der katholischen Kirche unterstützten patriotischen Widerstandswillens entschieden:

Polenfeldzug.

Dennoch existierte der polnische Staat rechtlich und politisch weiter durch die Londoner Exilregierung und durch die polnische Exilarmee (u.a. Anders). Als Reaktion auf die rücksichtslose deutsche Besatzungspolitik im Generalgouvernement (Massenumsiedlungen, Zwangsrekrutierungen polnischer Arbeitskräfte, Liquidierung der Intelligenz, Endlösung) entstanden zudem ein Untergrundstaat und eine nationalpolnische "Armee im Lande" (Warschauer Aufstand). Ihr Scheitern wegen ausbleibender sowjetischer Hilfe war die Folge des Moskauer Konfrontationskurses nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn. Stalin setzte seitdem nur auf willfährige kommunistische polnische Organe:

Aus dem unter sowjetischem "Beistand" gebildeten Lubliner Komitee (21.7.44) entstand am 1.1.45 in Polen eine Provisorische Regierung und am 28.6.45 die Regierung der nationalen Einheit. Die Westmächte willigten in Teheran, Jalta und im Potsdamer Abkommen unter dem Druck der militärischen Gegebenheiten in die "Westverschiebung" Polens (zwischen Curzon-Linie und Oder-Neiße-Linie) und in die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ein.

Die "demokratische Regierung" aber, die sie weiterhin forderten, wußte Stalin durch scheinbare Zugeständnisse und manipulierte Wahlen zu hintertreiben. Polen wurde eine sozialistische "Volksrepublik".<<

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<

Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).

Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... Friedensinitiativen im Herbst 1939

Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse

... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.

- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."

Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß des amerikanischen Kongresses in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."

Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...

Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor

dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...

Nach "freien Wahlen" wurden die ostpolnischen Gebiete am 27. Oktober 1939 in die Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland eingegliedert.

Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete". ...

Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Der Bromberger Blutsonntag

Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angriffen und in Polen einmarschierten, brach vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen, die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen als polnische Staatsbürger in Posen und Westpreußen geblieben waren, schwebten nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gab es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".

In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen begannen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hatten schon seit Wochen gegen die Polen-Deutschen gehetzt (x025/44): >>... daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<

Am 3. September 1939 eröffneten polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden auf volksdeutsche Zivilisten.

Bei den polnischen Gewalttaten bzw. Massenverbrechen gegen die volksdeutschen Zivilisten handelte es sich mehrheitlich um keine spontanen Handlungen, denn man hatte sie nachweislich sorgfältig geplant und vorbereitet. Einige Monate vor dem Kriegsbeginn ließen polnische Behörden z.B. 2 große Konzentrationslager errichten und erfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in speziellen Fahndungslisten (x025/46).

Der deutsche Angriff war schließlich das Startzeichen für großangelegte Verfolgungen. Während des deutsch-polnischen Krieges herrschten naturgemäß chaotische Zustände, so daß die Massenverbrechen der polnischen Miliz, Polizei und nationalen Jugendeinheiten zunächst im allgemeinen Chaos untergingen.

Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".

Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung

Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.

Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massensterbungen der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.

Katholische Geistliche der Erzdiözese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnischen Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten unglaubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln der katholischen Kirche standen.

Das deutsche NS-Propagandaministerium nutzte die polnischen Massaker nach dem deutschen Angriff gewissenlos aus und veröffentlichte später bewußt völlig falsche Zahlen.

Obgleich die "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" 5.495 deutsche Todesopfer und Vermißte ermittelte, wurde die Zahl der Ermordeten und Vermißten mit mindestens 58.000 festgesetzt.

Nach dem Kriegsende wurde in der Posener Zentralstelle ein NS-Telegramm aus Berlin vom Februar 1940 gefunden, wonach man "die Zahl von 58.000 Toten und Vermißten allein als verbindlich anzusehen" habe (x029/37).

Die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) informierte im Abschlußbericht vom 29. September 1939 über die polnischen Gewaltakte im September 1939 (x029/233-235):

>>... In ganz besonders starkem Maße an den Ermordungen beteiligt ist das polnische Militär, insbesondere die Infanterie. Ferner aber auch Polizei, Gendarmerie, Przysposobienie Wojskowe (vormilitärische Jugendausbildungsorganisation unter militärischer Führung), Obrona Narodowa (nachträglich eingezogene Reservisten) und Scheletzen (eine Parallelorganisation zu den Sokoll), aber auch Zivilpersonen.

In der überwiegenden Zahl der Fälle sind die Ermordeten unter irgendeinem Vorwand vorher verhaftet worden. Besonders häufig erfolgten derartige Verhaftungen nach vorausgegangenen deutschen Fliegerangriffen. Als Vorwand für die Verhaftungen dienten in der Hauptsache folgende Begründungen, soweit man Begründungen überhaupt gab: Angeblicher Besitz von Waffen und Munition sowie von Geheimsendern, das Geben von Blinkzeichen an deutsche Flugzeuge, Spionage und Beherbergung von Spionen.

In vielen Fällen genügte aber die Bejahung der Frage, ob der Betreffende deutsch und evangelisch sei, um seine Festnahme durchzuführen. ... Aus der ganzen Provinz Posen trieb man die offenbar nach einer bestimmten Liste festgenommenen Volksdeutschen in Richtung Kutno. ... Während des ganzen Marsches erfolgten ständig grundlose Mißhandlungen durch die Begleitmannschaften. Diese richteten sich insbesondere gegen diejenigen, welche wegen Schwäche oder hohen Alters oder Krankheit nicht gut marschieren konnten. ...

Abgesehen von auf diesem Marsche Ermordeten sind in allen Teilen der Provinz, besonders in dem östlichen und dem südlichen Teil, außerordentlich viel andere Ermordungen erfolgt, z.T. unter geradezu bestialischen Umständen. Ganze Familien sind ausgerottet worden. Die Menschen sind nicht immer erschossen, sondern häufig mit allen möglichen Werkzeugen, z.T. vor den Augen ihrer Angehörigen oder anderer Personen, denen ebenfalls ihre Ermordung ange-

kündigt war, erschlagen worden. Eine große Zahl der Leichen ist mit schweren Verstümmelungen aufgefunden worden. ...

Bei Tarlowa in der Nähe von Kolo hat das polnische Militär auf eine große Anzahl Volksdeutscher geradezu eine Treibjagd mit Maschinengewehren veranstaltet. Man fand etwa 130 Tote, die nach den Zeugenaussagen wie die Hasen bei einer Treibjagd über ein Feld verstreut waren. ...

Es konnte bisher nur ein Teil der Zeugen vernommen werden, weil eine Reihe gerade von solchen Personen, die besonders Schreckliches erlebt haben, körperlich noch so mitgenommen und seelisch so schwer erschüttert sind, daß sich eine Vernehmung bisher noch nicht verantworten ließ. ...<<

Die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) berichtete im September 1939 über die polnischen Gewaltakte (x029/228-232,236-237): >>... Bei den Haussuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet.

Die Männer der Familien, und zwar ohne Rücksicht auf ihr Alter, von 13jährigen oder gar 10jährigen Jungen bis zum 70- oder 80jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht. Nur in wenigen Fällen begnügte man sich mit dem einfachen Abschießen. Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden ...

Ich sah selbst angekohlte, z.T. verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher. In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mußten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden. ...

... Über das Schicksal ihrer Familie sagt Vera G. ... eidlich aus:

Sonntag (3. September 1939) gegen 2 Uhr näherten sich unserem Hause Thorner Straße 125, vier km von der Stadt (Bromberg) entfernt, polnische Soldaten und polnische Zivilbevölkerung. Die polnischen Zivilisten sagen: "Hier wohnen Deutsche." Daraufhin begannen die Soldaten sofort zu schießen. Wir flüchteten in einen Schuppen. ...

Zuerst wurde mein Vater aus dem Schuppen herausgeholt. Er wurde von den Polen gefragt, wo er das Maschinengewehr hätte. Mein Vater verstand jedoch die Frage nicht, da er nicht polnisch konnte. Ich ging daraufhin auch aus dem Schuppen heraus. Ich wollte meinem Vater beistehen, da ich polnisch kann. Ich habe die Polen gefragt, was wir ihnen angetan hätten und für meinen Vater gebeten.

Die Polen riefen jedoch: "Herunter mit den deutschen Schweinen". Mein Vater erhielt mehrere Kolbenschläge ins Gesicht und an den Körper, sodann wurde er mit dem Seitengewehr gestochen. Daraufhin fiel mein Vater zu Boden und erhielt im Liegen noch 6 Schüsse. Die Horde zog sodann ab, nachdem sie der Zivilbevölkerung gesagt hatte, sie können das Haus plündern, sonst würden sie es in Brand stecken. ...

Nach einiger Zeit kam eine andere Horde polnischer Soldaten und Zivilisten. ... Die Polen rissen mir daraufhin die Kleidung vom Leibe, legten mich nackt auf die Erde. Etwa 10 Mann hielten mich fest, und zwar am Kopf, Händen und Füßen. Einer der Polen verging sich an mir.

....

Zur amtlichen Organisation der Niedermetzlung der deutschen Bevölkerung gehörte ... als Tarnung der von fast allen Bromberger Zeugen erwähnte Vorwurf der polnischen Soldaten bzw. der polnischen Zivilbevölkerung gegen ihre Opfer, daß aus den von Volksdeutschen bewohnten Häusern Schüsse gefallen oder daß Waffen und Munition in den Häusern seien ...

Unter diesen Vorwänden verschafften sich die polnischen Soldaten und ihre Helfer Eingang in die Wohnungen der Volksdeutschen, um ihre Opfer besser abtun zu können.

Ausnahmslos in allen Zeugenaussagen, die diesen Vorwand der polnischen Soldaten erwähnen, ist eidlich erhärtet worden, daß er völlig unbegründet war und nur als planmäßiger, plumper Vorwand erhoben worden ist, um das grausame Einschreiten gegen die deutsche Zivilbevölkerung mit einem Schein des Rechts zu umkleiden ...<<

>>... Am Dienstag, dem 5.9.1939, kamen polnische Truppen auf dem Rückzuge von Westen her durch unser Dorf Neutecklenburg. Die letzte Abteilung dieser Truppen – es handelte sich um Infanterie, ... – holten mich mit 14 anderen Volksdeutschen aus den Häusern und führten uns weg. Die Soldaten hatten Drillichzeug an, eine Mütze auf und Karabiner umgehängt.

Die Festgenommenen bestanden aus 9 Frauen und 6 Männern. Unter diesen befanden sich meine Frau Hertha S., meine Schwiegermutter Wilhelmine G., mein Schwager Paul G. und meine Schwägerin Else G. Unterwegs wurden wir, wenn wir nicht schnell genug gingen, mit dem Gewehrkolben bedroht. Die polnischen Soldaten riefen uns auch zu: "Euer Hitler wird Euch schon vergeben!" Etwa 2 km vom Dorf entfernt wurden wir vor einen Wassergraben gestellt, und zwar mit dem Gesicht zum Graben.

Nachdem uns Uhren und Geld abgenommen worden waren, wurde von rückwärts aus etwa 20-30 m Entfernung auf uns geschossen. Ich stand am weitesten links und bekam den Schuß daher als letzter. Die Kugel traf mich in die rechte Brustseite. Ich blieb bei Bewußtsein, warf mich aber hin und fiel in den Graben. Es wurden dann alle, die nicht gleich im Wasser lagen, in den Graben geworfen. Die meisten schrien dabei fürchterlich. Es wurde dann nochmals auf sie geschossen.

Mein Schwager wurde auf mich geworfen, jedoch gelang es mir, meinen Kopf über Wasser zu halten. Die Polen zogen dann ab. Nach einer halben Stunde etwa, wagte ich es, aus dem Graben zu kriechen. Es war alles still und niemand gab mehr ein Lebenszeichen, nur jaulten noch 2 Hunde, die mit erschossen worden waren.<<

Frau E. Z. aus Hopfengarten, Kreis Bromberg, berichtete später über den "Bromberger Blutsonntag" (x025/45): >>Um sieben Uhr abends bellten die Hunde.

Vier Polen, drei waren bewaffnet, kamen auf unseren Hof. Sie lärmten laut und schwenkten ihre Karabiner. Als mein Mann in der Tür erschien, um sie zu fragen, was sie wollten, brüllten sie "Hitlerschwein"! Sie schlugen ihn nieder. Dann forderten sie ihn auf, die Waffen herauszugeben. Waffen hatten wir aber nie besessen. Dann stießen sie meinen Mann zur Seite und traten in unsere Wohnung. Sie kamen in die Küche und rissen die Schubladen heraus ... und durchwühlten alles. Sie warfen die Sachen auf den Fußboden.

Dann rannten sie ins Wohnzimmer und in das Schlafzimmer. Auch hier rissen sie alle Schränke und Schubladen auf, brachen alles auf und warfen die Gegenstände auf den Fußboden. Die Sachen, die ihnen gefielen, steckten sie in ihre Taschen. Die Betten wurden aufgeschlitzt und aufgerissen. Dann schütteten sie die Federn aus. ...

Nachdem die Polen nichts Belastendes gefunden hatten, schlugen sie wieder auf meinen Mann ein und traten ihn mit Füßen und johlten laut "Hitlerschwein!" Dann wollten sie von ihm Geld und seine Taschenuhr. ... Zuerst weigerte er sich, das Geld und die Uhr herauszugeben. Aber sie schlugen erneut auf ihn ein. Er blutete aus der Nase und dem Mund, hatte Platzwunden am Kopf. ...

Ich sah vom Blumengarten aus die Quälerei mit an. Ich durfte mich aber nicht bemerkbar machen, da mich die Polen wahrscheinlich genauso behandelt und noch vergewaltigt hätten. Das hatten sie mehrfach mit den Töchtern unserer Nachbarn gemacht, die auch Deutsche waren. Mein Mann viel mehrmals hin, wurde aber mit Fußtritten und Kolbenschlägen wieder hochgetrieben. Unter großem Gejohle und Beschimpfungen wie "Hitlerowiec, Schwab, deutsches Schwein" trieben sie meinen Mann vom Grundstück. ... Die Polen schlugen weiter auf ihn ein,

traten ihn und stachen mit den Bajonetten zu. Sie rissen ihn wieder hoch und trieben ihn vor sich her.

Ich war durch diesen Überfall und die Mißhandlungen meines Mannes so verängstigt, daß ich ohne Verpflegung und ohne Gepäck über die angrenzenden Wiesen in eine Lehmgrube floh. Dort fand ich Nachbarn. Sie berichteten von Mißhandlungen. Inzwischen war es dunkel geworden. Die ganze Nacht hörten wir von weitem das Lärmen der Soldaten, das Weinen der Kinder, das Jammern der Frauen und der Mädchen. Zwischendurch fielen Schüsse. An mehreren Stellen des Ortes brannten die Häuser der deutschen Bauern. ...

(Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen) fand ich meinen Mann tot, erschossen, erschlagen. Ich identifizierte ihn anhand seiner Kleidung. Er war fast bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen ...<<

Ein anderer Augenzeuge berichtete später über den "Bromberger Blutsonntag" (x138/214-215): >>... Am Sonntag, dem 3. September 1939, früh gegen 6 Uhr, begab ich mich zur Mühle, um das Licht auszuschalten und die Turbine abzustellen.

Auf dem Wege dorthin hörte ich vom Bahndamm her plötzlich lautes Schreien. In einer Entfernung von etwa 100 Metern sah ich, wie unterhalb des Bahndamms eine Gruppe von Eisenbahnern und Zivilpersonen und Militär mit Bajonetten, Gewehrkolben und Knüppeln auf sieben Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren einschlugen. Sie hatten die Opfer umringt.

Ich bin etwas näher hingelaufen und hörte, wie sie auf polnisch riefen: "Totschlagen, die Deutschen!" Ich sah schon von weitem, wie das Blut spritzte. Ich drehte mich dann aber um, als ich sah, daß sich die Horde auch auf mich stürzen wollte.

Um 9 Uhr bin ich dann noch einmal hingegangen und sah mir die Leichen an. Bei zwei Leichen waren ... die Augenhöhlen leer, es war nur noch eine blutige Masse vorhanden. ... Die anderen Leichen waren auch total zerschlagen.

Nachmittags um 3 oder 4 Uhr kam eine Gruppe Soldaten mit Eisenbahnern und brachten 18 Deutsche zu meiner Mühle. ... Sie wurden je zu zweit zusammengebunden. Ich konnte das vom Garten aus ganz genau beobachten. Sie wurden dann zu zweien alle 18 heruntergeschossen. Dann haben sie noch auf die am Boden Liegenden eingeschlagen.

Darunter waren auch ein 14jähriger Junge und eine Frau. Es mußte diesmal offenbar sehr schnell gehen, denn sie verzogen sich alle gleich wieder. Ich habe mir die Leichen nachher genau angesehen, sie lagen noch drei Tage dort.

Am Montagnachmittag, als es schon hieß, das polnische Militär sei abgerückt, brachten 2 Soldaten einen älteren Mann und eine ältere Frau. Sie stellten sie vor meinen Augen in der Mühle an die Wand. Ich lief noch hin, kniete noch vor den Soldaten nieder und bat sie auf polnisch, sie möchten die beiden Alten doch laufen lassen. Sie waren beide etwa 65 Jahre alt. Ich bekam einen Kolbenstoß von dem einen Soldaten. Dabei sagte er zu mir: "Sollen doch die verfluchten Niemcys (Deutschen) krepieren!"<<

In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtete das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierender Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...

Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung.

...

Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen von 10 bis 1.000 Personen feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...

Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus Mittelpolen - aus Lodz allein mehr als 600 - und Galizien.<<

Prof. Dr. Hermann Pfister schrieb später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der politisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugeordnet gewesen war. ...

Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenlose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<

Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schrieb später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<

>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde.

Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklicherweise war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel.

Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ... Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt.

So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...

Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.

Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht, weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 28. August 2004) über den "Bromberger Blutsonntag" (x887/...): >>Die "Jagd auf Deutsche" im Osten

Die Verfolgung begann nicht erst mit dem "Bromberger Blutsonntag" vor 50 Jahren

von Pater Lothar Groppe

Deutsche Politiker und Medienleute lassen keine Gelegenheit vorübergehen, an vergangene deutsche Schuld zu erinnern. Hierbei spielt die historische Wahrheit häufig keine Rolle, wenn nur der Political Correctness Genüge getan wird. So, wie der Nürnberger Oberbürgermeister am 9. November des vergangenen Jahres anlässlich des 65. Jahrestags der "Reichskristallnacht" erklärte: "Es gab nur ein einziges Tätervolk, uns."

Wir werden am 1. September des Überfalls auf Polen gedenken, der den Zweiten Weltkrieg mit all seinen Schrecken auslöste und 55 Millionen Menschenleben forderte. Der "Überfall" ist inzwischen derart zum Gemeingut geworden, daß ihn niemand zu bezweifeln wagt. Allerdings bereitet uns das "Deutsche Wörterbuch" von Gerhard Wahrig einiges Kopfzerbrechen. Nach ihm ist ein Angriff ein Überfall, wenn er den Angegriffenen unvorbereitet und überraschend trifft. Jedoch Polen war keineswegs unvorbereitet, wie der französische Historiker Raymond Cartier in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" schreibt. Nach ihm hatten die Polen den Angriff erwartet:

"Hatten sie den Krieg wirklich nur erwartet? Hatten sie ihn vielleicht sogar gewollt? Eine Woge patriotischer Begeisterung ging bereits seit Wochen durch das ganze Land. Es gab Leute, die ganz offen erklärten, sie hätten Angst gehabt, ihre Politiker könnten die Gelegenheit, den Deutschen eine tüchtige Lehre zu erteilen, ungenützt vorübergehen lassen. Wenn Hitler etwas gegen den Korridor habe, so werde Polen diesen eben auf seine Weise beseitigen, indem es sich Ostpreußen einverleibe, dessen Besiedlung durch die Deutschritter ja ohnehin nichts als nackte Usurpation gewesen sei."

Cartier spricht auch unverblümt davon, daß es in Polen seitens der Polen Fälle offener und heimtückischer Unterdrückung der deutschen Minderheit gab. In Polen war die Mobilmachung seit Frühjahr 1939 etappenweise im Gang.

Lange vor Hitler, am 9. Oktober 1925, schrieb die polnische Zeitung Gazeta Gdansk: "Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren könne. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberherrschaft erhalten. Dann wird es keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück."

"Von 1.058.000 Deutschen, die noch 1921 in Posen und Westpreußen lebten", ist bei Cartier zu lesen, "waren bis 1926 unter polnischem Druck 758.867 abgewandert. Nach weiterer Drangsal wurde das volksdeutsche Bevölkerungselement vom Warschauer Innenministerium am 15. Juli 1939 auf weniger als 300.000 Menschen geschätzt."

All dies muß man wissen, wenn man wissen will, wie es zum bisher größten und verlustreichsten Krieg der Geschichte kam. Wenn man auch nicht vom "Überfall" auf Polen sprechen kann, so begann doch am 1. September 1939 der deutsche Angriff auf Polen. Man darf den historischen Hintergrund nicht außer acht lassen, wenn man verstehen will, wie es infolge langwieriger Spannungen schließlich zum Krieg kam. Der ehemalige israelische Botschafter

in Deutschland erklärte auf die Frage, wer denn den Sechs-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: "Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist." Sollte dies etwa auch für Deutschland gelten?

Neben der Tschechoslowakei gab es in Polen das Problem der "deutschen Minderheiten". Es geht auf die Grenzziehung von Versailles zurück. So wurden die Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens ohne Volksabstimmung Polen zugewiesen. Nach der Abstimmung in Oberschlesien 1921 wurden Teile davon Polen überlassen, obwohl 59,6 Prozent der Bewohner für Deutschland gestimmt hatten.

So kamen mehr als zwei Millionen Deutsche in den Vielvölkerstaat Polen. Minderheitenabkommen sollten das Nationalitätenprinzip retten. Aber die Tschechoslowakei und Polen erklärten immer wieder, das Minderheitensystem des Völkerbundes beeinträchtigte ihre Souveränität. So wurden in der Regel die Verträge nicht eingehalten, was zur Verärgerung und Enttäuschung der Bevölkerung führte. Sie griff aber zur Veränderung des Status quo nicht zur Gewalt.

Waren die Deutschen eine "fünfte Kolonne"? Ganz besonders in Polen wurde dieser Vorwurf erhoben. Aber eine ethnische Minderheit ist nicht schon deswegen illoyal, weil sie die Beachtung der Minderheitenrechte verlangt. Zwischen 1919 und 1939 kam es zu mehreren tausend Protesten wegen Verletzung des Minderheitenabkommens vom 28. Juli 1919. Es gab eine Menge Zündstoff. Deutschen wurden in Polen ihre Geschäfts- und Betriebslizenzen entzogen, Bauernhöfe angesteckt, Geschäfte boykottiert und Deutsche auf offener Straße verprügelt.

Volksdeutsche, die versuchten, ins Reich zu flüchten, wurden ebenso beschossen wie später Deutsche, die aus der Ostzone nach Westdeutschland zu flüchten suchten. Allein im August 1939 gelang etwa 80.000 Deutschen die Flucht nach Deutschland. Der damalige Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker schrieb hierzu: "Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1933 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem Danzig und Passage durch den Korridor überdeckte."

Die 20 Reichsregierungen vor Hitlers Machtübernahme hatten versucht, durch Verhandlungen das Verhältnis zu Polen zu verbessern. Selbst Hitler versuchte dies anfangs, allerdings ohne Erfolg. Erst als er ab 1937 mit Gewalt drohte, konnte er nach und nach die Versailler Probleme lösen. Da er jedoch den Bogen überspannte, kam es zum Zweiten Weltkrieg.

Als sich ab April/Mai 1939 die deutsch-polnischen Beziehungen immer mehr verschlechterten, wurden einzelne Volksdeutsche, also solche deutscher Abstammung, aber ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ermordet. Allerdings waren es nicht so viele, wie die deutsche Propaganda behauptete. Bereits mehrere Monate vor dem Krieg führten Rundfunk und Presse Polens einen propagandistischen Feldzug gegen die Minderheiten mit dem Tenor, "daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Es ging das Gerüde von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" um. Wohlwollende Polen warnten ihre deutschen Nachbarn, sich im Falle eines Krieges auf das Schlimmste gefaßt zu machen.

Am 31. August 1939 inszenierten die Nationalsozialisten einen Überfall auf den Sender Gleiwitz, der den Polen in die Schuhe geschoben wurde. Dieser Vorfall war deshalb von besonderer Bedeutung, weil die internationale Öffentlichkeit auch nach Kriegsende die deutschen Behauptungen über alliierte Kriegsverbrechen verwarf. In den letzten Tagen vor Kriegsbeginn häuften sich Meldungen über angebliche oder tatsächliche Morde an Volksdeutschen.

Tatsächlich begann am 1. September 1939 die angekündigte "Jagd auf Deutsche". Der "Bromberger Blutsonntag" wurde aber im Ausland als Propaganda der Nationalsozialisten angezweifelt. Da nach dem 1. September 1939 vereinzelt Sabotageakte verübt wurden, deren Urheber nicht mehr zu ermitteln sind, kam es seitens der polnischen Bevölkerung zu drastischen Maßnahmen. Anhand der vor dem Krieg angelegten Listen wurden in den Woiwodschaften Posen und Pommerellen 10.000 bis 15.000 Deutsche ohne Haftbefehl festgenommen

und zum Fußmarsch ins Landesinnere Richtung Kutno gezwungen.

Die Polen beschuldigten die Deutschen, Angehörige der "fünften Kolonne" zu sein. Während des Marsches vergriffen sich Polizisten und Zivilisten an den wehrlosen Deutschen. Etwa 2.200 Verschleppte kamen um. Vielfach wurden Marschunfähige einfach erschossen. Man erinnere sich an die Todesmärsche von Auschwitz am Ende des Krieges. In vielen Ortschaften begingen Polen Brandstiftungen, holten Deutsche, die sie der Konspiration mit dem Feind verdächtigten, aus ihren Häusern, mißhandelten, vergewaltigten und ermordeten sie.

Am schlimmsten ging es am Sonntag, dem 3. September in Bromberg zu, weswegen es zur Bezeichnung "Bromberger Blutsonntag" kam. Anlaß war das Gerücht, im Nordteil der Stadt sei es zu Schießereien gekommen und deutsche Fallschirmjäger seien abgesprungen. Später wurde bekannt, daß es sich um marodierende Einheiten der 9. und 27. polnischen Infanteriedivision handelte. Fallschirmjäger sprangen nicht über Bromberg ab.

Unter dem Vorwand, nach Waffen, Munition und Geheimsendern zu suchen, drangen Soldaten, Polizisten und Zivilisten in die Häuser der Deutschen ein. Eltern wurden vor den Augen ihrer Kinder, Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet. Viele Opfer wurden vor ihrer Ermordung gefoltert und verstümmelt. Die Zahl der Opfer dieses Tages in Bromberg wurde auf 1.200 bis 1.500 geschätzt.

Am 4. September stießen Angehörige der 50. Infanteriedivision auf die ersten deutschen Leichen. Dies führte mit sofortiger Wirkung zur Errichtung der "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Völkerrechtsverletzungen" (WUSt). Deren Untersuchungen ergaben, daß Morde und andere Gewaltverbrechen nicht nur in Bromberg selbst, sondern auch an anderen Orten stattgefunden hatten. Neben Volksdeutschen waren auch gefangengenommene deutsche Soldaten ermordet worden. Ende der 60er Jahre wurde die Zahl der im September 1939 ermordeten Volksdeutschen auf 3.841 festgelegt.

Daß nach Kriegsbeginn schwere Ausschreitungen gegen Volksdeutsche begangen wurden, steht fest. Ebenso trifft es zu, daß die Zahl der Ermordeten nicht so hoch ist, wie Goebbels behauptete. Danach seien 58.000 Volksdeutsche ermordet worden. Die Kartei der "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" enthält "nur" 5.495 Karten.

Bei den Verbrechen gegen Volksdeutsche muß zutiefst erschüttern, daß nach gut belegten Berichten am Sonntag, dem 3. September, katholische Gotteshäuser zu Versammlungsstätten wurden, die wenig später zum Massenmord an Deutschen führten. Nicht zufällig wird in allen vorliegenden Berichten übereinstimmend "die Zeit nach dem Gottesdienst" und hier, noch genauer, "nach 10.00 Uhr" oder "ungefähr 10.20 Uhr" als Beginn des Schießens in verschiedenen Stadtteilen und der Massenverhaftungen von Deutschen angegeben. Im Bundesarchiv haben wir Unterlagen, die eindeutig belegen, daß die polnischen Einwohner systematisch aufgehetzt wurden.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß nicht wenige Polen sich für Deutsche einsetzten. So der Malermeister Pulkowski. Er sagte zu den bewaffneten Banden: "Was macht ihr mit den Deutschen?" Er wurde mitgenommen und erschossen. Aus vielen eidesstattlichen Aussagen geht hervor, daß aus der Menge immer wieder zum Mord an den Deutschen aufgerufen wurde. Die Bromberger Ereignisse wurden auch von ausländischen Reportern geschildert. So schrieb ein ungarischer Journalist:

"Laut allen Aussagen begann die Hölle in Bromberg in jener Stunde, als die polnischen Zivilbehörden die Stadt verlassen hatten. Hunderte von Deutschen, darunter Frauen, Kinder und Greise, wurden durch die Stadt gejagt. Sie wurden mit Gewehrkolben und Stöcken geprügelt und massenweise hingemordet. Selbst der katholische Pfarrer Kaluschke wurde mit seinen Ordensschwwestern durch die Stadt gejagt und mißhandelt. Ich hatte Gelegenheit, noch Donnerstag (7. September) in Häusern und auf den Straßen die Leichen der Ermordeten zu sehen ..."

Neben dem eigentlichen Zentrum Bromberg wurden auch in den Vororten zahlreiche Deutsche ermordet. Dort begannen die Ermordungen erst am 4. und 5. September. Es heißt, weil sie Deutsche waren. Wahllos wurden Frauen, Kinder und Greise abgeknallt, wo immer man sie als Deutsche identifizierte.

In den Berichten wird aber auch hervorgehoben, daß weite Kreise der Bevölkerung ebenso wie der polnischen Armee mit dieser Welle des Hasses nichts zu tun hatten, daß sie ohnmächtig und hilflos dem Wüten des Mobs gegenüberstanden, wie seinerzeit in der sogenannten "Reichskristallnacht" die meisten Deutschen den nationalsozialistischen Mordbrennern.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 1. August 2009) über den "Bromberger Blutsonntag" (x887/...): >>**Die vergessenen Opfer**

Bei polnischen Massakern im Jahre 1939 starben über 5.800 Deutsche - Bis heute fehlt eine angemessene Publikation

Wenn zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des deutsch-polnischen Krieges in Zeitungen und Zeitschriften, bei Guido Knopp im ZDF und in Schriften der politischen Bildung Beiträge erscheinen, dann wird man alles finden über deutsche Ränke und Versäumnisse, Blut- und Raubtaten, Kriegslust und Vernichtungsgier, aber man wird voraussichtlich mit keinem Wort der Verfolgung der Volksdeutschen in Polen gedenken. Obwohl die an ihnen begangenen Grausamkeiten gut dokumentiert sind, fehlt bis heute eine zusammenfassende Publikation.

Dabei erschütterten die Vorkommnisse seinerzeit die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Man erfuhr von ihnen im Herbst 1939 durch heimkehrende Soldaten, von denen viele Augenzeugen gewesen waren, wie man überall in Polen die ermordeten Volksdeutschen aus Wäldern und Straßengräben geborgen hatte.

Sie hatten die Berichte der Angehörigen anhören müssen, die den Massakern entkommen konnten und nun ihre verschleppten Väter und Brüder suchten.

Heute ist davon in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr die Rede. In keinem Schulbuch steht etwas von der Verfolgung der Deutschen in Polen, keine "History-Sendung" unterrichtet darüber, in keiner offiziellen Feierstunde wird ihrer gedacht.

Dabei war die Verfolgung von Angehörigen anderer Volksgruppen etwa in Jugoslawien noch vor wenigen Jahren Grund genug, um Nato und Uno militärisch eingreifen zu lassen. Geht es aber um die blutigen Ereignisse im Polen des Jahres 1939, dann werden sie als unbedeutend beiseite geschoben oder man übernimmt sogar die polnischen Schutzbehauptungen, die toten deutschen Männer, Frauen und Kinder seien Opfer deutscher Luftangriffe gewesen oder als Partisanen von der polnischen Armee zu Recht erschossen worden. Und die deutsche staatliche Seite schweigt, um das deutsch-polnische Verhältnis nicht zu belasten.

Das nach dem Ersten Weltkrieg wieder gegründete Polen war von Anfang an ein Vielvölkerstaat. Die erste amtliche Volkszählung 1921 ergab etwa 69 Prozent Polen. Etwa 19 Prozent waren Ukrainer, fast acht Prozent Juden (die in Polen als Volksgruppe galten), und etwa 3,3 bis 3,9 Prozent - hier stritten sich deutsche Volksgruppe und polnische Regierung - waren Deutsche, das waren etwa 1,06 bis 1,4 Millionen Menschen. Ende 1918 hatten sogar ausweislich der letzten Vorkriegs-Volkszählung noch 2,4 Millionen Deutsche in den Gebieten gelebt, die 1919 zu Polen kommen sollten.

Dieser verhältnismäßig große Prozentsatz war kein Wunder, gehörten doch weite Teile früher zu Deutschland wie etwa Posen, Westpreußen und das östliche Oberschlesien. Es gelang der polnischen Mehrheit, im Laufe der Jahre mindestens etwa 800.000 Deutsche aus Polen hinauszudrängen ("entdeutschen" nannten die polnischen Wortführer die dabei angewendeten Methoden). Aber auch über eine halbe Million Juden wichen vor polnischen Diskriminierungen aus und emigrierten.

Obwohl sich Polen gegenüber der Versailler Friedenskonferenz verpflichtet hatte, seine nationalen Minderheiten zu schützen und ihnen kulturelle Autonomie zu gewähren, verfolgten die

polnischen Regierungen eine Minderheitenpolitik nach der Devise, Polen müsse "so rein werden wie ein Glas Wasser" ("Polska musi być czysta jak szklanka wody!"). So wurden Minderheitenschulen geschlossen, Geschäftsleute boykottiert, Kirchengemeinden, sofern sie nicht römisch-katholisch waren (die der deutschen Volksgruppe waren ganz überwiegend evangelisch), schikaniert.

Als dann die politische Lage zwischen Deutschland und Polen immer angespannter wurde, wuchs der polnische Druck auf die deutsche Volksgruppe immer mehr. Im Sommer 1939 flohen die Deutschen in Massen aus ihrer Heimat nach Deutschland oder in die Freie Stadt Danzig; dort befanden sich Ende August Flüchtlingslager mit etwa 77.000 Volksdeutschen aus Polen.

Auch schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten gab es Opfer unter den deutschen Zivilisten. Die Zahl ist nicht mehr festzustellen. In der Literatur findet man sowohl die Feststellung, daß elf Deutsche getötet worden seien, als auch die Zahl 60.

Als am 1. September 1939 das Deutsche Reich die Feindseligkeiten eröffnete, brach eine Welle der Verfolgung gegen die bereits vorher registrierten Volksdeutschen und ihre Einrichtungen los. Allgemein bekannt ist der "Bromberger Blutsonntag" drei Tage nach Kriegsbeginn, doch wurden überall, vor allem in den westlichen polnischen Provinzen, die Deutschen zusammengetrieben und in langen Marschkolonnen - insgesamt waren es 41 - mit jeweils Hunderten von Frauen, Männern und auch Kindern - nach Osten getrieben, von Soldaten oder von bewaffneten Mitgliedern polnischer Milizen.

Wer nicht weiterkonnte, wurde erschossen. Auch fiel immer wieder der Pöbel über die wehrlosen deutschen Zivilisten her, prügelte auf sie ein und schlug manche tot. Zeitzeugen berichteten, daß sich vor allem Soldaten der vor der Wehrmacht zurückflutenden polnischen Truppenteile durch Grausamkeiten hervortaten, Soldaten, die die Volksdeutschen dafür verantwortlich machten, daß entgegen der polnischen Siegesgewißheit - man hatte ihnen vorgegaukelt, sie würden schon in wenigen Tagen siegreich in Berlin einmarschieren - nun überall die polnischen Einheiten geschlagen wurden.

Die deutsche politische Führung behauptete nach dem Sieg über Polen, es seien 58.000 Volksdeutsche von Polen ermordet worden. Diese Zahl war weit übertrieben und sollte wohl dazu dienen, das überaus harte deutsche Vorgehen in Polen zu begründen.

Bezeichnenderweise gab es keine amtliche Erhebung der Opferzahlen. Das überließ man der von Volksdeutschen nach Einstellung der Kampfhandlungen gegründeten "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten" in Posen. Ihr Leiter und ihre treibende Kraft wurde der volksdeutsche Historiker Dr. Kurt Lück. Er sah es als seine Hauptaufgabe an, die Schicksale der vielen immer noch vermißten Volksdeutschen zu klären. Im Laufe der ersten Nachkriegsmonate stellte sich heraus, daß die meisten von ihnen umgebracht worden waren.

Die Gräberzentrale wurde, bezeichnenderweise bevor sie ihre Arbeit abgeschlossen hatte, im Mai 1942 geschlossen. Bis dahin konnte man 3.453 getötete Volksdeutsche und 2.339 Vermißte feststellen, von denen keiner wieder aufgetaucht war. Ihre Personalien und die Umstände ihrer Ermordung - soweit feststellbar - waren in einer umfangreichen Kartei festgehalten. Dr. Lück wurde eingezogen und fiel bald darauf an der Front.

Die Unterlagen fielen bei Kriegsende in polnische Hand. Der Historiker Altman vom polnischen West-Institut sorgte dafür, daß eine Kopie der Kartei 1959 dem Bundesarchiv überlassen wurde. Die gesamten Originalunterlagen, auch jene über die damals noch nicht aufgeklärten Fälle, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen (Archivum Państwowe w Poznaniu) und können eingesehen werden. Nach Auskunft einer Gewährsperson hat bis heute aber kein deutscher Historiker danach gefragt. ...

Bis heute gibt es keine Abschlußzahlen der Verluste der deutschen Volksgruppe in Polen. Die

seinerzeit von der "Gräberkartei" festgestellte Zahl von 5.792 Toten und Vermißten dürfte die untere Grenze darstellen; zusammen mit den erwähnten Fällen in den ersten acht Monaten des Jahres 1939 kommt man auf etwas über 5.800 getötete deutsche Zivilisten in Polen im Jahre 1939.

Auf alle Fälle widerlegt die Tatsache, daß Tausende von Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen am Beginn des Krieges umgebracht wurden, die Behauptung maßgebender polnischer Persönlichkeiten wie etwa des zweimaligen Außenministers Wladyslaw Bartoszewski, die Polen seien nie Täter, sondern immer nur Opfer gewesen. ...

Akten liegen seit 1959 unveröffentlicht im Bundesarchiv

Die Unterlagen der "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten", die ihre Arbeit nicht abschließen konnte und daher nur vorläufige Verlustzahlen feststellte, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen. Die von der "Zentrale" erarbeitete Kartei wurde 1959 in einer Kopie dem Bundesarchiv überlassen.

Auf Initiative der Landsmannschaft Westpreußen und ihrer Zeitung "Der Westpreuße" wurden in den 50er Jahren Erlebnisberichte von Zeitzeugen gesammelt, die sich heute im Bundesarchiv befinden. Eine abschließende Untersuchung wurde zwar immer wieder angekündigt, fehlt aber bis heute.

August Müller, der ehemalige Oberschulrat des Regierungsbezirks Bromberg, wurde mit der weiteren Auswertung der in Deutschland vorhandenen Unterlagen betraut. Er konnte noch viele weitere Zeitzeugen befragen, bis er 1989 verstarb. Müllers immer noch nicht aufgearbeiteter Nachlaß befindet sich zur Zeit in der Dokumentensammlung des Herder-Institutes an der Universität Gießen.

Nach Auskunft des Vorsitzenden der "Historischen Kommission für das Deutschtum in Polen" (so der derzeitige Name), Dr. Markus Krzoska, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Gießen, stehen die Akten der Öffentlichkeit grundsätzlich zur Verfügung, doch behalte er sich vor, wie er auf Anfrage mitteilte, die Bestände für bestimmte Personen zu sperren.

Auf die Frage nach den Gründen und Kriterien antwortete er, diese Unterlagen dürften nicht "für rechtsradikale Zwecke mißbraucht" werden. Die Frage, wie "rechtsradikale Zwecke" definiert würden und welche Richtlinien einer eventuellen Sperrung zugrunde liegen, beantwortete er ausweichend.<<

SS- und SD-Greuel in Polen (1939-1941)

Am 27. September 1939 wurden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Das Reichssicherheitshauptamt wurde danach zur Zentrale der NS-Terrormaßnahmen. Das Reichssicherheitshauptamt war Himmler unterstellt: Leitung bis 4. Juni 1942: Heydrich, ab 30. Januar 1943: Kaltenbrunner.

Die Reichssicherheitshauptamts-Abteilungen erteilten den Befehlshabern der Gestapo-, SD- und SS-Einheiten direkte Weisungen, so daß eine Art SS-Nebenregierung entstand. Während des Zweiten Weltkrieges errichteten die verschiedenen Reichssicherheitshauptamt-Organisationen in den besetzten Ländern fast lückenlose Terror-Verwaltungen. Heinrich Müller leitete das Reichssicherheitshauptamt IV = Geheime Staatspolizei. Der gefühlsrohe Gestapo-Chef entwickelte dort mit seinen Mitarbeitern die "routinemäßige, bürokratische Massentötung".

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schrieb später über das "Reichssicherheitshauptamt" (x051/483-484): >>Reichssicherheitshauptamt (RSHA), am 27.9.39 als "Zusammenfassung der zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS (SD)" geschaffene Behörde.

Mit Gründung des RSHA wurde der v.a. von Himmler angestrebte Verschmelzungsprozeß von Ämtern aus dem staatlichen Bereich mit Ämtern aus der nationalsozialistischen Bewegung abgeschlossen. Das RSHA war Himmler unterstellt und wurde zuerst von Heydrich (bis zu seinem Tod 4.6.42), vorübergehend von Himmler selbst und ab 30.1.43 von Kaltenbrunner geleitet. Es gliederte sich in zunächst sechs, ab 1940 in sieben Ämter:

Amt I unter Bruno Streckenbach war für Personalfragen, also v.a. für Auswahl und Linientreue der Mitarbeiter zuständig.

Amt II unter Best, später unter Hans Nockmann, war die juristische Abteilung und zuständig für Organisation, Recht und Verwaltung.

Amt III unter Ohlendorf war der ursprüngliche SD, nun als Inlandsnachrichtendienst bezeichnet.

Amt IV war die Geheime Staatspolizei unter H. Müller,

Amt V das Reichskriminalpolizeiamt unter Nebe,

Amt VI der Auslandsnachrichtendienst unter Heinz Jost, später unter Schellenberg.

Amt VII unter Franz Six, später Paul Dittel, war für "weltanschauliche Forschung und Auswertung" zuständig, es archivierte Materialien und Literatur der politischen und ideologischen Gegner.

Das RSHA war die Zentrale der außergerichtlichen nationalsozialistischen Terror- und Repressionsmaßnahmen ab Kriegsbeginn bis 1945. Insbesondere die Ämter III und IV waren berichtigt für den Terror im Innern und in den besetzten Gebieten. Dort setzte das RSHA zur "Gegnerbekämpfung" u.a. mobile Einsatzgruppen ein.

Mitte 41 wurde dem RSHA die "technische Durchführung" der Endlösung übertragen. Ab September 42 konnte das RSHA Gerichtsurteile "durch Sonderbehandlung korrigieren", d.h. die Betreffenden liquidieren; es griff in die Zuständigkeitsbereiche der Justiz, z.B. in schwebende Verfahren, ein und übte ab November 42 die gesamte Strafrechtspflege aus gegenüber Polen und Juden in den besetzten Gebieten, von Sommer 43 an auch im Reich.<<

Die deutsche Militärverwaltung in Polen wurde bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146). NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernahm in Krakau das Amt des Generalgouverneurs.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Hans Frank (x051/183):
>>Frank, Hans, geboren in Karlsruhe 23.5.1900, gestorben in Nürnberg 16.10.1946 (hingeworfen), deutscher Jurist und Politiker; kam schon 1919 als Münchner Jura-Student mit der Deutschen Arbeiterpartei in Berührung, trat aber erst im Oktober 23 der NSDAP bei.

Frank nahm am Hitlerputsch teil, wich nach Österreich aus und machte 1926 eine Anwaltskanzlei in München auf. Insgesamt 150 Prozesse führte er nach eigener Aussage allein gegen "Verleumder" Hitlers und verhalf dem Parteiführer im Reichswehrprozeß 1930 zum spektakulären Legalitätseid. 1928 gründete Frank den späteren Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund, 1930 das Reichsrechtamt der NSDAP und 1933 die Akademie für Deutsches Recht. 1930 in den Reichstag gewählt, war er 1933/34 bayerischer Justizminister und wurde 1934 Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Frank mühte sich um "Erneuerungen des deutschen Rechts im Sinn der nationalsozialistischen Weltanschauung", erlangte aber, blind für Hitlers tiefe Verachtung aller Juristerei, nie Einfluß auf die Gesetzgebung im Führerstaat. Vergeblich auch protestierte er gegen die polizeistaatliche Aushöhlung des Rechts und gegen die verfahrenlosen Erschießungen beim Röhmputsch.

Er riskierte damit sogar das Wohlwollen des fanatisch verehrten Führers, so daß seine Ernennung zum Generalgouverneur im von Deutschland besetzten Polen im Oktober 39 etwas von Wegloben hatte. Frank verstand sie aber eher als Verpflichtung zu "großzügigster Repräsentation".

tion im Namen des Führers und des Reiches". Zusammen mit seinem nationalsozialistischem Herrenmenschendünkel und seinem gnadenlosen Antisemitismus führte das zu einem unbeschreiblich brutalen Unterdrückungsprogramm.

Frank, der verschwenderisch in der gotischen Krakauer Burg Hof hielt - "König Stanislaus" titulierte ihn der prunksüchtige Göring -, zeichnete verantwortlich für die Liquidierung der polnischen Führungsschicht, die totale Ausplünderung des Landes, die Deportation von rund einer Million polnischer Arbeiter in die deutschen Rüstungsfabriken. Selbst der SS, die in Franks Herrschaftsgebiet den Völkermord der Endlösung betrieb, ging das zu weit. Einer der engsten Mitarbeiter des "Polenschlächters" wurde zur Warnung verhaftet und erschossen.

Frank zog daraus aber eine unerwartete Konsequenz: In frenetisch bejubelten Reden an deutschen Universitäten forderte er 1942 die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit. Hitler enthob ihn daraufhin aller Parteiämter, beließ ihn aber auf dem Posten des Generalgouverneurs. Vielleicht retteten Frank intime Kenntnisse: 1931 hatte ihm Hitler die Erforschung seines Stammbaums anvertraut.

Gegen Kriegsende und dann im Nürnberger Prozeß wandelte sich Frank zum reuigen Sünder und wurde Katholik. Das konnte das Todesurteil nicht abwenden; zu voll war sein Schuldbuch, das er 1939-45 akribisch geführt und unversehrt seinen Richtern übergeben hatte (38 Diensttagebücher). "Im Angesicht des Galgens" schrieb und betitelte er seine fragwürdige "Deutung Hitlers und seiner Zeit" kurz vor der Hinrichtung.<<

Alle Gebiete, die das Deutsche Reich 1919/20 an Polen abgetreten hatte, gliederte man ab Oktober 1939 in die neugegründeten Reichsgaue Danzig-Westpreußen, Wartheland - ehemalige preußische Provinz Posen und westpolnische Gebiete, mit den 3 Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz/Litzmannstadt - sowie in die deutschen Provinzen Ostpreußen und Oberschlesien ein.

In den westpolnischen Restgebieten um Warschau, Lublin und Krakau wurde am 26. Oktober 1939 das "Generalgouvernement", eine Art "koloniales Nebenland" des Deutschen Reiches, gegründet. Die völkerrechtliche Stellung dieser Restgebiete blieb unklar. Das Generalgouvernement wurde später als völlig abhängiges Besatzungsgebiet wirtschaftlich ausgebeutet, politisch versklavt und schließlich Tatort der Endlösung in den NS-Vernichtungslagern.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Generalgouvernement" (x051/208): >>Generalgouvernement (amtlich seit 26.10.39 "für die besetzten polnischen Gebiete", von Juli 40 an nur noch Generalgouvernement), nach dem Polenfeldzug im eroberten Polen gebildetes deutsches "Nebenland", ohne eigene Staatlichkeit unter einem Generalgouverneur (H. Frank) mit begrenzter polnischer Selbstverwaltung auf unterster Ebene; eingeteilt in vier Distrikte (Krakau, Warschau, Radom, Lublin) unter Distriktgouverneuren, denen am 1.8.41 noch Ostgalizien mit Lemberg als "Distrikt Galizien" angegliedert wurde; damit 142.000 km² und rund zwölf Millionen Einwohner.

Das Generalgouvernement war Arbeitskräftereservoir für verschleppte polnische Zwangsarbeiter, Aufnahmeland für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen Polen (1,2 Millionen), industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und seit 1942 nach der Gettoisierung der Juden (1943 Warschauer Getto-Aufstand) Schauplatz für die Durchführung der Endlösung.

Nach Schließung der höheren Schulen und Universitäten und Ausrottung von Teilen der polnischen Intelligenz (Intelligenzaktion) wurde das Schulsystem auf einfache und rein fachliche Bildungsstätten reduziert.

In weiterer Perspektive sah der Generalplan Ost die Vertreibung von 80-85 % der Polen aus dem Generalgouvernement nach Sibirien und die Ansiedlung deutscher Bauern vor; während sich Frank und seine Zivilregierung bisweilen noch, wenn auch ohne Erfolg, aus rein pragmatischen Gründen um eine gewisse Milderung des Besatzungsregimes bemühten, führte das

völlig autonome Schreckensregiment der direkt Himmler unterstellten Höheren SS- und Polizeiführer, die die Gerichtsbarkeit und zunehmend Aufgaben der Exekutive ausübten, seit 1943 zu einer Verschärfung der Lage im Generalgouvernement.

Ein relativ grobmaschiges deutsches Kontrollnetz ermöglichte im Generalgouvernement die Organisation des polnischen Widerstands in einer Untergrundregierung mit einer Untergrundarmee, die sich am 1.8.44 im Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht erhob, nach zweimonatigen Kämpfen jedoch mangels alliierter Unterstützung unterlag.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Reichsgau "Wartheland" (x051/621-622): >>Wartheland (Reichsgau Wartheland, Warthegau), nach dem Polenfeldzug am 8.10.39 vom Deutschen Reich annektiertes Gebiet südlich der Weichsel und Netze mit den Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz (ab 12.4.40 Litzmannstadt), rund 44.000 qkm mit 4,7 Millionen Einwohnern (davon 327.000 Deutsche).

Im zunächst Reichsgau Posen (bis Januar 40) genannten Wartheland erhielt am 26.10.39 Greiser die Doppelfunktion des Gauleiters und Reichsstatthalters und den Auftrag, das Gebiet zu "regermanisieren". Dazu wurden alle denkbaren staatlichen Zwangsmittel angewandt, von der Vertreibung der ca. 380.000 Juden oder ihrer Zusammenfassung v.a. im Getto Lodz und ihrer Ermordung in den Vernichtungslagern bis zur fast völligen Zerschlagung der Organisation der katholischen Kirche als eines Hortes des polnischen Nationalismus und der Ermordung (Intelligenzaktion) oder Vertreibung des polnischen Klerus.

Zur Verstärkung der deutschen Position wurden die aus dem Baltikum kommenden Deutschen und andere volksdeutsche Gruppen angesiedelt, bis 1944 wurden dazu rund 630.000 Polen ins Generalgouvernement abgedrängt. Das Wartheland war eine Art nationalsozialistischer Modellgau, in dem durch Vereinigung der Partei- und Staatsfunktionen, durch Trennung von Kirchen (Herabstufung zu bloßen Vereinen) und Staat, durch totale polizeistaatliche Kontrollen ein "von allen traditionellen bürokratischen Hemmungen freies" (Greiser) nationalsozialistisches Gemeinwesen entstehen sollte.

Das Experiment endete im Januar 45 mit dem Einmarsch der Roten Armee und mit Flucht, Vertreibung oder Tod der deutschen Bevölkerung.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Arthur Greiser (x051/225): >>Greiser, Arthur, geboren in Schroda (Posen) 22.1.1897, gestorben in Posen 14.7.1946, deutscher Politiker und SS-Obergruppenführer (1942); im Ersten Weltkrieg Flieger, dann erfolgloser Kaufmann; 1924 Mitbegründer des Stahlhelm in Danzig, 1928 NSDAP-Beitritt, 1930-33 Gaugeschäftsführer in Danzig.

Im Juni 33 übernahm Greiser das Amt des Vizepräsidenten und das Innenressort im Danziger Senat und wurde am 28.11.34 als Nachfolger von Rauschning Senatspräsident. Als Danzig im Zuge des Polenfeldzugs wieder dem Reich angegliedert wurde, erhielt Greiser am 21.9.39 die Leitung der Zivilverwaltung im annektierten Posen und wurde am 2.11.39 Reichsstatthalter des neuen Gaus Wartheland.

Er verfolgte eine brutale Politik der Eindeutschung, verdreifachte bis 1944 den deutschen Bevölkerungsanteil, ordnete Massendeportationen von Polen und Juden zur Zwangsarbeit ins Reich oder ins Generalgouvernement an, ließ erkrankte Arbeiter ins Vernichtungslager Kulmhof verbringen und machte sich in Zusammenarbeit mit Bormann einen Namen als Kirchenverfolger, indem er seinen Gau als Versuchsfeld für geplante Entkirchungsmaßnahmen zur Verfügung stellte (Kirchenkampf).

Greiser wurde von den Amerikanern 1945 in den Alpen gefaßt und an Polen ausgeliefert, wo er nach Todesurteil vor seiner ehemaligen Residenz öffentlich erhängt wurde.<<

Hitler schrieb im Oktober 1939 über die NS-Besatzungspolitik im Generalgouvernement (x067/144): >>Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder ei-

nen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren. ...

Die Durchführung (der Verwaltung) bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet. Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten. Es ist Vorsorge zu treffen, daß das Gebiet als vorgeschobenes Glacis (Sicherheitszone) für uns militärische Bedeutung hat und für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann. ...

Die Führung des Gebietes muß es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen. ...<<

Bis November 1939 wurden bereits rund 135.000 Polen mit brutaler Rücksichtslosigkeit und gnadenloser Härte "umgesiedelt" (x020/40).

Ab Dezember 1939 wurde in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wurde in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen am "Bromberger Blutsonntag" gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet.

Generalgouverneur Hans Frank erklärte am 19. Januar 1940 vor SS- und SD-Führern (x073/-183): >>Am 15.09.1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen. ...<<

In Lodz (Westpolen) richteten SS-Einheiten am 30. April 1940 das erste bewachte Ghetto für Juden ein.

Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").

In Polen begann die SS im Mai/Juli 1940 mit der Errichtung des Vernichtungslagers Auschwitz (x051/45).

Am 1. September 1940 stellte der vorbestrafte SS-Oberführer Dr. Oskar Dirlewanger das erste SS-Sonderbataillon - später SS-Sturmbrigade D - auf.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Oskar Dirlewanger (x051/-129): >>Dirlewanger, Oskar, geboren in Würzburg 26.9.1895, gestorben in Altshausen (Oberschwaben) 19.6.1945, SS-Oberführer (1943); Teilnahme am 1. Weltkrieg als Leutnant; 1922 Promotion (Staatswissenschaft), 1923 NSDAP-Eintritt; 1932 Führer des SA-Sturmabteiles Eßlingen; 1934 wegen Verführung einer Abhängigen zu zwei Jahren Haft verurteilt; 1937 zur Legion Condor, 1939 als Obersturmführer zur Waffen-SS.

1940 entwickelte Dirlewanger die Idee, eine Scharfschützeneinheit aus verurteilten Wilddieben aufzustellen, deren "Schießkünste nicht brachliegen" dürften. Am 1.9.40 stand ein erstes SS-Sonderbataillon Dirlewanger. Immer wieder aufgefüllt mit Berufsverbrechern und Desperados, entwickelte sich die spätere SS-Sturmbrigade Dirlewanger zu einer beispiellosen Mordbrennertruppe; Sowjetmarschall Schukow setzte ein Kopfgeld auf Dirlewanger aus. Selbst in der SS regte sich Abscheu insbesondere über die Exzesse der Dirlewanger-Einheiten bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes.

Dirlewangers Leute gerieten am 29.5.45 in sowjetische Gefangenschaft, er selbst hatte sich nach Westen abgesetzt. Dort soll er an Mißhandlungen in französischer Haft gestorben sein. Gerüchten, er lebe noch, machte im November 60 die Exhumierung seiner Leiche ein Ende.<<

Am 2. Oktober 1940 erklärte Hitler während einer Besprechung (x064/148-149): >>... Das Lebensniveau in Polen müsse ... niedrig sein bzw. gehalten werden ... Das Generalgouvernement sei unser Reservoir an Arbeitskräften für niedrige Arbeiten ...

Unbedingt zu beachten sei, daß es keine polnischen Herren geben dürfe; wo polnische Herren vorhanden seien, sollten sie, so hart es klingen möge, umgebracht werden. ... daß es für die Polen nur einen Herrn geben dürfe, und das sei der Deutsche ...

Für die Polen sei es auch daher durchaus richtig, wenn sie den Katholizismus behielten; die polnischen Pfarrer bekämen von uns ihre Nahrung und dafür hätten sie ihre Schäfchen in der gewünschten Weise zu dirigieren ... Die Pfarrer müßten die Polen also ruhig dumm und blöd halten, dies läge durchaus in unserem Interesse; würden die Polen auf eine höhere Intelligenzstufen gehoben, dann seien sie nicht mehr die Arbeitskräfte, die wir benötigen ...<<

In der SS-Denkschrift "Einige Gedanken zur Behandlung der Fremdvölkischen im Osten" vom 28. November 1940 hieß es (x129/63): >>Eine grundsätzliche Frage aller dieser Probleme ist die Schulfrage und damit die Frage der Sichtung und Siebung der Jugend. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. ...

Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen; sie wird selbst dabei mehr zu essen und zu leben haben als unter der polnischen Herrschaft und bei eigener Kulturlosigkeit unter der strengen, konsequenten und gerechten Leitung des deutschen Volkes berufen sein, an dessen ewigen Kulturtaten und Bauwerken mitzuarbeiten und diese, was die Menge der großen Arbeit anlangt, vielleicht erst ermöglichen.<<

Hans Frank forderte die versammelten SS-, SIPO- und SD-Führer am 30. Mai 1941 auf, den polnischen Widerstand im Rahmen einer allgemeinen "Befriedungsaktion" zu liquidieren (x092/903): >>Der Führer hat mir gesagt, was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande ...

Ich gestehe ganz offen, daß es einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht ...

Meine Herren, wir sind keine Mörder.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die NS-Sicherheitspolizei (x051/537-538): >>Sicherheitspolizei (Sipo), im Zuge der Neuordnung der deutschen Polizei neben der Ordnungspolizei (Orpo) zweite Säule der polizeilichen Organisation, umfassend die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die Kriminalpolizei (Kripo) und die Grenzpolizei.

Leiter der Sicherheitspolizei wurde Heydrich, der zugleich Chef des Sicherheitsdienstes der SS (SD) war. Er faßte beide Organisationen mit Bildung des Reichssicherheitshauptamts am 27.9.39 zusammen. Sie waren Träger der Einsatzgruppen, die der Wehrmacht bei den deutschen Feldzügen folgten und neben sicherheitspolizeilichen Maßnahmen v.a. Aufgaben der Judenverfolgung und -liquidierung erfüllten.<<

Die polnische AK-Heimatarmee (AK = Armia Krajowa)

Die polnische AK-Heimatarmee operierte zunächst hauptsächlich im Generalgouvernement. Diese polnische Untergrundarmee verfügte im März 1941 erst über ca. 54.000 Mitglieder, während es 1941/42 rund 150.000 und 1944 bereits mindestens 350.000 Widerstandskämpfer gab. Die polnische Widerstandsbewegung erhielt ihre Einsatzbefehle von der polnischen Exilregierung aus London (x064/155-156). Hauptaufgaben der polnischen Partisanen waren: Spionage, Sabotageakte und Attentate gegen die deutsche Besatzungsmacht.

Nach polnischen Aussagen wurden die Partisanen sehr gründlich ausgebildet (x083/112-113):
>>... Es gab auch Fachschulen im Land, in denen Jungen und Mädchen lernten, Granaten zu bauen, Züge zum Entgleisen zu bringen, Motorfahrzeuge kaputtzumachen, und in denen sie – als eine Art akademischer Nebenzweig – die Organisation der Gestapo studierten, damit sie sie bekämpfen konnten. Ja, es gab Spezialistenkorps, deren einzige Aufgabe darin bestand, Zerstörung zu lehren. Die Schulen waren klein und konnten leicht den Standort wechseln.
...<<

Die polnische AK-Heimarmee informierte die Londoner Exilregierung damals regelmäßig über die durchgeführten Sabotageakte in Polen (x064/156): >>Arbeitsergebnis ... für Oktober und November 1941 ... auf dem Gebiet des Generalgouvernements wurden 2 Bohrtürme stillgelegt, ein Bohrturm ist ausgebrannt, in Fabriken wurden 21 Maschinen beschädigt, 70.000 fehlerhafte GeschöÙhülsen geliefert, 40 Züge zum Entgleisen gebracht, 480 Loks und 2.177 Waggons beschädigt, 35 t Öl verschmutzt, 13 Benzinkesselwagen abgelassen, eine Fabrik für Kriegsmaterial-Verpackung ganz abgebrannt, 4 verschiedene Fabriken, 3 Sägen, 1 Lebensmittelager in Brand gesteckt, 150 Waggons mit Holzwolle verbrannt, 374 Autos beschädigt und außerdem rund 10.000 kleinere Sabotageakte durchgeführt ...<<

"Heim ins Reich": Deutsche Umsiedler und Rückkehrer

Die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ("Hitler-Stalin-Pakt") und des geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 (Aufteilung des Baltikums und Hitlers Verzicht auf Bessarabien und Ostpolen) besiegelte schließlich das Schicksal Polens und der baltischen Länder (x041/98).

Da die Sowjetunion nach dem deutsch-polnischen Krieg Ostpolen und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen) besetzte, mußten die Volksdeutschen notgedrungen diese Gebiete verlassen, wenn sie der zwangsläufigen Bolschewisierung oder drohenden "Verschickung" nach Sibirien entgehen wollten.

Im Rahmen der "Germanisierung" sollten langfristig sämtliche Polen aus den besetzten west-polnischen Gebieten in das Generalgouvernement vertrieben und durch Volksdeutsche ersetzt werden. Am 7. Oktober 1939 beauftragte Hitler den Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Himmler, mit der Umsiedlung der Volksdeutschen ("Erlaß zur Festigung des deutschen Volkstums").

Die volksdeutschen Siedlergruppen in den baltischen Staaten und in Jugoslawien waren besonders gefährdet, deshalb wurden sie zuerst umgesiedelt.

Die Organisation und Durchführung übernahmen die NS-Gruppen VOMI ("Volksdeutsche Mittelstelle") und DAG ("Deutsche Ansiedlungsgesellschaft").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Volksdeutsche Mittelstelle" (x051/610): >>Volksdeutsche Mittelstelle (Vomi), 1936 zur Koordinierung der Betreuung der Volksdeutschen durch Staat und Partei von Heß gegründete Dienststelle der NSDAP unter SS-Gruppenführer W. Lorenz, ab 1938 direkt Hitler unterstellt.

Die Volksdeutsche Mittelstelle warb unter den Volksdeutschen für den Nationalsozialismus und setzte sie für die Ziele der Außenpolitik Hitlers ein, so z.B. in der Sudetenkrise. Ab 1939 organisierte die Volksdeutsche Mittelstelle die Umsiedlung von deutschen Volksgruppen aus dem Ausland ins Reich, prüfte die rassische und politische Eignung der Neusiedler und sortierte Ausländer nach Eignung zur Eindeutschung. Die Volksdeutsche Mittelstelle ging schließlich auf im Reichsamt für den Zusammenschluß des deutschen Volkstums beim Reichsführer SS als dem Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (ab 7.10.39).<<

Die "NS-Umsiedler" VOMI und DAG führten vor den Umsiedlungsaktionen zahlreiche Propagandaveranstaltungen durch.

Die VOMI-Mitarbeiter versprachen den volksdeutschen Bauern nicht selten große Bauernhöfe. Kein Umsiedler sollte Nachteile oder materielle Schäden erleiden, sondern großzügig entschädigt werden. Nicht wenige naive Volksdeutsche glaubten der NS-Propaganda.

Viele Volksdeutsche wollten außerdem sowieso "heim ins Reich", denn sie konnten die jahrelangen Feindseligkeiten und Unterdrückungen der slawischen Regierungen sowie die Gehässigkeiten und Schikanen der einheimischen Bevölkerung einfach nicht mehr länger ertragen. Sie wollten endlich wieder gleichberechtigte Staatsbürger sein und letztlich in Ruhe leben und arbeiten. Obwohl die volksdeutschen Siedler an ihrem Besitz hingen, verließen sie schließlich doch die altvertrauten Höfe und Häuser ihrer Vorfahren, um vor allem den Kindern vielfältige Demütigungen zu ersparen.

Die Volksdeutschen (Personen mit deutscher Abstammung und Muttersprache, die im Ausland lebten und deshalb nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen) wurden z.T. von "ärztlichen Kommissionen" in verschiedene Gruppen eingeteilt. Die "O-Fälle" ("rassisch wertvolle" Umsiedler) sollten in den "neuen" deutschen Ostprovinzen siedeln, während man "A-Fälle" (übrige Volksdeutsche) im Altreich und "S-Fälle" (fremdsprachige bzw. unerwünschte "Sonderfälle") im Generalgouvernement ansiedeln wollte. Da grundsätzlich jeder umsiedeln durfte, verließen teilweise auch "Volksdeutsche" ihre bisherige Heimat, die häufig fast kein deutsch sprechen oder verstehen konnten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Volksdeutschen (x051/610): >>Volksdeutsche, nationalsozialistische Bezeichnung für außerhalb der Reichsgrenzen lebende Personen deutscher Abstammung, die im Unterschied zu den Auslandsdeutschen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hatten.

Sie mußten "deutschen oder artverwandten Blutes" sein, "die deutsche Sprache sprechen und sich willensmäßig zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft bekennen".

Unter Volksdeutsche wurden unterschiedlichste Gruppen, zusammengefaßt von den z.T. schon seit dem Mittelalter in Südost- und Osteuropa ansässigen Deutschen über die im 19. Jahrhundert nach Übersee ausgewanderten bis zu den nach den Gebietsabtretungen im Versailler Vertrag zwangsweise fremder Staatsangehörigkeit zugeteilten ehemaligen Reichsbürgern, die in den Gastländern z.T. Minderheiten mit erheblichem politischen Gewicht bildeten. Die Verbindung zwischen dem Reich und den Volksdeutschen hielten Vereine wie der Volksbund für das Deutschtum im Ausland und ab 1936 v.a. die Volksdeutsche Mittelstelle (Vomi).

Die oft schwierige Lage der sogenannten Volksdeutschen wurde etwa in der Sudetenkrise oder im Polenfeldzug von der nationalsozialistischen Propaganda gern zur Begründung für die aggressive Politik des Dritten Reiches genutzt, spielte hingegen keine Rolle, wenn die Probleme wie z.B. in Südtirol oder in den Baltischen Staaten nach dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag nicht in die politische Landschaft paßten.

Die Baltendeutschen wurden als erste Volksdeutschengruppe umgesiedelt, wie später ca. 900.000 weitere "Volksdeutsche". Dabei wurde die "Heim-ins-Reich-Parole" ausgegeben, die de facto aber meist Ansiedlung in den deutsch besetzten Gebieten (z.B. Warthegau) und bei Kriegsende Vertreibung bedeutete. Sie traf auch die meisten nicht umgesiedelten Deutschen, insgesamt etwa sieben Millionen, von denen eine Million dabei ums Leben kamen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Eindeutschung" (x051/141): >>Eindeutschung (Rückdeutschung), nationalsozialistische Pläne und Maßnahmen zur "Vermehrung rassisch erwünschten Bevölkerungszuwachses" aus den im 2. Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten.

Die Eindeutschung unterstand dem am 7.10.39 ernannten Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (Himmler) und betraf Personen - durch Abstammungsnachweis zu belegen - deutscher Herkunft, insbesondere Volksdeutsche.

Sie wurden nach den Vorschriften der am 4.3.41 herausgegebenen Deutschen Volksliste (DVL) in vier Gruppen eingeteilt: NSDAP-geeignete (Gruppe 1) und andere Personen, die "nachweislich ihr Deutschtum bewahrt" hatten (2) und automatisch deutsche Staatsangehörige wurden; deutsch gesinnte Personen mit "fremdvölkischen" Bindungen, die nach rassegesundheitlicher Überprüfung die deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf erhalten konnten (3); überfremdete Deutschstämmige, die eine Eindeutschung nur durch Leistung für Deutschland nach Umerziehung erreichen konnten (4).

Erbbiologisch und rassistisch bedenkliche Personen waren von der Eindeutschung ausgeschlossen, die hingegen auf "rassistisch wertvolle" Kinder fremder Volkszugehörigkeit ausgedehnt werden konnte: Germanisierung.

Für eine Eindeutschung waren 1944 in der Deutschen Volksliste ca. 2,75 Millionen Menschen erfaßt.<<

Die Ansiedlung der Volksdeutschen erfolgte überwiegend im Reichsgau Wartheland, Danzig-Westpreußen sowie in den oberschlesischen und ostpreußischen Gebieten, die man nach dem deutsch-polnischen Krieg im Jahre 1939 sofort in das Deutsche Reich eingliederte.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Umsiedlung der Rumänien-Deutschen (x007/41E-51E): >>... a. Die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha.

Adolf Hitler bezeichnete in seiner programmatischen Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 als "wichtigste Aufgabe" nach Abschluß des Polen-Feldzuges "eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist."

"In diesem Sinne aber handelt es sich nicht nur um ein Problem, das auf diesen Raum (Polen) beschränkt ist, sondern um eine Aufgabe, die viel weiter hinausgreift. Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splintern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen.

Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch, zu glauben, daß man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktsstoffe zu beseitigen."

Am 9. Oktober wurde der Reichsführer-SS Heinrich Himmler als "Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" mit der Durchführung der in Frage kommenden Umsiedlungen sowie der Neuansiedlung der Volksdeutschen betraut, die vor allem in den eingegliederten polnischen Ostgebieten erfolgen sollte.

Den Anstoß zu diesem Umsiedlungsprogramm der nationalsozialistischen Führung gab die Abgrenzung der Interessenbereiche in Osteuropa im Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939. Mit dem Bestreben, die deutschen Volksgruppen Ostpolens und des Baltikums der sowjetischen Herrschaft zu entziehen, verband sich vor allem der Gedanke, das deutsche Element in den überwiegend polnisch bevölkerten Ostgebieten durch die Neuansiedlung von zurückgeholten Volksdeutschen zu stärken.

Im Oktober und November 1939 wurden Verträge abgeschlossen, die die Rückführung der Volksdeutschen aus Lettland, Estland, Galizien und Wolhynien ermöglichten. Als sich Rumänien am 27. Juni 1940 - auf Anraten der deutschen Reichsregierung - der ultimativen sowjetischen Forderung nach Abtretung Bessarabiens und der nördlichen Bukowina einschließlich des Herța-Distrikts fügte, wurde das Problem einer Umsiedlung der Volksdeutschen auch für diese Gebiete akut. Vorbereitungen waren, da mit dem sowjetischen Schritt zu rechnen war, schon länger im Gange.

Dem Eintreffen einer deutschen Verhandlungsdelegation unter Generalkonsul Nöldeke in Moskau am 22. Juli 1940 folgten langwierige Verhandlungen, die am 5. September zur Unterzeichnung einer deutsch-sowjetischen "Vereinbarung über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina in das Deutsche Reich" führten.

Der Umsiedlungsvertrag und das beigefügte Zusatzprotokoll regelten - exakter noch als der im November des Vorjahres abgeschlossene Vertrag über Galizien und Wolhynien - alle Modalitäten der Umsiedlung, die Abgrenzung des betroffenen Personenkreises, das mitzuführende Gepäck, Abschätzung und Verrechnung des zurückbleibenden deutschen Eigentums, Stärke, Aufbau und Standorte der deutschen Umsiedlungskommandos, das Registrierungsverfahren, Transportwege, Grenzübergänge und Verschiffungshäfen.

Die verschiedenen Teile der von der Volksdeutschen Mittelstelle zusammengestellten Umsiedlungskommandos - insgesamt rund 600 Personen - trafen am 5. bzw. 9. September in Galatz und Czernowitz ein. Deutscher Hauptbevollmächtigter war SS-Standartenführer Horst Hoffmeyer. Am 15. September konnten die deutsch-sowjetische Kommission, die Gebiets- und Ortsstäbe ihre Arbeit aufnehmen.

Die Volksdeutschen in den während der letzten Junitage von den Sowjets besetzten Gebieten hatten auf die Umsiedlung gewartet, auf die sie zum Teil bereits vom sowjetischen Rundfunk und von den örtlichen Behörden vorbereitet worden waren.

Die Aufgabe der Heimat, des eigenen Grund und Bodens, fiel insbesondere den großenteils wohlhabenderen, zudem religiös gebundenen Bauern Bessarabiens nicht leicht; in der Bukowina lagen die Voraussetzungen anders, da hier die wirtschaftlichen Verhältnisse der Deutschen zum Teil ungünstiger waren.

Die sofort nach dem Einrücken der Sowjets in Angriff genommenen Bolschewisierungsmaßnahmen, Enteignungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen, sowie die schlagartige Verschlechterung der Lebensbedingungen ließen die Umsiedlung jedoch als einzig möglichen Ausweg erscheinen, so daß die Furcht vor der unsicheren Zukunft zurücktrat.

Im Hinblick auf die bevorstehende Umsiedlung genossen die Volksdeutschen freilich zunächst eine gewisse Schonung. Die Ankunft der deutschen Kommandos wurde dennoch mit Erleichterung begrüßt.

Nachdem die Volksdeutschen in zweisprachigen Bekanntmachungen zur Meldung aufgefordert worden waren, vollzog sich die Registrierung, in der die deutschen Bevollmächtigten von den Vertretern der volksdeutschen Organisationen unterstützt wurden, rasch und reibungslos. Schwierigkeiten bereitete lediglich das Bemühen zahlreicher nicht oder nur teilweise Deutschstämmiger, in die Umsiedlerlisten aufgenommen zu werden.

Mißhelligkeiten mit den sowjetischen Vertretern, vor allem in Fragen der Vermögensbewertung, konnten im großen und ganzen gütlich beigelegt werden. Die weitere Abwicklung der Vermögensfragen übernahm hier wie in allen anderen Umsiedlungsgebieten die "Deutsche Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft".

Der Abtransport der Bessarabien-Deutschen erfolgte zum Teil auf Lastkraftwagen des Umsiedlungskommandos, zum Teil mit der Eisenbahn, zum Teil auch in bespannten Trecks. In den Donauhäfen Kilia, Reni und Galatz wurden die Umsiedler auf Dampfer der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft verladen, die sie bis Prahovo und Semlin brachten, wo mit jugoslawischer Unterstützung Auffanglager errichtet worden waren.

Die Weiterführung in die in Deutschland vorbereiteten Umsiedlerlager erfolgte auf dem Bahnwege. Die Deutschen der nördlichen Bukowina wurden von ihrem Sammelpunkt Czernowitz mit Eisenbahn-Sonderzügen über Krakau nach Schlesien gebracht. Am 24. September hatte die erste Lastwagenkolonne Galatz erreicht, am 22. Oktober überquerte der letzte bessarabien-deutsche Treck die Pruthbrücke; termingerecht am 17. November traf auch der letzte

Zug aus Czernowitz in Krakau ein.

Noch vor Abschluß dieser Aktion war am 22. Oktober 1940 nach vierzehntägigen Verhandlungen eine "Vereinbarung" mit der königlich rumänischen Regierung getroffen worden, die auch die Volksdeutschen des südlichen Buchenlandes und der Dobrudscha in die Umsiedlung einbezog. Für diese Gebiete fehlte der unmittelbare Druck der sowjetischen Besetzung. Für die Deutschen im Südteil der Bukowina würde lediglich geltend gemacht werden können, daß sie mit Czernowitz ihren wirtschaftlichen und kulturell-politischen Mittelpunkt verloren hatten.

Die Volksdeutschen in der Dobrudscha, ein zahlenmäßig schwacher Ableger des bessarabischen Deutschtums, mögen als "nicht haltbarer Splitter" im Sinne der Rede Hitlers gegolten haben. Zweifellos wirkte hier auch die Schwerkraft der einmal begonnenen Aktion: die maßgeblichen deutschen Stellen wollten die schon in dieser Region stehenden Umsiedlungskommandos weiterarbeiten lassen.

Das Vertragswerk lehnte sich in Form und Inhalt an die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen an, war jedoch im einzelnen sehr viel großzügiger gefaßt, was angesichts der damaligen Stellung Rumäniens zum Reich kaum zu verwundern war.

Der zum Leiter des Umsiedlungskommandos Südbuchenland-Dobrudscha ernannte SS-Oberführer Siekmeier traf am 3. November in Gurahumora ein; schon einige Tage zuvor war der Gebietsstab Konstanza in der Dobrudscha angekommen. Die Führung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien hatte einen Umsiedlungsbeauftragten ernannt, der die Bekanntmachung des Umsiedlungskommandos in einem Presseaufruf unterstützte. Dennoch fehlte in den betroffenen Gebieten die spontane Aufbruchsstimmung, die der sowjetische Druck unter den Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutschen erzeugt hatte.

Insbesondere die wohlhabenderen Bauern der Dobrudscha, für die eine zwingende Notwendigkeit zum Verlassen der Heimat nicht bestand, reagierten auf die Aufforderung zur Umsiedlung vielfach skeptisch und abwartend. Zureden und moralischer Druck führten jedoch, nachdem sich die ersten, zum Teil wirtschaftlich schwächeren Familien zur Umsiedlung entschlossen hatten, bald zum allgemeinen Aufbruch, so daß auch in den neuen Umsiedlungsgebieten nur ein geringer Prozentsatz der Volksdeutschen zurückblieb.

Die Dobrudscha-Deutschen wurden über Cernavoda auf dem Wasserwege nach Semlin, die Deutschen der Süd-Bukowina mit 111 Eisenbahntransporten über Galatz, Klausenburg, Budapest nach Graz oder Wien gebracht, um von dort zunächst ebenfalls in Lager eingewiesen zu werden. Mitte Dezember 1940 waren auch diese Transporte abgeschlossen.

Die auf Grund eines Zusatzprotokolls zum deutsch-rumänischen Umsiedlungsvertrag durchgeführte sogenannte "Verwandten-Nachumsiedlung", die auch Angehörigen der umgesiedelten Volksgruppen und Verwandten von Umsiedlern in den Provinzen des rumänischen Altreichs, sowie im Banat und in Siebenbürgen Gelegenheit bot, sich der Umsiedlung anzuschließen, lief im Dezember 1940 an, konnte jedoch erst im Sommer 1943 beendet werden. Insgesamt wurden - einschließlich aller Nachzügler - aus Rumänien 214.630 Personen umgesiedelt; die Zahlen liegen zum Teil erheblich über den Ergebnissen der amtlichen Zählungen und Berechnungen für die deutsche Bevölkerung der Umsiedlungsgebiete, da sich, insbesondere in der Bukowina, zahlreiche Halb- und Vierteldeutsche der Umsiedlung angeschlossen hatten.

Die wenigen Deutschen in den im Vertrag vom 7. September 1940 an Bulgarien abgetretenen südlichen Bezirken der Dobrudscha fallen kaum ins Gewicht. Sie teilten das Los der übrigen, zerstreut lebenden Bulgarien-Deutschen, die zum Teil schon 1941/42, zum Teil auf Grund eines deutschbulgarischen Notenwechsels vom 22. Januar 1943, nach Deutschland umgesiedelt wurden. Die Gesamtzahl der Umsiedler aus Bulgarien betrug 1.945, von denen etwa 500 auf die Süd-Dobrudscha entfallen.

Nach ihrer Ankunft auf dem Boden des damaligen Deutschen Reiches wurden sämtliche Umsiedler zunächst in die Lager der Volksdeutschen Mittelstelle eingewiesen, die sich - insgesamt über 1.000 an der Zahl - auf Österreich, Schlesien und andere Gebiete des Reiches verteilten. Der unerwartete Lageraufenthalt, der im günstigsten Fall einige Monate, oft jedoch mehrere Jahre und gelegentlich bis zum Ende des Krieges dauerte, führte naturgemäß zu Mißhelligkeiten, die durch mangelndes Verständnis seitens der nationalsozialistischen Lagerleiter und Ungenauigkeiten in der Verwaltung vermehrt wurden.

Vor ihrer Einbürgerung und der erst darauf folgenden Ansiedlung mußten die Umsiedler überdies - auf Befehl Himmlers - durch ein Aufnahmeverfahren der Einwandererzentralstelle des SD "geschleust" werden, dessen wichtigsten Teil eine Untersuchung und Einstufung nach rassischgesundheitlichen Gesichtspunkten bildete.

Nur die "von den ärztlichen Kommissionen als gesund" - und "rassisch wertvoll" - "befundenen Umsiedler" sollten in den "angegliederten Ostgebieten" zum Einsatz kommen ("O-Fälle"); die übrigen deutschen Umsiedler sollten im Altreich angesetzt werden ("A-Fälle"), während die als "fremdstämmig" oder sonst unerwünscht eingestuft Sonderfälle ("S-Fälle") nach Möglichkeit ins Generalgouvernement abzuschieben waren.

Ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit einer solchen "Auslese-Prozedur", waren ihre Auswirkungen für die Betroffenen in vieler Hinsicht unerfreulich. Wenn auch die Bessarabien- und Dobrudscha-Deutschen überwiegend als O-Fälle eingestuft wurden, so wurden doch insbesondere bei den Volksdeutschen aus der Bukowina zahlreiche Gemeinde- und Familienverbände auseinandergerissen.

Die zum Verbleib im Altreich vorgesehenen Umsiedler (A-Fälle) sollten nach einer bereits Anfang November 1940 ergangenen Anordnung möglichst umgehend zur Arbeit vermittelt werden; auch für die zur Ansiedlung im Osten bestimmten war ein "vorübergehender Arbeitseinsatz" im Reich vorgesehen.

Der mit dem Beginn des Ostfeldzuges fühlbar werdende Mangel an Arbeitskräften in der Kriegswirtschaft des Reiches führte bald zu Zwangsmaßnahmen gegen Umsiedler, die sich dem Einsatz in untergeordneten oder auch ungewohnten Arbeitsbereichen widersetzen. Selbst Einweisungen in Konzentrationslager wurden angeordnet. Die wehrfähigen Umsiedler wurden in immer stärkerem Maße zum Dienst in Wehrmacht und Waffen-SS herangezogen.

Als die Ansiedlung der Rumänien-Deutschen in den Ostgebieten im Frühjahr 1941 in größerem Umfang in Gang kam, erregte es neues Mißbehagen, daß man dort nicht die erhofften weiten Strecken freien Landes, sondern in Eile geräumte polnische Bauernhöfe vorfand. Trotz gelegentlichen Zögerns überwog jedoch bei den meisten Umsiedlern der Wunsch, dem Lagerleben zu entkommen. Himmler hatte in seiner Anordnung über die Organisation der Bessarabien- und Nordbukowina-Umsiedlung lakonisch verfügt:

"Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD führt die zur Ansetzung der Umsiedler notwendigen Evakuierungen durch". Im Zuge der bald nach Beendigung des Polenfeldzuges in Angriff genommenen Evakuierungen wurden aus den "Reichsgauen" Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie den Ostpreußen und Oberschlesien angeschlossenen Gebieten bis zum 15. November 1940 in 303 Sonderzügen insgesamt 294.336 Polen abtransportiert. Die Zahl der vom Zentralbodenamt beschlagnahmten Betriebe belief sich am 1. Oktober 1942 auf 669.048 mit einer Gesamtfläche von 5.995.232 ha, rund 65 % der Gesamtbodenfläche der betroffenen Gebiete.

Die Ansiedlung der für den Osten vorgesehenen Volksdeutschen sollte sich nach genauen Plänen vollziehen, die den Zusammenhalt der alten Gemeinden und Siedlungsbereiche zu wahren suchten. Gleichzeitig sollten freilich Mischsiedlungen zu einer Verschmelzung der Volksdeutschen aus den verschiedenen osteuropäischen Umsiedlungsgebieten führen. Für die Bessarabien-Deutschen waren Danzig-Westpreußen und Wartheland, für die Buchenland-

Deutschen das Wartheland und die Oberschlesien angegliederten polnischen Kreise als Aufnahmegebiet vorgesehen.

Hier konnte die Ansiedlung, auch der zu einem nicht geringen Teil städtischen Lebensbereichen entstammenden Volksdeutschen der Bukowina, bis zum 1. Juli 1942 als abgeschlossen gelten. Kleine Gruppen von Bukowina- und auch Bessarabien-Deutschen wurden später im Protektorat Böhmen und Mähren, im Sudetenland und in Lothringen-Luxemburg angesiedelt. Länger noch dauerte die Unterbringung der Dobrudscha-Deutschen, die zu einem Teil ebenfalls im Wartheland, in der Mehrheit aber im Protektorat (Mähren), sowie in der Südsteiermark und schließlich im Generalgouvernement (Lublin) Unterkunft fanden. Auch Verwandten-Umsiedler und Bulgarien-Deutsche wurden, soweit sie überhaupt zur Ansiedlung kamen, im Lubliner Gebiet angesetzt.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz - die arbeitsfähigen Männer waren in den meisten Fällen eingezogen - verstanden es die volksdeutschen Bauernfamilien, sich in den wenigen Jahren, die ihnen vergönnt waren, in der neuen Umgebung einzuarbeiten und die vielfach verwahrlosten Höfe auszubauen. Doch sollten diese Bemühungen mit dem Heranrücken der sowjetischen Armeen nur zu bald wieder zunichte gemacht werden.

Bei der letzten statistischen Aufnahme vor Ende des Krieges waren von den aus Rumänien umgesiedelten Volksdeutschen 166.222 in den "eingegliederten Gebieten" - wohl einschließlich Lothringens - angesiedelt; rund 23.900 waren "im Altreich in Arbeit vermittelt" worden, während noch 16.200 in Lagern auf ihre Ansiedlung warteten.

Das Deutschtum in Rumänien war, da mit der Abtrennung Nord-Siebenbürgens und des Sathmar-Gebiets durch den Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 auch die Volksdeutschen dieser Gebiete der Volksgruppe verloren gingen, als Ergebnis der Umsiedlungen schon vor dem Eintritt Rumäniens in den Krieg auf knapp zwei Drittel seines früheren Bestandes zusammengeschmolzen. Die Umsiedlungsaktionen aus den der Sowjetunion zufallenden Ostgebieten retteten zweifellos deutsche Menschen vor dem Zugriff des Bolschewismus; die "Heimführung" deutscher Volksgruppen und Volkssplitter aus anderen Ländern war aber sehr viel schwerer, wenn überhaupt zu rechtfertigen.

In jedem Fall führten die Umsiedlungen zur Entwurzelung der betroffenen Menschen, die das Schicksal der Heimatlosigkeit schon Jahre vor den späteren Vertreibungen bis zur Neige auskosten mußten. Die Rückkehr in die Heimat blieb ihnen im allgemeinen verwehrt. Noch schwerwiegender waren die Gewaltmaßnahmen in den eingegliederten Gebieten, die Raum für die Umsiedler schaffen sollten.

Zog die Einweisung in den Besitz verdrängter Polen und Juden für die vom Zusammenbruch überraschten Volksdeutschen besonders harte Vergeltungsmaßnahmen nach sich, so haben die von Hitler eingeleiteten Aktionen darüber hinaus grundsätzlich in unheilvoller Weise Schule gemacht für die gewaltsame Verpflanzung und Vertreibung deutscher Volksteile aus den Ländern Ostmitteleuropas in den Jahren nach dem Kriege. Sie sind es gewesen, auf die man sich immer wieder berief. ...<<

In der "neuen Heimat" erlebten die erwartungsvollen Umsiedler oftmals böse Überraschungen und bittere Enttäuschungen. Viele Volksdeutsche trafen zu früh in den Umsiedlungsgebieten ein, so daß sie die gewaltsame Vertreibung der verzweifelten Polen miterlebten. Andere deutsche Umsiedler mußten monatelang in überfüllten Übergangslagern warten.

Diese Lager waren häufig verwandt und die Verpflegung war oft miserabel. Falls die Volksdeutschen Verwandte im Deutschen Reich hatten, konnten sie diese Übergangslager nur verlassen, wenn eine Zuzugsgenehmigung erteilt wurde. Die reichsdeutschen Verwandten mußten sich vorher jedoch verpflichten, den gesamten Lebensunterhalt der Umsiedler zu übernehmen.

Die deutschen Umsiedler erhielten nur äußerst selten gleichwertige Grundstücke. In den mei-

sten Fällen gab es nicht die zugesagten großen Bauernhöfe oder gepflegte Ackerflächen, denn man bot den Volksdeutschen größtenteils nur ärmliche Bauernhöfe und Wohnungen an. Nach der großen Aufbruchsstimmung und der allgemeinen Begeisterung war die Enttäuschung verständlicherweise riesengroß. Nicht wenige Umsiedler weinten bitterlich oder tobten vor Wut und Zorn. Die SD- und SS-Einheiten führten manchmal sogar gewaltsame "Einweisungen" durch, weil sich die deutschen Umsiedler zu lange sträubten.

Während der Umsiedlungen wurden viele Dorfgemeinschaften rücksichtslos und willkürlich getrennt. Viele volksdeutsche Familien lebten danach mit den unterschiedlichsten Umsiedlern in einer völlig fremden Umgebung. Ab 1942/43 wurden die umgesiedelten Volksdeutschen vielfach sofort zum Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS eingezogen oder sie mußten in kriegswichtigen Rüstungsbetrieben arbeiten.

Deutsche Rückkehrer und Umsiedler in Zahlen (x001/5E-8E, x018/675, x070/138):

>>... Ca. 475.000 Reichsdeutsche kehren freiwillig in die ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen zurück, die das Deutsche Reich 1919/20 zwangsweise an Polen abtreten mußte.

Ca. 535.000 Volksdeutsche werden aus den baltischen Staaten, Wolhynien, Ostgalizien, Bessarabien, der Schwarzmeerregion, der Bukowina, der Dobrudscha und der Gottschee umgesiedelt (davon lassen sich 353.000 im Reichsgau Danzig-Westpreußen und Warthegau sowie 182.000 im westlichen Altreich nieder).

Ca. 325.000 Volksdeutsche aus Jugoslawien, Rumänien und anderen südosteuropäischen Gebieten bringt man vorübergehend in Österreich unter.

Ca. 100.000 Volksdeutsche müssen ihre Heimat Tirol verlassen (deutsch-italienischer Freundschaftsbund). Die Tiroler halten sich danach ebenfalls hauptsächlich in österreichischen Umsiedlungslagern auf. ...<<

Trotz aller Probleme bewältigten die fleißigen volksdeutschen Bauernfamilien und Handwerker erwartungsgemäß die z.T. äußerst schwierigen Aufbauarbeiten. In den wenigen Jahren, die ihnen vergönnt waren, schafften es die meisten volksdeutschen Umsiedler, die Ertragslage der abgewirtschafteten Höfe zu verbessern. Im Verlauf der "sowjetischen Befreiung 1944/45" wurden jedoch alle Anstrengungen und Mühen der volksdeutschen Umsiedler und reichsdeutschen Rückkehrer schlagartig zunichte gemacht.

Tausende von Volksdeutschen, die nicht mehr rechtzeitig umgesiedelt werden konnten oder ursprünglich die Umsiedlung abgelehnt hatten, flüchteten später noch überstürzt mit den deutschen Truppen aus Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, der Slowakei, der Sowjetunion und aus Litauen nach Westen.

Für alle deutschen Umsiedler und Rückkehrer, die in den ehemaligen preußischen Provinzen Posen, Westpreußen und in Oberschlesien siedelten, waren die Folgen des späteren Zusammenbruchs besonders tragisch. Die volksdeutschen Umsiedler konnten nach dem Kriegsende zwangsläufig nicht mehr in die jahrhundertealte Heimat ihrer Vorfahren zurück und die reichsdeutschen Rückkehrer, die ihre bisherige Heimat im Deutschen Reich aufgegeben hatten, verloren ihre alte Heimat zum zweiten Mal.

Nicht selten ließen die vertriebenen Polen, die sofort im Gefolge der sowjetischen Truppen oder polnischen Milizen in ihre Heimatorte zurückkehrten, ihre Wut und Verbitterung an den unschuldigen volksdeutschen Umsiedlern und reichsdeutschen Rückkehrern aus.

Die 1943-44 im Warthegau angesiedelten volksdeutschen "Vertragsumsiedler" und die Rußland-Deutschen erwartete ein besonders hartes Schicksal. Etwa 300.000 Volksdeutsche wurden später nach Sibirien und in andere asiatische Gebiete der UdSSR verschleppt (x010/34). Mindestens 37 % dieser "Zwangsrepatriierten" kamen in den sowjetischen Zwangsarbeits- und Straflagern um.

Im Westen des Deutschen Reiches waren die Rußland-Deutschen ebenfalls nicht in Sicherheit

oder gerettet, denn die sowjetischen "Fangkommandos" spürten die geflüchteten oder umgesiedelten Rußland-Deutschen sogar in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten auf. Nach dem Kriegsende verschleppten sowjetische Fangkommandos zahlreiche Rußland-Deutsche nach Sibirien.

Bis Ende 1945 wurden z.B. fast alle Schwarzmeer-Deutschen, die aus dem Kreis Wollstein (Posen) in den Kreis Uelzen (Niedersachsen) fliehen konnten, von den Briten an die Sowjets ausgeliefert, gewaltsam nach Sibirien verschleppt und in sowjetischen Zwangsarbeitslagern inhaftiert (x001/384). Diese z.T. äußerst brutalen Zwangsdeportationen in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten erfolgten damals mit ausdrücklicher Zustimmung der Nordamerikaner und Briten.

Die Mehrheit der über 400.000 Volksdeutschen, die man während des Krieges in den Umsiedlungslagern des Altreiches und in Österreich einquartierte, hatte dagegen meistens Glück im Unglück. Diese Volksdeutschen verloren zwar ebenfalls ihre Heimat, die viele Generationen in Jahrhunderten aufgebaut hatten, aber ihnen blieb wenigstens das unsägliche Leid der zurückgebliebenen Volksdeutschen und der unglücklichen deutschen Rückkehrer erspart, die den rachsüchtigen Feinden in die Hände fielen.

Viele Volksdeutsche, die noch rechtzeitig in den Westen des Deutschen Reiches flüchten konnten, verließen später "freiwillig" die deutschen Besatzungszonen, denn sie fanden dort trotz aller Bemühungen keine Arbeit und keine neue Heimat. Nach zweimaliger "Entwurzelung" und der nicht selten schäbigen Behandlung durch die egoistischen deutschen Einheimischen, die sie wegen ihrer eigentümlichen Mundart vielerorts als Russen- oder Polengesindel beschimpften, wanderten später mehr als 50 % aller Baltendeutschen verbittert nach Kanada oder in die USA aus.

Die NS-Umsiedlungsaktionen wirkten sich für die Deutschen Ost-Mitteleuropas letzten Endes außerordentlich verhängnisvoll aus, denn Hitlers "Nationalitätenprinzip" leitete schließlich indirekt die gewaltsame Vertreibung aller Ost- und Volksdeutschen ein. Das unsägliche "Nationalitätenprinzip" des NS-Regimes wurde von den slawischen Staaten "dankbar" übernommen und in den Nachkriegsjahren konsequent umgesetzt und radikal realisiert.

Sowjetische Gewalttaten in Ostpolen (1939-1941)

Den sowjetischen "Säuberungsaktionen" in den Jahren 1939 bis 1941 fielen hauptsächlich die polnische Intelligenz - Akademiker und Ingenieure, aber auch wohlhabende Bürger und Bauern sowie Priester der Ostkirche zum Opfer. Die Sowjets führten in den ostpolnischen Gebieten systematische Enteignungen und Massenverhaftungen durch. Der sowjetische NKWD-Geheimdienst begann spätestens am 10. Februar 1940 mit der planmäßigen "Säuberung der besetzten ostpolnischen Gebiete". Ab 1944 wurden vor allem politische Gegner verfolgt.

Nach polnischen Angaben kamen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten wurden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).

Im Frühjahr 1940 wurden mindestens 4.143 polnische Offiziere von sowjetischen NKWD-Einheiten liquidiert und in Massengräbern verscharrt (x029/355).

Deutsche Wehrmachtsverbände fanden am 13. April 1943 im Wald von Katyn (in der Nähe von Smolensk) Massengräber mit den Leichen von über 4.100 polnischen Offizieren, die bereits im Frühjahr 1940 von sowjetischen NKWD-Einheiten ermordet wurden (x040/167).

Die Sowjets stritten damals jede Beteiligung energisch ab und machten die deutschen Wehrmachtseinheiten für dieses Massaker verantwortlich.

Als die polnische Exilregierung (General Sikorski) eine internationale Untersuchung des Massenmordes von Katyn verlangte, ließ Stalin am 26. April 1943 sämtliche diplomatischen Be-

ziehungen abbrechen (x041/124).

General Sikorski war damals immer noch davon überzeugt, daß viele vermißte polnische Offiziere noch leben würden (x080/327): >>... Wir werden sie finden ...

Meine Herren, Sie glauben doch nicht im Ernst, daß die sowjetische Regierung sie einfach umgebracht hat? Das ist absoluter Unsinn!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Katyn" (x051/304-305):

>>Katyn, Dorf und Wald 20 km westlich von Smolensk (UdSSR).

Bei Katyn entdeckten im Frühjahr 43 deutsche Soldaten Massengräber, die laut deutscher Rundfunkmeldung vom 13.4.43 die Leichen polnischer Offiziere enthielten.

Eine von der Reichsregierung bestellte Kommission von Ärzten aus der Schweiz und besetzten Ländern identifizierte von 4.363 exhumierten Leichen 2.730 als polnische Offiziere, die 1939 im Zuge des Polenfeldzuges in sowjetische Gefangenschaft geraten und im Lager Kozelsk festgehalten worden waren. Autopsien ergaben, daß die Polen schon vor dem deutschen Einmarsch in Rußland, also von den Sowjets, durch Genickschuß getötet worden waren.

Da sich die polnische Exilregierung in London, die vergeblich nach dem Verbleib von 10.000 Offizieren in der Sowjetunion geforscht hatte, dieser Darstellung anschloß, nutzte Stalin die Gelegenheit, mit den bürgerlichen Exilpolitikern zu brechen.

Die Westalliierten vertraten, besorgt um die Kriegskoalition mit Moskau, die These von der deutschen Schuld am Massaker von Katyn.

Die ließ sich 1946 im Nürnberger Prozeß nicht erhärten und führte zur Absetzung des von der UdSSR geforderten Anklagepunktes Katyn.

1952 bestätigten Untersuchungen von US-Hauptankläger Jackson die sowjetische Verantwortung für dieses Kriegesverbrechen.<<

Das Katyn-Massaker wurde erst im Jahre 1990 von der letzten sowjetischen Regierung offiziell zugegeben. Die übrigen vermißten Polen (rd. 10.800 polnische Offiziere, Angehörige der Polizei- und Grenzschutzeinheiten) blieben weiterhin verschollen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 15. Oktober 1992): >>**Jelzin übergibt Katyn-Akte**

... Der russische Präsident Boris Jelzin hat Polen bisher geheimgehaltene Dokumente der sowjetischen Parteiführung zur Ermordung von 14.700 polnischen Offizieren und etwa 11.000 polnischen Zivilisten 1940 in den Wäldern von Katyn und anderen westlichen Gebieten der damaligen UdSSR übergeben. ...

Walesa nahm am Mittwoch die Papiere mit den Worten entgegen: "Wir sind Zeugen der Übergabe der wichtigsten Dokumente, die das grausamste Verbrechen gegen die polnische Nation betreffen. Meine Knie zittern."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 3. September 1993) über die "Katyn-Morde": >>**Polen will Katyn-Morde vor Gericht bringen**

Gut 50 Jahre nach dem vom einstigen sowjetischen Geheimdienst NKWD verübten Massenermord an polnischen Offizieren hat die polnische Justiz eigene Ermittlungen begonnen und will 3 ehemalige NKWD-Offiziere in Polen vor Gericht stellen. ... Rund 15.000 polnische Offiziere waren nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 der nach Ostpolen einrückenden Roten Armee in die Hände gefallen, in Lager verschleppt und vom NKWD erschossen worden.<<

In den Jahren 1939-41 verschleppten die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger - Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen - aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142). Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsoffer überlebten die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).

Der ungarisch-schweizerische Historiker Peter Gosztony schrieb später über die sowjetischen Gewalttaten in Ostpolen (x264/20): >>... Während man die ehemalige ländliche Oberschicht – die Gutsbesitzer und die Großbauern - liquidierte, wurden auch zahlreiche andere Polen vom 10. Februar 1940 an per Bahn ins Innere der UdSSR deportiert, offiziell "Umsiedlung" genannt. In fünf großen Wellen fuhren in der Folge Deportationszüge nach Nord-Rußland, nach Sibirien und nach Mittelasien. "Umgesiedelt" wurden mehr als 1,2 Millionen Menschen, die in der Regel als Gepäck nur ein Bündel mitnehmen durften. ...

Nach heute noch gültigen Angaben von vertrauenswürdigen exilpolnischen Kreisen haben rund 760.000 Menschen die sowjetische "Umsiedlung" von 1939/41 mit ihrem Leben bezahlt. Ihr einziges Vergehen bestand darin, daß sie polnischer Nationalität waren. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "Sowjetische Befreiungsmission" in Ostpolen (x026/18-19): >>Nachdem Wehrmacht und Rote Armee im September 1939 Polen angegriffen und überrannt hatten, annektierte die Sowjetunion die Gebiete Polens mit ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerungsmehrheit. Die anschließende Säuberung vollzog sich nach stalinistischem Muster: Massenerschießung von Mißliebigen und Massendeportation von potentiellen Regimegegnern in den Archipel Gulag.

Verschleppt wurden so gut wie alle Flüchtlinge aus West- und Mittelpolen, Vertreter des öffentlichen Dienstes, alle Gebildeten und Wohlhabenden. Von den 1,65 bis 2,5 Millionen Deportierten waren 52 % Polen, 30 % Juden und 12 % Ukrainer und Weißrussen. Weit über die Hälfte dieser Unglücklichen dürfte umgekommen sein. ... Von den 230.000 polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR dürften insgesamt nur 82.000 überlebt haben. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders böartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Bevölkerungsverluste nach dem sowjetischen Einmarsch in Ostpolen (x046/158): >>... Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierten polnischen Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrundegegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos.<<

Schlußbemerkungen

In den besetzten polnischen Gebieten war die Zivilbevölkerung permanent willkürlichen Umsiedlungen, Zwangsverschleppungen, Massenverhaftungen und brutalen Verhören ausgesetzt. Im gesamten Besatzungsgebiet wurde das kulturelle Leben der polnischen Bevölkerung lahmgelegt. Ungezählte polnische Zivilisten mußten unverantwortliche Demütigungen, rücksichtslose Diskriminierungen und schwerste Gewalttaten über sich ergehen lassen.

Der deutsche Major Hellmuth Stieff (1901-1944, ab Oktober 1942 Oberst und Cheforganisor im Generalstab des Heeres, 1944 jüngster Generalmajor der Wehrmacht, Mitglied der militärischen Widerstandsbewegung, nach dem gescheiterten "Stauffenberg-Attentat" verhaftet, zum Tod verurteilt und hingerichtet) schrieb am 31. Oktober 1939 über die Not und das Elend der Warschauer Bevölkerung (x073/183-184): >>... Die Masse der Millionenbevölkerung ... vegetiert irgendwo und irgendwie, man kann nicht sagen wovon. Es ist eine unsagbare Tragödie, die sich dort abspielt ... Man bewegt sich dort nicht als Sieger, sondern als Schuldbewußter! ...

Dazu kommt noch all das Unglaubliche, was dort am Rande passiert und wo wir mit verstränkten Armen zusehen müssen! Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht.

Da kann man nicht mehr von "berechtigter Empörung über an Volksdeutschen begangenen Verbrechen" sprechen. Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. ...<<

Der deutsche Wehrmachtsoffizier Helmut Stieff (1901-1944, seit 1944 Generalmajor) schrieb am 21. November 1939 aus Warschau an seine Frau (x191/96): >>... Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! (Im Brief unterstrichen.) Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen. ...<<

Generaloberst Johannes Blaskowitz (1883-1948, Selbstmord, preußischer Berufsoffizier der "alten Schule") verfaßte Ende 1939 eine Denkschrift für Hitler und protestierte als "Oberbefehlshaber Ost" gegen die SD- und SS-Greuel in Polen (x025/170).

Generaloberst Blaskowitz ("OB Ost") protestierte am 6. Februar 1940 in einer 2. Denkschrift gegen die SD- und SS-Greuel in Polen (x029/246): >>... Die Einstellung der Truppe zur SS und Polizei schwankt zwischen Abscheu und Haß. Jeder Soldat fühlt sich angewidert und abgestoßen durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden. Er versteht nicht, wie derartige Dinge, zumal sie sozusagen unter seinem Schutz geschehen, ungestraft möglich sind.<<

Hitler ließ General Blaskowitz später an die Westfront versetzen (x029/246).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Johannes Blaskowitz (x051/77): >>Blaskowitz, Johannes, geboren in Peterswalde (Ostpreußen) 10.7.1883, gestorben in Nürnberg 5.2.1948, deutscher Generaloberst (1.10.39); 1901 Eintritt ins Heer, 1916 Generalstabsdienst, 1919 in die Reichswehr übernommen, 1932 Generalmajor, 1933 Generalleutnant und Inspekteur der Waffenschulen, 1936 General der Infanterie.

Blaskowitz führte im Polenfeldzug die 8. Armee und wurde im Oktober 39 Oberbefehlshaber Ost. In dieser Eigenschaft verfaßte er zwei Denkschriften über SS- und Partei-Greuel in Polen, fiel in Ungnade und blieb trotz Wiederverwendung (Oktober 40 - Mai 44: 1. Armee in Frankreich) unbefördert. Mehrfach Oberbefehlshaber von Heeresgruppen, erhielt Blaskowitz am 7.4.45 den Oberbefehl in der "Festung Holland", wo er in Absprache mit den Alliierten die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherte.

Nach der Kapitulation in mehreren Lagern, dann Anklage wegen angeblicher Kriegsverbrechen. Dem Verfahren entzog sich Blaskowitz durch Selbstmord.<<

Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Innerhalb von 12 Jahren zerstörte dieser größtenwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.

Dieser "selbsternannte Führer" der NS-Verbrecherorganisation degradierte die jahrhundertlang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter".

Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg wurden die Deutschen schließlich, wie nach dem Ersten Weltkrieg, von den Siegermächten planmäßig und kompromißlos ausgebeutet, bevormundet, entrechtet, gedemütigt und umerzogen.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe

unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.09.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 8 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): <u>Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.</u>
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): <u>Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.</u>
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.</u>
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): <u>MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.</u>
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.</u>
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.</u>
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987</u>
x026	Nawratil, Heinz: <u>Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.</u>
x027	Thorwald, Jürgen: <u>DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.</u>
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.</u>
x029	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.</u>

x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung</u> . Bonn 1992.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): <u>Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte</u> . 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte</u> . 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 3. <u>Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . Band 3. <u>Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte</u> . Band 2. <u>Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart</u> . 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . <u>Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung</u> . 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. <u>Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . <u>Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute</u> . 1. Auflage. Berlin 1988.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk</u> . Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: <u>Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte</u> . Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . Band 3. <u>Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . Frankfurt/Main 1986.
x076	Andreae, Hugo: <u>Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen</u> . Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin</u> . <u>Der totale Wille zur Macht</u> . München 1991.
x083	Gellhorn, Martha: <u>Das Gesicht des Krieges</u> . Reportagen 1937-1987. München/Hamburg 1989.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.

x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Ostdeutsche Gedenktage 1989</u> . Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x125	Bluhm, Georg: <u>Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik</u> . Freiburg 1963.
x129	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x138	Zentner, Christian: <u>Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Blitzkriege</u> . München/Köln 1989.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte</u> . 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch</u> . Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x178	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte. Band 14. Totalitäre Systeme und Staaten</u> . Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x186	Längin, Bernd G.: <u>Unvergessene Heimat Pommern</u> . Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit</u> . 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x311	Benoist-Méchin, Jacques: <u>Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939</u> . Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte. Stegen am Ammersee 2009.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x352	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x813	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 13. Band: Phlego - Rub. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x962	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/05/15/das-britische-schachspiel-die-instrumentalisierung-hitlers-fur-die-westliche-kriegs-strategie/ – November 2019
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") – März 2021